

Familienpolitik:
Studie – Wissenschaft oder Propaganda? 24

Wirtschaftspolitik:
Vollgeld – eine krisensichere Alternative? 33

Baupolitik:
Prestigeobjekt – Vorbild oder Blendwerk? 36

**öd

p**

Das ÖDP-Journal
Nr. 158 Mai 2013

Ökologie Politik

Superwahljahr



INHALT

UMSCHAU

Ökolumne: Greening	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	8

TITELTHEMA: SUPERWAHLJAHR

Wahlforschung	
„Diejenigen, die ÖDP wählen, tun das mit großer Überzeugung“	
Interview mit Prof. Dr. Dr. Uwe Kranenpohl	10
ÖDP-Wahlkampfstrategie	
Mit Kreativität und Glaubwürdigkeit zum Erfolg von Sebastian Frankenberger	13
Sebastian Frankenberger on Tour	
Bayerische Interessen ins Parlament radeln von Ines Seidemann	17
ÖDP-Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl – Teil 1	
„Werte, Träume und Visionen von einer besseren Welt“	18

FAMILIENPOLITIK

Zur Familienpolitik-Studie von Prognos	
Gutachter als Sprachrohr der Wirtschaftslobby von Dr. Johannes Resch	24

WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Wege aus der Krise	
„Verzicht auf Unnötiges erhöht den Lebensstandard“	
Interview mit Prof. Dr. Christian Kreiß	28
Reform des Geldsystems	
Nachhaltige Krisenbewältigung durch Vollgeld von Klaus Karwat	33

BAUPOLITIK

Forschungsprojekt „Effizienzhaus Plus“	
Die Zukunft des Bauens? von Günther Hartmann	36

LANDWIRTSCHAFTSPOLITIK

Bundesverband Deutscher Milchviehhalter	
Gesellschaftsverträgliche und nachhaltige Milchwirtschaft	
von Michael Friedinger	40

ÖDP INTERN

An alle Mitglieder von Sebastian Frankenberger	42
Neues aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler	43
Öffentlichkeitsarbeit	44
Neues aus der ÖDP von Florence von Bodisco	45
Verbände	46
Kommentar von Prof. Dr. Klaus Buchner	55
Presseticker	56
Pressespiegel	60
Wahlkampf	64
Leserbriefe	65
Mitglieder berichten von Rosemarie Buchner	66
Impressum	7

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

an dieser Stelle lesen Sie normalerweise Gedanken und Einschätzungen der Redakteure. Heute möchten wir Ihnen diesen Platz zur Verfügung stellen. Wir veröffentlichen Ihre Reaktionen auf unser neues Layout. Viele Leserinnen und Leser haben uns ihre Meinungen zum Neustart geschickt. Aber lesen Sie selbst!

„Das neue Format der ÖP ist klasse. Auch für kleine Taschen sehr praktisch und handlich konstruiert. Gerade zum Mitnehmen auf Veranstaltungen oder zum Lesen in Bus und Bahn die ideale Größe. Inhaltlich jedes Mal ein Hochgenuss, freue mich schon auf die nächste ÖP.“

„Heute erhielt ich die Ausgabe der ÖkologiePolitik im neuen Gewand. Lob an die Redaktion! Unsere ÖP ist jetzt handlicher und kann z.B. während der Bahnfahrt gut gelesen werden. Auch sonst gefällt mir das Layout sehr gut.“

„Da schließ ich mich gerne an! Format ist super. Inhaltlich sowieso.“

„Danke auch von mir, das Format ist gut, der Inhalt auch. Vor allem die Verbreiterung der Spalten (bei längeren Artikeln) verbessert den Lesefluss.“

„Ich kann mich dem Lob nur anschließen. Das neue Format ist wirklich klasse. Es passt irgendwie gut zur ÖDP: Klein, aber fein! Allerdings halte ich die ‚Luft‘ auch für ein Problem. Gerade wenn man die Hefte aufhebt (wie ich), ist der Stapel schnell einige Zentimeter hoch. Ansonsten alles top, inhaltlich wie optisch! Ich hätte wohl noch die Anregung, vielleicht etwas mehr auf Optik zu setzen. Das heißt, ich will keine ÖDP-Bildzeitung, doch für einen Nicht-ÖDPLer, der vielleicht durch die ÖP zur ÖDP kommen soll, enthält die ÖP doch arg viel Text auf kleinem Raum. Aber ich fange schon wieder an zu meckern; wollte ich mir eigentlich abgewöhnen. Fazit: Das Heft ist gut. :-)“

„Die neue ÖP macht einen super Eindruck – Gratulation zum gelungenen Neustart!“

„Für die Zukunft noch eines: Kein Beitrag, es sei denn, es sind großformatige Fotos dabei, darf länger als zwei Seiten sein. Der Leser neigt bei langen Beiträgen zum frühen Abbruch des Lesevorganges oder er beginnt ihn erst gar nicht. Nochmals Danke für die neue ÖP.“

„Aber: Ganz wichtig ist mir, mich bei dieser Gelegenheit für die sehr gute redaktionelle Arbeit zu bedanken. Jede Ausgabe enthält, so denke ich, für einen jeden Leser interessante Beiträge. Und: An jedem ÖDP-Infostand gehörten sich eigentlich ein paar Exemplare dieses Magazins ausgelegt, wir brauchen es wahrlich nicht zu verstecken!“

Herzlichen Dank und schönen Gruß

Ihr

und Ihre

Günther Hartmann

Florence von Bodisco



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Florence von Bodisco
Stellv. Verantwortliche
Redakteurin



Ökolumne von Ulrich Brehme

Greening

Ein neues Wort wird aktuell: „Greening“. Das will jetzt die EU als Prinzip in die Landwirtschaft einführen. Gemeint ist damit, dass in den intensiv agrarisch genutzten Flächen sehr häufig ein massiver Rückgang von geschützten Pflanzen und Tieren stattfindet. Um das zu mildern, sollen nun Rückzugsgebiete geschaffen werden, in denen gefährdete Arten überleben können.

Durch Auflagen in der Förderung der Landwirte sollen auch Nutzungskonflikte zwischen dem Anbau von Lebensmitteln und Futtermitteln einerseits und dem Anbau von Energiepflanzen und Rohstoffen für die chemische oder pharmazeutische Industrie andererseits entschärft werden.

Der Trend zur Industrialisierung der Landwirtschaft wird besonders deutlich in der Massentierhaltung, die in hohem Maße von Importfuttermitteln abhängig ist. Dazu gab es leider keine Beschlüsse des Agrarministerrates.

Zwei Tage lang haben die Agrarminister verhandelt und um die Details gefeilscht. Der Beschluss der Agrarminister wurde am Ende nur noch von den Vertretern Sloweniens und der Slowakei abgelehnt. Zwischen April und Juni sollen das Europäische Parlament und die EU-Kommission den Beschluss bestätigen. Das Europäische Parlament darf zum ersten Mal über

40% des EU-Haushaltes mitentscheiden.

Nach dem Beschluss des Rates der Landwirtschaftsminister soll die Förderung in der Landwirtschaft künftig auf 30% der Flächen verbindlich an die Einhaltung von Ökoauflagen gekoppelt sein. Werden diese nicht eingehalten, soll die Subvention für die Landwirte um 7,5% gekürzt werden. Allerdings sind die Definitionen, was nun unter der Ökologisierung zu verstehen ist, ziemlich weit gefasst. Nach den Vorschlägen von EU-Kommissar Ciolos sollen die Bauern – um Monokulturen zu verhindern – mindestens drei Fruchtarten anbauen und aus Weideland soll kein Ackerland mehr gemacht werden.

Alle Landwirte sollen auf 5% ihrer Äcker ökologisch anbauen und insgesamt mehr Fruchtwechsel betreiben. Die von den Landwirten gefürchtete vollständige Stilllegung landwirtschaftlicher Flächen ist damit abgelehnt worden. Es dürfen dort weiterhin zum Beispiel Eiweißfutterpflanzen angebaut werden.

Nach dem Beschluss der Agrarminister wird es auch weiterhin eine Kopplung der Direktzahlungen nach angebaute Fläche und Produkt geben und nicht ausschließlich nach der Fläche, wie von Deutschland und der EU-Kommission gefordert.

Die Kappung der Direktzahlungen an große Landwirtschaftsbe-

triebe soll nun jedem EU-Mitgliedsland selbst überlassen bleiben. EU-Kommissar Ciolos wollte die Subventionszahlungen für Großbetriebe deckeln. Rund 80% der europäischen Agrarsubventionen gehen bislang an nur ein Fünftel aller Agrarbetriebe. Bei den kleineren Landwirten dagegen hält das Höfesterben an. Die Gelder aus Brüssel gleichen kaum den Preisdruck aus, den die durchindustrialisierten Großbetriebe ausüben.

Nach den Vorstellungen des Rates sollen künftig die Direktzahlungen an die Bauern veröffentlicht werden. Dies hatte Deutschland bisher aus Datenschutzgründen abgelehnt. ■



Foto: Helke Brückner

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

Umweltminister rechnet Energiewendekosten hoch

Bundesumweltminister Peter Altmaier bezifferte am 19.02.2013 in einem FAZ-Interview die Kosten der Energiewende auf 1 Billion Euro. Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) rechnete nach und entdeckte dabei Fragwürdiges. Bei der Betrachtung der EEG-Förderkosten im Stromsektor ignoriert Altmaier wichtige Komponenten und legt bisweilen unrealistische Annahmen zugrunde. Zusätzlich fehlen die vermiedenen externen Kosten durch Umweltschäden. Allein 362 Mrd. Euro ließen sich dann dem Ausbau der Erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung gutschreiben, sodass sich für diesen Kostenblock nicht Mehrkosten in Höhe von 677 Mrd. Euro, sondern eine Ersparnis von 159 Mrd. Euro ergeben. Über die weiteren Kosten in Höhe von 300 Mrd. Euro lässt sich aufgrund mangelnder Transparenz wenig Konkretes sagen. Vermutlich liegt hier aber ebenfalls eine Vernachlässigung der Nutzenwirkungen der Energiewende vor. Fazit der Studie: Die Energiewende wird deutlich günstiger als von Altmaier behauptet.

» www.foes.de → Publikationen → FÖS-Paper: „Die Kosten der Energiewende ...“ (03/2013)

EU-Richtlinie will Wasserversorgung privatisieren

Eine neue EU-Richtlinie soll in Zukunft Städte und Kommunen unter bestimmten Bedingungen dazu zwingen, ihre Wasserversorgung europaweit auszuschreiben – ein Einfallstor für internationale Konzerne, die auf hohe Renditen hoffen, wie z. B. die deutschen Energiekonzerne RWE, Vattenfall, EnBW, E.ON und die französischen Wasserkonzerne Veolia und Suez. Die EU-Kommissare Olli Rehn und Michel Barnier wollen mit der Konzessionsrichtlinie eine „Marktöffnung“ erzwingen.



Im Bereich der Wasserversorgung sollen Konzessionsvergaben ab einem Umfang von 8 Mio. Euro – dieser Betrag wird bei einem langjährigen Konzessionsvertrag schnell erreicht – europaweit ausgeschrieben werden. Ausgenommen von diesem Zwang sind nur kommunale Betriebe, an denen keine Privaten beteiligt sind und die einen Großteil ihres Gesamtumsatzes – 80% – innerhalb des eigenen Stadtgebiets erwirtschaften. Das trifft meist nur auf kleinere Eigenbetriebe zu, die sich ausschließlich um die Wasserversorgung kümmern. Die Europäische Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“ richtet sich gegen diese Pläne der Europäischen Union.

» www.campact.de → Kampagnen → Unser Wasser ist keine Ware!

Ökosteuern-Anteil nimmt auf niedrigem Niveau ab

Der deutsche Staat finanziert sich zu über 60% über Steuern und Abgaben, die den Faktor Arbeit belasten. Umweltsteuern leisten nur einen geringen Beitrag zu den Staatsfinanzen. Ihr Anteil ist sogar von 6% im Jahr 1970 auf inzwischen 5,1% zurückgegangen. Das erscheint seltsam, ist aber darauf zurückzuführen, dass die meisten Steuern auf Arbeit und Kapital sowie die Mehrwertsteuer preisbezogen konzipiert sind und somit mit der Inflation mitwachsen. Der Verbrauch natürlicher Ressourcen ist hingegen mit Mengensteuern belegt, die durch die Inflation permanent abgewertet werden.

» www.foes.de → Publikationen → FÖS-Paper: „Zuordnung der Steuern ...“ (01/2013)

Bundesregierung will Atommüll-Exporte legitimieren

Zur Debatte um die geplante Aufnahme von Atommüll-Exporten ins Atomgesetz warnt die Anti-Atom-Organisation „Ausgestrahlt“ davor, dass die Bundesregierung offensichtlich den Export von Atommüll gesetzlich zulassen will und diese Option künftig eine wichtige Rolle spielen könnte, was die bisherigen



Erfahrungen nahelegen: Schon ohne gesetzliche Regelung lagern mehr als 20.000 t strahlende Abfälle aus der Urananreicherungsanlage Gronau (NRW) in Sibirien, werden hochaktive Abfälle aus Forschungsreaktoren regelmäßig in die USA verbracht, gibt es Atommüll-Tauschgeschäfte mit Großbritannien und ist der Verbleib des Urans aus der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente aus deutschen AKWs im französischen La Hague ungeklärt.

» www.ausgestrahlt.de → Presse: „Atommüll-Exporte ...“ (08.01.2013)

Drastischer Anstieg der CO₂-Konzentration im Jahr 2012

Nach Messungen der US-amerikanischen Wetter- und Ozeanographiebehörde (NOAA) ist die CO₂-Konzentration in der Erdatmosphäre im Jahr 2012 drastisch gestiegen. Das Treibhausgas macht nun einen Anteil von 395 ppm (parts per million – Teile pro Million) aus. 2011 waren es noch 2,67 ppm weniger. Es handelt sich um den bisher zweitgrößten Anstieg an CO₂. Nur 1998 war er mit 2,93 ppm noch rasanter. Als Ursache wird der Wirtschaftsboom in Ländern wie China angenommen, da dieser mit einer zunehmenden Nutzung fossiler Energieträger einhergeht. Die Einhaltung der geplanten Eindämmung der globalen Erwärmung wird somit immer unwahrscheinlicher. Auch in Deutschland stieg der Ausstoß von CO₂ an: Das Gas wurde 2012 um 1,6% stärker emittiert als zuvor. Dafür ist laut Umweltbundesamt vor allem die vermehrte Verbrennung von Braun- und Steinkohle zur Stromgewinnung verantwortlich.

» www.klimaretter.info → Forschung: „Kohlendioxidwert nähert sich 400 ppm“ (08.03.2013)

Bundesregierung will CO₂-Grenzwerte für Pkw aufweichen

Der „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland“ (BUND) hat der Autoindustrie und der Bundesregierung vorgeworfen, auf der EU-Ebene strengere Limits für Treibhausgas-Emissionen von Personenkraftwagen zu blockieren. Indem sie sich dabei auf die Seite der deutschen Automobilindustrie stelle, torpediere die Bundesregierung Pläne, den Pkw-Sektor beim Klimaschutz stärker heranzuziehen. Mit ihrer Absicht, den für 2020 von der EU anvisierten Grenzwert für neue Autos von durchschnittlich 95 g CO₂/km weiter aufzuweichen, geht die Bundesregierung vor der Autolobby in die Knie. Dabei ist schon dieses EU-Ziel wenig

ehrgeizig und klimapolitisch unzulänglich. Setzt sich die Bundesregierung mit ihrer Haltung durch, würde Deutschlands ohnehin angeschlagene Glaubwürdigkeit beim internationalen Klimaschutz erneut schwer beschädigt, kritisiert der BUND. Hinzu komme, dass die deutschen Autohersteller verlangen, bei der Bilanzierung der CO₂-Emissionen ihrer aktuellen Neuwagen von ihnen produzierte Elektroautos mit dem Wert von jeweils 0 g CO₂/km einzurechnen, und zwar mehrfach. Dieser CO₂-Buchungstrick nutze vorrangig den Herstellern großer und schwerer Fahrzeuge. Der BUND fordert, die Emissionen neuer Autos bis 2020 auf durchschnittlich 80 g CO₂/km und bis 2025 auf 60 g CO₂/km herabzusetzen.

» www.bund.net → Suche: „Freie Fahrt ins Klimachaos“

Städte- und Gemeindebund will Kindergeld abschaffen

In einer Pressemeldung vom 04.02.2013 empfiehlt der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) die Abschaffung des Kindergeldes und damit gleichzeitig sogar eine Besteuerung des Existenzminimums der Kinder, um kommunale Einrichtungen zu finanzieren und die Haushalte der Kommunen zu entlasten. In einer scharfen Entgegnung in Form eines offenen Briefes beklagt Gertrud Martin, die Vorsitzende des Verbandes Familienarbeit, das „schockierende Maß an Unkenntnis der wirklichen sozialen Verhältnisse in Deutschland“ und weist darauf hin, dass das Kindergeld bei Durchschnittsverdienern eine Rückerstattung von Lohn- bzw. Einkommensteuern ist, die sich aus der vom Bundesverfassungsgericht festgeschriebenen Steuerfreistellung des Existenzminimums ergibt. Damit entspreche das Kindergeld dem Steuerfreibetrag der Erwachsenen und sei keine Sozialleistung des Staates, deren Streichung möglich wäre. Selbst bei Geringverdienern sei der Restbetrag des Kindergeldes meist geringer als die Verbrauchssteuern, die auch auf die Kinderkosten zu entrichten sind. Damit sei für fast alle Familien das Kindergeld sogar geringer als die Steuern, die Eltern wegen ihrer Kinder zusätzlich entrichten müssen.

» www.familienarbeit-heute.de → Pressemeldung „Städte- und Gemeindebund ...“ (21.02.2013)



BITTE PROTESTIEREN! von Edgar Guhde

Bienensterben beenden durch Verbot einer Pestizidgruppe

Schreiben Sie bitte an:
Bundesministerin für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin
poststelle@bmelv.bund.de
Fax: (0 30) 185 29 42 62

Sehr geehrte Frau Ministerin Aigner,

Untersuchungen mehrerer unabhängiger Wissenschaftler belegen es eindeutig: Neonikotinoide schädigen das Immunsystem und das Orientierungsvermögen unserer Bienen. Sie töten Insekten und nehmen den Vögeln der Agrarlandschaft ihre Nahrung. Diese werden immer seltener.

Ich bin sehr besorgt über das Bienen- und Vogelsterben und möchte nicht weiter tatenlos zusehen. Deshalb fordere ich Sie als Bundeslandwirtschaftsministerin zum Handeln auf! Nehmen Sie die Pestizidgruppe der Neonikotinoide vom Markt! Weisen Sie Ihre Zulassungsbehörde an, den Neonikotinoiden die Zulassung zu entziehen. Schützen Sie damit unsere Bienen und die Vögel der Agrarlandschaft.

Mit freundlichen Grüßen



Foto: Heike Brückner

IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint viermal im Jahr: Februar, Mai, August, November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 1. Juni 2013.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg
Tel. (09 31) 4 04 86-0, Fax (09 31) 4 04 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Caroline-Herschel-Straße 23, 81829 München
guenther.hartmann@oedp.de
Florence von Bodisco (fb)
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
florence.bodisco@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Ulrike Brandhorst (ub), Ulrich Brehme, Sebastian Frankenberger, Edgar Guhde, Urban Mangold, Dr. Johannes Resch, Iris Seidemann

Gastautoren

Michael Friedinger, Klaus Karwat

Interviewpartner

Prof. Dr. Dr. Uwe Kranenpohl, Prof. Dr. Christian Kreiß

Satz

Grafikstudio Art und Weise, Heike Brückner
Drosselweg 15, 93138 Lappersdorf

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik
Ökologisch-Demokratische Partei
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
Tel. (0 30) 49 85 40 50
florence.bodisco@oedp.de

Bankverbindung

VR-Bank Würzburg, BLZ 790 900 00, Kto.-Nr. 74 080

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

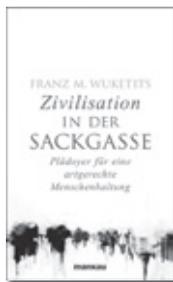
ÖkologiePolitik wird auf
100% Recycling-Papier gedruckt.



Bücher

Kulturkritik I

Franz M. Wuketits
Zivilisation in der Sackgasse
 Plädoyer für eine artgerechte
 Menschenhaltung
 Mankau, November 2012
 280 Seiten, 19,95 Euro
 978-3-86374-054-2



In den westlichen Industrienationen sind rund ein Viertel der Menschen psychisch krank. Depressionen und Burn-out sind auf dem Vormarsch, denn viele Menschen sind in der vom ökonomischen Leistungsimperativ bestimmten Lebenswelt überfordert. Das Berufs- und das Alltagsleben verlangen vom Einzelnen oft ein Tempo und eine Flexibilität, die der menschlichen Psyche nicht entsprechen. Die Evolutionsgeschichte umfasst einen Zeitraum von rund 5 Mio. Jahren, während für die Entwicklung der technischen Zivilisation ein Jahrhundert reichte. Zwar ist der Mensch sehr anpassungsfähig, aber auch dem sind Grenzen gesetzt. Die längsten Etappen seiner Evolution verbrachte der Mensch als Jäger und Sammler in kleinen Gruppen, heute ist er einer zunehmenden Abstraktion und Anonymisierung ausgesetzt, was zu „entwurzelten Seelen“ führt. Franz M. Wuketits, Professor für Philosophie der Biowissenschaften, fordert deshalb eine „artgerechte Menschenhaltung“: eine Entschleunigung und ein Zurück auf ein menschliches Maß. (gh)

Kulturkritik II

Byung-Chul Han
Duft der Zeit
 Ein philosophischer Essay
 zur Kunst des Verweilens
 Transcript, April 2009
 114 Seiten, 15,80 Euro
 978-3-8376-1157-1



Die Beschleunigung sei gar nicht unser Problem und deshalb könne auch die oft beschworene Entschleunigung nicht die Lösung sein, behauptet der aus Südkorea stammende und in Berlin lehrende Philosophieprofessor Byung-Chul Han am Anfang seines Buchs. Er sieht das Problem anders gelagert: „Der Zeit fehlt der ordnende Rhythmus. Dadurch gerät sie außer

Takt. Das Gefühl, das Leben beschleunige sich, ist in Wirklichkeit eine Empfindung der Zeit, die richtungslos schwirrt.“ Das wiederum ist für Han nicht Folge forciert Geschwindigkeit, sondern Folge einer Atomisierung der Zeit. Die Ursachen dafür untersucht er in der europäischen Kulturgeschichte und stellt dabei interessante Vergleiche zur asiatischen Kultur auf. So wurde in Europa die Zeit mit der Sanduhr gemessen und es verfestigte sich so das Bild, sie sei etwas, was gnadenlos verrinne, bis am Ende nichts mehr von ihr übrig bleibt. In China dagegen wurde die Zeit mit dem Abbrennen von Duftkerzen gemessen, war also etwas, was sich langsam im Raum entfaltet und dann eine starke Präsenz hatte. Während die Sanduhr ein Gefühl von Angst auslöst und hektische Betriebsamkeit auslöst, verführt die Duftkerze zum Nichtstun und Genießen. (gh)

Ernährung

Andreas Grabolle
Kein Fleisch macht glücklich
 Mit gutem Gefühl essen
 und genießen
 Goldmann, September 2012
 416 Seiten, 8,99 Euro
 978-3-442-17316-7



Der langjährige Vegetarier Grabolle, der eigentlich gerne Fleisch isst und nur aus ethischen Gründen darauf verzichtet, erklärt auf seiner Website das Entstehen seines Buches so: „Ich wollte herausfinden, wie Fleisch hierzulande tatsächlich erzeugt wird und ob es für mich einen Weg gibt, Genuss und Gewissen zu versöhnen.“ Um das Ende der Recherche gleich zu verraten: Grabolle hat keine für ihn ethisch vertretbare Möglichkeit gefunden. Stattdessen ist er im Laufe seiner Nachforschungen zum Veganer geworden. Doch nicht nur denen, die ohnehin vorhaben, über kurz oder lang zum Veganer zu werden, sei die Lektüre dieses Buches wärmstens empfohlen: Es ist für jeden nachdenklichen Konsumenten spannend, denn Grabolle untersucht die evolutionären, philosophischen, ökologischen und gesundheitlichen Aspekte des Fleischessens und berichtet von seinen Blicken hinter die Kulissen der Fleisch-Fisch-Milch-Eier-Produktion. Zudem erzählt er seinen persönlichen Entwicklungsweg ohne in Moralinsäure getunkten Zeigefinger. Teilzeit-Vegetarismus oder -Vegetarismus zeigt er ebenso als Möglichkeit für Unentschlossene wie Verständnis für eine Kollegin, die es trotz bester Vorsätze nicht schafft, auf Fleisch zu verzichten. (ub)

Medien

Uwe Krüger
Meinungsmacht
 Der Einfluss von Eliten auf
 Leitmedien und Alpha-Journalisten –
 eine kritische Netzwerkanalyse
 Halem, Januar 2013
 378 Seiten, 29,50 Euro
 978-3-86962-070-1



Nichts prägt das öffentliche Bewusstsein mehr als die Berichterstattung der Massenmedien. Aber ist diese wirklich unabhängig? Der Journalist Uwe Krüger ging der Frage nach, woher deutsche Top-Journalisten ihre Informationen und Interpretationen beziehen. Er recherchierte dafür deren Netzwerkverbindungen und stieß oft auf große Nähe zu Politik- und Wirtschaftseliten. Statt kritischer Distanz pflegen sie einen engen Kontakt, von dem sie beruflich profitieren – durch exklusive Informationen und hochrangige Interviewpartner. Krüger erfasste in seinen Nachforschungen 82 Organisationen, die sich um „Aufklärung“ und „Weiterbildung“ von Journalisten kümmern – verknüpft mit vielen Annehmlichkeiten. Krüger deutet nicht an, sondern nennt Namen: So sind beispielsweise Stefan Kornelius von der „Süddeutschen Zeitung“, Klaus-Dieter Frankenberger von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Michael Stürmer von der „Welt“ und Josef Joffe von der „Zeit“ stark in US- und Nato-affine Strukturen eingebunden – und berichten auch entsprechend tendenziös, bis hin zu richtiger Propaganda. Die Lektüre des Buchs stärkt die Skepsis gegenüber der Scheinselbstverständlichkeit des medialen Mainstreams. Es wird klar, dass etwas noch lange nicht wahr sein muss, nur weil alle großen Fernsehsender, Tages- und Wochenzeitungen ähnlich darüber berichten. (gh)

Energiewende

Claudia Kemfert
Kampf um Strom
 Mythen, Macht und Monopole
 Murmann, Januar 2013
 140 Seiten, 14,90 Euro
 978-3-86774-257-3



Gezielte Fehlinformationen der Energiekonzerne und weitgehendes Unverständnis bei den Verbrauchern prägen das öffentliche Bewusstsein über die Energiewende und den Strompreis. Claudia Kemfert, die seit 2004 die Abteilung „Energie, Verkehr und Umwelt“ am

Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin leitet, versucht deshalb, in ihrem Buch mit Irrtümern und Irreführungen aufzuräumen. Eine verbale Keule im Kampf gegen den Strom aus erneuerbaren Energien ist beispielsweise die Wortschöpfung „Kosten-Tsunami“, die den Eindruck erweckt, durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) rolle eine Riesenselle finanzieller Belastungen auf uns zu und bedrohe unsere wirtschaftliche Existenz. Kemfert weist darauf hin, dass sowohl die Atom- als auch Kohlekraftwerke mit Steuergeldern hoch subventioniert sind, während für die Kosten des „grünen Stroms“ der Kunde in voller Höhe aufkommen muss. Dem Schreckgespenst, viele Unternehmen würden abwandern, hält sie entgegen, dass deren Energiekosten durchschnittlich nur 3 % der Gesamtkosten ausmachen. Und die oft beschworenen Blackouts als angebliche Folge der Energiewende entlarvt Kemfert als Folge eines bewusst verschleppten Ausbaus der Netze. Ihr Buch ist gerade in diesem Jahr wichtig, denn die Energiewende droht ein entscheidendes Wahlkampfthema zu werden. Die FDP lehnt sie inzwischen mit der perfiden Begründung ab, sie sei sozial ungerecht. (gh)

Ethik

Bernhard G. Suttner
Die 10 Gebote
 Eine Ethik für den Alltag im
 21. Jahrhundert
 Mankau, 2007
 2. Auflage, 64 Seiten, 7,95 Euro
 978-3-938396-14-8



Kann ein rund 3.000 Jahre alter Text dabei helfen, moderne Probleme wie den drohenden Klimakollaps, weltweite Ungerechtigkeit und zerstörerische Ausbeutung in einer globalisierten Wachstumswirtschaft zu lösen? Bernhard Suttner ist davon überzeugt. Er fasst die 10 Gebote nicht als veraltetes „Moralkorsett“ oder als kleinlichen „Verbotskatalog“ auf, sondern sieht in ihnen Hinweise und Hilfen für ein verantwortliches Alltagsleben im 21. Jahrhundert. Der Autor gibt sich mit den herkömmlichen Interpretationen des wohl bekanntesten Textes der Bibel nicht zufrieden. Sein neuer Blick auf die vertraute Formulierung der 10 Gebote eröffnet überraschende Perspektiven von provozierender Aktualität: Was haben „Schnäppchenpreise“ mit dem Mordverbot zu tun oder warum kann der Alltags-Konsum unter Diebstahlsverdacht geraten? (fb)

Wahlforschung

„Diejenigen, die ÖDP wählen, tun das mit großer Überzeugung“

Warum entscheiden sich Wähler für oder gegen eine bestimmte Partei? Was werden bei der bayerischen Landtagswahl und bei der Bundestagswahl die entscheidenden Themen sein? Welche Chancen hat die ÖDP? Günther Hartmann unterhielt sich darüber mit einem renommierten Parteienforscher.

Interview mit Prof. Dr. Dr. Uwe Kranenpohl

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Kranenpohl, was passiert in den Köpfen der Wähler, wenn sie sich bei der Wahl für eine Partei entscheiden?

Prof. Uwe Kranenpohl: Tja, das ist eine gute Frage. Die Wahlforscher können den Wählern ja nicht in den Kopf schauen ... Letztlich haben auf die Wahlentscheidung mehrere Faktoren Einfluss: Zum einen die vom Wähler den einzelnen Parteien zugeschriebene Kompetenz mit Blick auf bestimmte Politikfelder, wobei diesen natürlich auch unterschiedliche Bedeutung zugemessen wird. Zweitens spielen – insbesondere bei den großen Parteien – die Spitzenkandidaten eine Rolle. Und schließlich verfügen eine ganze Reihe von Wählern über eine – mehr oder minder – starke Identifikation mit einer bestimmten Partei, die sie „normalerweise“ wählen. Dabei müssen wir uns allerdings auch bewusst sein, dass sich die Faktoren nicht so sauber analytisch trennen lassen, denn meine „Lieblingspartei“ wird sich üblicherweise mit für mich relevanten politischen

Themen beschäftigen und ihren Spitzenkandidaten werde ich meist auch sympathischer und kompetenter finden als den der Konkurrenz.

Was hat mehr Einfluss: Grundüberzeugungen oder aktuelle Themen?

Das kann man nicht generell sagen, sondern es ändert sich von

Vielleicht wird sich die Diskussion deshalb auf Nebenschauplätze wie Mindestlohn oder Bankerboni verlagern. Auch die Umsetzung der Energiewende sehe ich jetzt nicht als das große mobilisierende Thema. In Bayern ist das Thema Studienbeiträge jetzt ja auch abgeräumt worden. Und ich bin mir nicht si-

„Das große inhaltliche Thema wird wohl die Finanzkrise sein. Ich weiß aber nicht, inwiefern dies mobilisierend wirken kann.“

Wahl zu Wahl – und natürlich auch von Wähler zu Wähler.

Was werden bei der bayerischen Landtagswahl und bei der Bundestagswahl entscheidende Themen sein?

Das große inhaltliche Thema wird wohl die Finanzkrise sein. Ich weiß aber nicht, inwiefern dies mobilisierend wirken kann, denn die Union, SPD, Grüne und FDP sind sich ja weitgehend einig, dass die Eurozone gestützt werden muss.

cher, ob der Ausbau direktdemokratischer Verfahren ein mobilisierender Gegenstand sein wird, wenn nicht aktuell ein umstrittenes Projekt wie „Stuttgart 21“ in der Diskussion steht. Daher wird in beiden Fällen von Bedeutung sein, wie die Wähler die Leistung der schwarz-gelben Koalitionen in Berlin wie München bewerten. Da besteht allerdings die Schwierigkeit, dass rot-grüne Bündnisse weder in Bayern noch im Bund aktuell auf eine

Mehrheit hoffen können. Insofern wird auch strategisches Stimmverhalten eine Rolle spielen, wie wir es jüngst in Niedersachsen gesehen haben. Bei beiden Wahlen werden die Spitzenkandidaten ebenfalls eine Rolle spielen: Ministerpräsident Seehofer tauchte vor fünf Jahren bekanntlich wie „Zieten aus dem Busch“ auf, während der SPD-Herausforderer Ude jenseits des Dunstkreises von München doch einige Akzeptanzprobleme hat. Auf Bundesebene meine ich beobachten zu können, dass sich der Stil der Kanzlerin nach acht Jahren nun doch etwas „abgenutzt“ hat, doch scheint Steinbrück das nicht in Zustimmung zu seiner Person ummünzen zu können.

Welche Trends gibt es in der Wählerlandschaft zu erkennen?

Insgesamt lässt sich feststellen, dass in der Gesamtwählerschaft die Parteiidentifikation abnimmt, die Wähler bereiter sind, eine andere Partei zu wählen oder auch mal nicht wählen zu gehen – und entscheiden sich immer kurzfristiger.

Spielt die Zugehörigkeit zu einem sozialen Milieu eine wichtige Rolle?

Ja, Arbeiter, die in der Gewerkschaft sind, bevorzugen sehr deutlich die SPD, wobei die in den letzten Jahren öfter mal zur Linken tendieren. Katholiken mit enger Kirchenbindung – wir messen das üblicherweise an der Kirchgangshäufigkeit – stehen sehr treu zur Union. Aber diese Gruppen werden immer kleiner und machen heute – optimistisch geschätzt – noch 10 % der Wählerschaft der Parteien aus.

Wächst die Politik- oder Parteienverdrossenheit?

Dazu müsste man erst einmal definieren, was man darunter versteht. Tatsächlich betrug die Wahl-



Prof. Dr. Dr. Uwe Kranenpohl, Jahrgang 1966, studierte Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaften und Geschichte an der Universität Passau und der Freien Universität Berlin. Von 1991 bis 1996 und von 2000 bis 2009 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Passau, von 1996 bis 2000 an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Seit 2009 ist er Professor für Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Evangelischen Hochschule Nürnberg und Privatdozent an der Universität Passau. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Politik und Recht, Parlamentarismus, Parteienforschung.

» www.evhn.de → Personenverzeichnis → Fakultät für Sozialwissenschaften

„Union, SPD, Grüne und FDP sind sich einig, die Eurozone zu stützen. Vielleicht verlagert sich die Diskussion deshalb auf Nebenschauplätze.“

beteiligung in der Bundesrepublik mal 92 %. Aber das war 1972 – und wer alt genug ist, um sich an diesen Wahlkampf zu erinnern, wird wissen, dass das eine hoch emotionalisierte – um nicht zu sagen: weitgehend entrationalisierte – Situation war, in der einige Publizisten die Wiederkehr „Weimarer Verhältnis-

se“ befürchteten. Ich rate bei der Frage eigentlich immer zu etwas mehr Besonnenheit.

Wieso?

Na ja, als erstes muss man – und das fällt mir als Politikwissenschaftler wirklich nicht leicht – einfach mal feststellen, dass sich eine ganze Reihe von Personen wirklich nur

am Rande für Politik interessiert und daher erst einmal zur Teilnahme an einer Wahl motiviert werden muss. Insofern bedeutet Nichtwählen auch nicht notwendigerweise Unzufriedenheit mit der Politik. Zweitens zeigt sich, dass die Wahlbeteiligungen in Deutschland im internationalen Vergleich gar nicht so schlecht sind – in manchen etablierten Demokratien liegen sie sogar noch niedriger. Und es ist sicher auch nicht mehr so, dass – wie vielleicht noch in früheren Jahren – die gesellschaftliche Norm herrscht, es sei eine „Pflicht“ zur Wahl zu gehen. Manchmal denke ich auch, dass einfach solche Faktoren wie die abnehmende Kirchenbindung eine Rolle spielen: Wer sonntags zur Kirche geht, kommt einfach am Wahllokal vorbei.

Nimmt die Zahl der Protestwähler zu?

Das ist auch so ein Begriff, den ich – wie die „Leihstimmen“ – wenig mag. In beiden Fällen hat der Wähler doch nur eine Überlegung angestellt, wie er seine Stimme am effizientesten einsetzen kann. Und das ist doch mehr als legitim, denn die Stimme gehört ja ihm und nicht der Partei, der er vielleicht üblicherweise zuneigt. Mich stört auch der implizite erhobene Zeigefinger, „Protestwähler“ wären destruktiv. Als ob Wähler, die unreflektiert immer die gleiche Partei wählen, moralisch überlegen wären. Ich plädiere da für weniger „Alarmismus“: Wir haben keine italienischen Verhältnisse und die sind auch nicht in Sicht.

Wie erreicht man Nichtwähler und Protestwähler?

Vielleicht mit einem politischen Angebot, das sie anspricht? Spaß beiseite: Es gibt einfach nicht „den“ Nichtwähler oder „den“ Protestwähler. Daher gibt es kein Patentrezept.

Wer wählt Kleinparteien?

Tja, darüber wissen wir sehr wenig. Einfach weil in den meisten Umfragen zu wenige Wähler dieser Parteien befragt werden.

Welche Rolle spielt die ÖDP in der deutschen Parteienlandschaft?

Außergewöhnlich sind zwei Punkte: Zu einen besteht die Partei schon sehr lange, was für Kleinparteien ungewöhnlich ist – zumindest wenn sie nicht extremistisch sind. Man überlege nur, wer in den letzten zwei Jahrzehnten alles aufgetaucht und wieder verschwunden ist: Statt-Partei, Schill-Partei – mal schauen, was aus den Piraten wird ... Zum anderen weist die ÖDP für eine Kleinpartei doch eine recht starke Mitgliederzahl auf: Sie hat immerhin deutlich mehr Mitglieder

befragt – und die Ergebnisse lassen sich auf die Wähler verallgemeinern. Die meisten sind Christen mit einer außerordentlich engen Kirchenbindung – insbesondere bei den Protestanten ist das absolut ungewöhnlich. Damit wären sie sozialstrukturell eigentlich „typische“ Unionswähler. Zugleich ist dieses „Mikromilieu“ aber sehr stark ökologisch geprägt, sodass nicht nur die Grünen, sondern auch die SPD positiver als die Union beurteilt werden. Kurz und gut: Nach unseren wenigen Daten sieht es so aus, dass jene, die ÖDP wählen, das mit großer Überzeugung tun.

Wie könnte die ÖDP ihren Stimmenanteil erhöhen?

Der größte Trumpf der Partei, die Verankerung in einem „Mikro-

„Der größte Trumpf der ÖDP, die Verankerung in einem ‚Mikromilieu‘, scheint mir zugleich das größte Hindernis zu sein.“

milieu“, scheint mir da zugleich das größte Hindernis zu sein. Die ÖDP spricht einen ganz bestimmten Typus von Wählern an, die man als „christliche Ökologen“ bezeichnen könnte. Um seinen Stimmenanteil zu erhöhen, müsste man andere Wählerschichten ansprechen, für die alternative Angebote – insbesondere wenn sie ein nicht so klares Profil haben – attraktiver sein könnten, weil sie einfach noch als Projektionsfläche der eigenen Erwartungen dienen können. Was in jedem Fall festgestellt werden kann: Erfolgreiche Volksbegehren und Volksentscheide bringen die ÖDP mit Blick auf Landtagswahlen nicht weiter. Die Kampagnen sind besonders dort erfolgreich, wo die Partei eher schwach ist – und bleibt.

Wer wählt die ÖDP? Und warum?
Das ist ein interessanter Punkt: Heiko Biehl und ich haben vor einigen Jahren ja die Parteimitglieder

als die Grünen in den ostdeutschen Ländern, Berlin mal ausgenommen. In Bayern – genauer: in Südbayern – ist sie durchaus ein politischer Faktor, was sie ja schon durch erfolgreiche Volksentscheide unter Beweis gestellt hat. Es darf aber nicht übersehen werden, dass sie selbst in Bayern auf Landesebene ansonsten keinen politischen Faktor darstellt – da scheint mir die politische Konkurrenz durch Grüne und Freie Wähler doch zu stark zu sein. Und außerhalb Bayerns sieht es eher noch schlechter aus. Allerdings wird der Wegfall der 5%-Klausel der ÖDP bei der Europawahl 2014 wohl den Einzug ins Straßburger Parlament ermöglichen.

Herr Prof. Kranenpohl, herzlichen Dank für das Gespräch. ■

ÖDP-Wahlkampfstrategie

Mit Kreativität und Glaubwürdigkeit zum Erfolg

Für eine erfolgreiche Gestaltung der Wahlen im Herbst 2013 und Frühjahr 2014 gründete die ÖDP eine Wahlkampfkommission (WKK). Die schlägt neue Wege ein und will die Wähler neugierig machen, sich mit der Partei, ihrer Philosophie und ihrem Programm näher zu befassen. Aber auch den Kandidaten kommt künftig eine größere Bedeutung zu.

von Sebastian Frankenberger

Wer keinerlei Hoffnungen hegt, dass sich in unserem Land parteipolitisch etwas Entscheidendes bewegen wird, mag durchaus resigniert weiterblättern oder sich anderem widmen. Dennoch finden im Jahre 2013 wichtige Wahlen statt. In der ÖDP herrscht Zuversicht, dass die Stammwähler ihre Arbeit wieder bestätigen, und Hoffnung, neue Wähler für sie begeistern zu können.

Die Ziele sind klar: 5% bei der bayerischen Landtagswahl (bisher 2,0%), 0,5% bei der Bundestagswahl (bisher 0,3%), eine Verbesserung der bayerischen Kommunalwahlergebnisse – und: der Einzug ins EU-Parlament (bisher knapp 0,5%), was durch den Wegfall der in Deutschland geltenden 5%-Hürde besonders aussichtsreich erscheint.

Um diese Ziele zu erreichen, wurde eine Wahlkampfkommission (WKK) gegründet, die mit Mitgliedern des Bundes- und des bayerischen Landesvorstands besetzt ist. Die beiden Verbände haben ihre finanziellen Mittel gebündelt, ein gemeinsames Wahlkampfbudget beschlossen und damit den Weg für

eine einheitliche Strategie und die bestmögliche Nutzung von Synergien für alle vier kurz aufeinanderfolgenden Wahlen gebnet.

Durchweg kennzeichnend für die Entwicklung der Wahlkampfstrategie und deren parteiorganisatorische Umsetzung ist diesmal die zentrale Steuerung der Wahlkampf-führung. Dabei geht es um folgende Aufgaben:

- Analyse der Grundlagen
- Entwicklung von Strategiekonzepten, Zielgruppenbestimmung, Themenauswahl
- Werbemittelproduktion und -verteilung
- Veranstaltungsplanung
- flächendeckender Rednereinsatz

Die frühzeitige Einbeziehung der regionalen Parteibasis soll dabei die optimale parteiorganisatorische Umsetzung gewährleisten. Die innerparteiliche Mobilisierung (Aktivierung innerparteilicher Kommunikationssysteme, Schulung für den Wahlkampfeinsatz etc.) sowie Kommerzialisierung durch Auslagerung von Aufgaben auf Unternehmen (z.B. für die Entwicklung, die Produktion und den Vertrieb von Informations- und Werbemitteln etc.) spielen ebenfalls eine zentrale Rolle.

Bei der Analyse der Gegebenheiten bzw. Rahmenbedingungen für die anstehenden Wahlen ist der WKK besonders wichtig, nicht nur aus der Innenwahrnehmung heraus zu planen und zu agieren, sondern die Außenwahrnehmung unserer Partei zu berücksichtigen und in die Überlegungen mit einzubeziehen. Für die Wahlkampfkommission war es darum von großer Bedeutung, die Beratung einer externen Fachkraft in Anspruch zu nehmen, die sowohl politisches Wissen als auch fundierte Erfahrungen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Marketing mitbringt.

Bewährtes fortführen und neue Wege beschreiten

Festzustellen ist, dass die ÖDP-Stammwählerschaft ein sehr anspruchsvolles und gut informiertes, selbst meist auch politisch aktives Klientel ist. Wenn es aber darum geht, neue Mitglieder und Wähler zu gewinnen, ist allerdings zu konstatieren, dass zwar die Erfolge der ÖDP und auch Sebastian Franken-

Hauptproblem, dass es bisher nicht gelungen ist, Gesichter zu etablieren, die mit der ÖDP in Verbindung gebracht werden und positive Assoziationen bei den Wählern hervorrufen, obwohl es seit jeher hervorragende Köpfe in ihren Reihen gab. Zudem ist der Wähler an sich misstrauisch und wählt nicht, was er nicht kennt. Menschen wählen am liebsten Menschen – und nicht

*Menschen wählen am liebsten Menschen –
und nicht Bilder. Menschen vertrauen Menschen –
und nicht Botschaften.*

berger als Person im öffentlichen Bewusstsein präsent sind, die ÖDP als Partei mit politischem Vollprogramm aber nahezu unbekannt ist. Das ist besonders bedauerlich, weil der Professionalisierungs- und Kompetenzgrad der ÖDP inzwischen das Niveau einer Kleinpartei bei Weitem übersteigt, ohne dass sich das im Image niedergeschlagen hätte.

Dies dürfte unter anderem auch der Grund dafür sein, dass die ÖDP nur mit großem Aufwand – mit Volksbegehren, Petitionen etc. – in den Medien Aufmerksamkeit erreicht und bisher keinen bis wenig Zuwachs an Mitgliedern oder Popularität verbuchen konnte. Bei der Bestimmung der ÖDP-Zielgruppen hat sich schnell gezeigt, dass mit dem Wahlkampfkonzept zwei Wege zu beschreiten sind: Einerseits ist Bewährtes fortzuführen, schon allein um unsere Stammwähler zu halten. Andererseits sind neue Wege zu beschreiten, wenn es darum geht, neue Wählerschichten hinzu-zugewinnen.

Menschen wählen Menschen, keine Botschaften

Die WKK sieht für die Gewinnung neuer Wählerschichten als

Bilder. Und Menschen vertrauen Menschen – und nicht Botschaften.

Ein positives Image entsteht nicht durch Themen und nicht durch schöne Bilder wie die Plakatmotive „Gandhi“, „Löwe/Reißnagel“ oder „Spritze mit Tomate“, sondern durch die Formel „Person + Inhalte = Marke“. Daran orientiert sich der Wähler. Deshalb wird eine gute Kampagne immer Personen mit Themen verbinden müssen. Das kriert das Image und das prägt die Wahrnehmung einer Partei.

Eine wichtige Neuerung ist deshalb, dass sich der Wahlkampf diesmal nicht auf Einzelthemen beschränkt. Das würde nur das Image einer „Kleinpartei“ untermauern und der programmatischen Breite der ÖDP nicht gerecht. Gerade im Wahlkampf 2008 hat sich gezeigt, dass sich die ausgesuchten Themenplakate nur marginal von den Plakaten der Mitbewerber unterscheiden haben und sich damit kein Zuwachs an Stimmen generieren ließ.

Glaubwürdigkeit, Wertekanon und Kompetenz

Als zielführend erachtet die WKK daher für diesen Wahlkampf, die



Vorläufiger Plakatenwurf

Glaubwürdigkeit, den Wertekanon und die Kompetenz dadurch zu untermauern, dass man Vertrauen schafft und dazu einlädt, sich mit der ÖDP als Ganzes zu beschäftigen. Deshalb soll die Marke ÖDP diesmal unbedingt mit verschiedenen Slogans gestärkt werden, die dies widerspiegeln. Die Slogans gibt der WKK unter Berücksichtigung der aktuellen Gegebenheiten und unter Beobachtung der Mitbewerber spätestens bis zur Eröffnung des Werbemittelshops bekannt.

Plakate und Wahlkampfwerbemittel werden so gestaltet sein, dass sie als freundliche Einladung wirken, sich mit der Partei als Ganzes zu beschäftigen. Im Vergleich zu früheren Wahlkämpfen wird

auf Themenplakate verzichtet. Die ÖDP-Maxime „Weniger ist Mehr!“ umsetzend sollen sich die Plakate diesmal vor allem auf das Parteilo-gio, den Kandidaten und einen Slo-

rangig den Spitzenkandidaten zu plakatieren. Für Gebiete, in denen wichtige Themen wahlentscheidend sein könnten, soll es trotzdem die Möglichkeit geben, ein Leerpla-

*Die ÖDP will nicht nur sich selbst präsentieren,
sondern sich aufrichtig
für die Anliegen der Bürger interessieren.*

gan beschränken – einen Slogan, der kein Thema kommentiert, sondern vor allem die ÖDP als Partei charakterisiert. Ein bis fünf solcher Slogans werden zur Verfügung stehen.

Für Gebiete, die keine bekannten Gesichter als Direktkandidaten verbuchen können, ist es geplant, vor-

kat zu individualisieren – beispielsweise: „Keine Donau-Staustufe!“.

Eine zentrale Fragestellung war zudem, wie sich in der Kürze der Zeit und mit begrenztem Budget ein Wahlkampf bestreiten lässt, der diese Probleme kompensiert und Synergie-Effekte über die Dauer von

vier Wahlkämpfen erzeugt. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist eine reduzierte Gestaltung der Plakate sinnvoll, da sie für die verschiedenen Wahlen einfach modifizierbar sind, aber andererseits einen hohen Wiedererkennungswert aufweisen.

Die ÖDP setzt im Wahlkampf natürlich auch auf klassische Instrumente wie Flugblätter. Zum einen wird in Kürze ein Image-Flyer gedruckt, der die Positionen

Die ÖDP will dabei nicht nur sich selbst präsentieren, sondern sich aufrichtig für die Anliegen der Bürger interessieren. Sie will sich damit als Alternative anbieten, als Partei, die nicht nur an den Problemen, sondern vor allen Dingen an deren Lösung interessiert ist. Das ist die Botschaft, die sie damit aussendet. Weg von bloßen Wahlversprechen sollen Ziele, Ideen und auch bestehende Probleme nicht nur

Jeder Wähler in Bayern muss erkennen, dass seine Stimme wichtig ist und Politik nicht nur im fernen München passiert.

der ÖDP ganz allgemein darstellt und ihre Philosophie in den Fokus rückt. Zum anderen wird zur Bundestagswahl ein neuer Kurzflyer erstellt und die „100 Gründe, ÖDP zu wählen“ werden überarbeitet.

ÖDP-Vorsitzender radelt durch alle Stimmkreise

Eine besondere Resonanz erhofft sich die WKK von der Hauptwahlkampfveranstaltung „90 Stimmkreise in 90 Tagen“: Drei Monate lang wird der ÖDP-Bundesvorsitzende mit dem Fahrrad alle bayerischen Stimmkreise besuchen und zusammen mit den ÖDP-Kandidaten und interessierten Bürgern ein paar Etappen zurücklegen. Ziel ist es, vom „klassischen“ Wahlkampf Abstand zu nehmen und ein völlig neues, innovatives Konzept zu wagen. Standardisierte Front-Vorträge, bei denen der Bürger die Rolle des passiven Zuhörers einnimmt, selbst aber kaum zu Sprache kommt, sind nicht nur veraltet, sondern auch sehr statisch und undynamisch. Wie soll der Wähler erreicht und mobilisiert werden, wenn knapp zehn Parteien ihm jeweils vorhalten, sie seien „besser als die anderen“?

verbalisiert, sondern mit dem Bürger vor Ort eins zu eins angegangen werden.

Jeder Wähler in Bayern muss erkennen, dass seine Stimme wichtig ist und Politik nicht nur im fernen München passiert, wo sich die Spitzenkandidaten in den Parteizentralen täglich die Klinke reichen. Um das Ganze finanzieren zu können, ist die ÖDP natürlich auf die Hilfe ihrer Mitglieder und Interessenten angewiesen. So bietet sie z.B. Fahrradpatenschaften an. Mit einer Spende kann der Kauf eines Rades unterstützt und so zum Erfolg der Aktion beitragen werden. Wichtig ist aber natürlich auch, dass möglichst viele mitradeln, um den Bekanntheitsgrad der ÖDP zu steigern.

Es liegt auch an den Mitgliedern, die kommenden Wahlkämpfe erfolgreich zu gestalten und als Partei in den Bayerischen Landtag oder ins Europäische Parlament einzuziehen. Jeder ist deshalb aufgerufen mitzuhelfen, die ÖDP nach vorne zu bringen und ein neues Kapitel in der Parteigeschichte aufzuschlagen! Nur gemeinsam lassen sich ihre politischen Ziele erreichen!

Sebastian Frankenger
Jahrgang 1981, begann ein Lehramtsstudium in Mathematik und Physik sowie ein Studium in Theologie, die er jedoch abbrach. Nach Ausbildungen zum Notfallseelsorger und zum Fremdenführer arbeitete er lange Jahre in diesen Bereichen. In die ÖDP trat er 2004 ein, errang 2008 in Passau ein Stadtratsmandat, organisierte 2009 das bayerische Volksbegehren „Für echten Nichtraucherschutz“ und wurde 2010 zum ÖDP-Bundesvorsitzenden gewählt.



www.sebastian-frankenberger.de

Sebastian Frankenger on Tour

Bayerische Interessen ins Parlament radeln

Wahlkampf einmal anders: innovativ, begeistert und dynamisch. Dafür radelt Sebastian Frankenger von Anfang Juni bis September 2013 in 90 Tagen durch alle 90 bayerischen Stimmkreise.

von Ines Seidemann

Startet wird in Passau, das Ziel ist München, wo die Tour mit einer großen Kundgebung vor dem Landtag enden wird. Auf dieser letzten Etappe zum Landtag werden möglichst viele Kandidaten und ÖDP-Mitglieder mit Sebastian Frankenger ge-

meinsam radeln. Auf der Tour wird der ÖDP-Bundesvorsitzende das Bundesland Bayern nicht nur mit all seinen Facetten und Besonderheiten spüren und kennenlernen, sondern auch aktiv den Kontakt zu den Bürgern vor Ort suchen. Es geht darum, ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Bürger zu haben. Frankenger soll die an ihn herangetragenen Bedürfnisse und Probleme der Menschen nicht nur aufnehmen, sondern auch verstehen und schließlich mit nach München bringen: symbolisch in einem Rucksack, der – gefüllt mit Wünschen, Sorgen und Ideen – in den Landtag getragen wird.

Es geht aber nicht allein darum, dass Frankenger als Botschafter der bayerischen Bürger auftritt. Die Kreisverbände und Bürger sollen vor Ort eingebunden werden und sich einbringen. Das bietet ihnen die Möglichkeit, aktiv zu zeigen, wofür die ÖDP steht: Gemeinschaft, Ökologie, Familiensinn und gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern! Deswegen ist das Ziel, dass die jeweiligen Spitzenkandidaten und natürlich auch gerne Bürger entsprechende Etappen mitradeln. Unterwegs sollen wichtige Aspekte der Regionen im Mittelpunkt stehen; so können beispielsweise Bio-betriebe, aber auch Problemgebiete

zusammen mit den Kandidaten beachtet werden. Durch die bayernweite Kampagne entsteht auch die Chance, lokale Probleme in überregionaler Presse und Medienlandschaft zu platzieren. Der Pressefokus, der während des Wahlkampfes normalerweise auf München liegt, soll sich über ganz Bayern erstrecken.

Ein weiterer Eckpunkt der Kampagne ist es, vor allem auch junge Leute zu mobilisieren. Die ÖDP bietet mit Themen wie Umwelt- und Tierschutz, der Forderung nach mehr direkter Demokratie, der Stärkung des Verbraucherschutzes oder auch der Freiheit von Konzernspenden extrem viel Potenzial, die jüngere Wählerschaft wie Studenten und Erstwähler zu erreichen. Deswegen soll die Radtour ein junges, dynamisches und trendiges Image repräsentieren. So wird während der Tour ein Online-Tagebuch geführt, es gibt einen YouTube-Channel und natürlich wird Facebook und Twitter zentral eingebunden.

Durch die Möglichkeit, die Radtour live im Internet mitzuverfolgen, soll eine ganz neue Art von Wahlkampf entstehen. Transparent und interaktiv. Im Kontakt zu den Bürgern vor Ort, aber auch virtuell. In Bewegung, aber auch mit Zeit für intensive Begegnungen mit den Menschen. Unterstützen Sie uns live vor Ort oder auch online mit Ihren Ideen!

Ines Seidemann, Jahrgang 1990, studiert Staatswissenschaften und macht 2013 ein Praktikum in der Landesgeschäftsstelle der ÖDP Bayern in Passau.



www.oedp-bayern.de

Stimmkreise Bayerns zur Landtagswahl 2013



Grafik: Seidemann/Frankenger

ÖDP-Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl – Teil 1

„Werte, Träume und Visionen von einer besseren Welt“

Wer sind die Personen, die bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 auf Platz 1 der ÖDP-Landeslisten stehen? Was denken sie? Für welche Inhalte stehen sie? Ihre Antworten auf sechs Fragen zeigen zwar unterschiedliche Charaktere, aber auch, warum sie sich alle für ein Engagement in der ÖDP entschieden haben.

Arnd Lepère

Platz 1 der hessischen Landesliste zur Bundestagswahl

1. Was hat Sie bewogen, bei der Bundestagswahl für die ÖDP anzutreten?

Der Hauptgrund ist, dass es dem Wähler nur so möglich ist, die ÖDP zu wählen. Und es nichts Besseres für die ÖDP gibt, als millionenfach auf dem Wahlzettel zu stehen, um für die Wähler bekannter zu werden. Ein anderer Grund ist auch, dass wir Hessen gern mit dazu beitragen möchten, dass unsere ÖDP die für die Parteienfinanzierung so wichtige 0,5%-Hürde erlangt. Weiter stehe ich gerne für unsere tollen Ideen, Programme und Forderungen ein. Wir sind so eine tolle, ehrliche, offene und glaubhafte Partei, dass wir – so hoffe ich – wirklich eine Alternative für die zahlreich von den etablierten Parteien vergraulten Wähler sein werden.

2. Welches sind Ihre thematischen Schwerpunkte?

Thematischer Schwerpunkt ist für mich: eine ehrliche, glaubhafte und absolut transparente Politik. Hauptthemen sind: besserer und konsequenterer Tier- und Umweltschutz. Mehr soziale Gerechtigkeit. Gesunde Lebensmittel. Die Realisierung eines wirklichen Erziehungsgehaltes und auch eines Pflegegehaltes, das endlich die enorme soziale Leistung für die Gesellschaft anerkennt und die durch diese wichtigen Tätigkeiten entstehenden sozialen Ungerechtigkeiten beseitigt. Die Verkehrslärmbekämpfung und hier unbedingt die Durchsetzung von Nachtflugverboten zum Beispiel am Frankfurter Flughafen. Die Erleichterung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden, sodass die direkte Demokratie zumindest auch mal die Chance hat, die sie und wir Bürger verdienen. Es erscheint mir zurzeit



die einzige Möglichkeit, die parlamentarische Demokratie zu kontrollieren, solange die Politiker Dank Lobbyisteneinflussnahme nicht wirklich ihre Kontrollaufgaben der Parlamente erfüllen.

3. Woran fehlt es – aus Ihrer Sicht – unserer aktuellen Regierung am meisten?

An Ehrlichkeit, an Glaubhaftigkeit und am Mut, die Probleme wirklich dauerhaft anzugehen. Am Mut, auch mal etwas anderes zu machen und zu denken. Es ist ein schrecklicher Fehler, an ein stetiges Wachstum der Wirtschaft zu glauben und nicht die Folgen dieses Wahns zu begreifen. Dies liegt an ihrer Abhängigkeit von Konzern- und Firmenspenden etc.

4. Woran fehlt es der Opposition im Bundestag?

Der Opposition fehlt es genau an dem Gesagten zu Punkt 3.

5. Warum braucht es die ÖDP im Bundestag?

Mit der ÖDP kämen endlich verantwortungsbewusste, ehrliche und glaubhafte Politiker in den Bundestag, die den Mut haben, auch mal anderes zum Wohl der Bevölkerung zu fordern. Wir haben zum Glück noch Werte, Träume und Visionen von einer besseren Welt.

6. Wie spiegelt sich die ÖDP-Philosophie in Ihrem persönlichen Leben und Handeln wider?

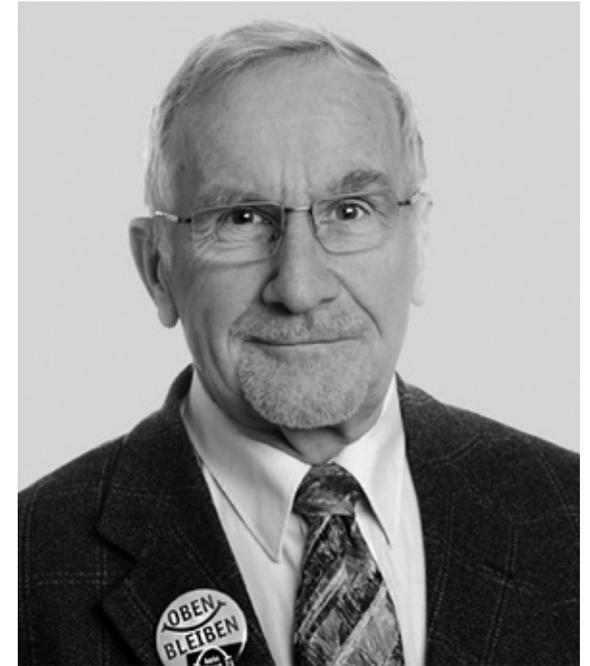
Ich versuche bewusst mit „weniger mehr“ auszukommen. Ich habe meinen Fleischkonsum erheblich heruntergefahren. Ich engagiere mich zum Beispiel auch zurzeit sehr stark in einer Bürgerinitiative. Ich vermeide unnötige Autofahrten, fahre mit dem Fahrrad zur Arbeit und benutze auch sehr oft den ÖPNV. Ich teile sehr viel in öffentlichen Netzen wie Facebook oder der Gießener Mitmachzeitung zu unseren wichtigen Themen mit. Ich versuche einfach, ÖDP zu leben und zu sein.

Bernd Richter

Platz 1 der baden-württembergischen Landesliste zur Bundestagswahl

1. Was hat Sie bewogen, bei der Bundestagswahl für die ÖDP anzutreten?

Wir haben bei der Landtagswahl 2011 im Wahlkreis Rottweil mit mir als Kandidaten das Spitzenresultat von 3,9% in Baden-Württemberg erreicht, in meiner Stadt Schramberg mit rund 22.500 Einwohner/-innen sogar 9,3%. Ich bin seit 1989 Stadt- und Kreisrat und vertrete hier und eigentlich überall offensiv unsere politischen Ideen. Deswegen bin ich sehr bekannt und so war man der Meinung, ich würde im Wahlkreis Rottweil-Tuttlingen die meisten Stimmen von uns allen an die ÖDP binden, wenn ich zur Bundestagswahl antreten würde. So ähnlich dachten wohl auch die Delegierten beim Landesparteitag und wählten mich zusätzlich zum Spitzenkandidaten in Baden-Württemberg. Ich trete aber auch an, weil man vor allem im Wahlkampf mit sehr vielen Menschen ins Gespräch kommt und für die Ideen der ÖDP werben kann. Diese Gespräche sind oft sehr interessant, machen auch Freude – die nervigen muss man schnellstens verdrängen und vergessen.



2. Welches sind Ihre thematischen Schwerpunkte?

Familienpolitik und Erziehungsgehalt, Tierschutz, ökologische Steuerreform und Postwachstumsgesellschaft, erneuerbare Energien, biologische Landwirtschaft, soziale Gerechtigkeit bei uns und weltweit, eine faire Welt.

3. Woran fehlt es – aus Ihrer Sicht – unserer aktuellen Regierung am meisten?

a) Ehrlichkeit: Alle Mitglieder der Bundesregierung wissen, wohin die Reise auf unserem Globus geht, wenn wir so weitermachen wie bisher. Begriffe wie „ökologischer Rucksack“ oder „ökologischer Fußabdruck“ sind jedem bekannt. Reduziert die Regierung durch eine zukunftsweisende Politik und entsprechende Gesetzgebung in der Bundesrepublik, in Europa oder gar weltweit den CO₂-Ausstoß, die Produktion der vielen anderen Schadstoffe, die unser Klima kaputt machen?

b) Weitblick: Die Regierung samt der sie tragenden Fraktionen klären über die weltweit herrschenden politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht auf, schauen aber auch nicht über den Tellerrand der nächsten Bundestagswahl hinaus. Aus falscher Sorge um Arbeitsplätze im Lande verkaufen wir sogar als drittbeste Weltmeister auf diesem Gebiet todbringende Waffensysteme an Diktatoren und Gewaltregime.

c) Unabhängigkeit: Große und kleinere Konzerne, aber auch Industrie- und Handelsverbände beeinflus-

sen die Parteien und ihre Politiker vor allem in Wahljahren durch kräftige Parteispenden und großzügige Sponsorentätigkeit. Als Dank bekommen sie dafür eine Gesetzgebung, die ihre umweltschädliche Produktionsweise gar nicht oder nur wenig einschränkt.

4. Woran fehlt es der Opposition im Bundestag?

Sie tritt zwar stärker für soziale Gerechtigkeit ein als die Regierungsparteien, betont aber zu sehr die Staatsgewalt, die alles lenken und verwalten soll. Die Welt ist endlich, die Ressourcen sind beschränkt, es kann kein ständiges Wachstum geben. Auch ihr fehlt es leicht abgemildert an Ehrlichkeit, Weitblick und Unabhängigkeit.

5. Warum braucht es die ÖDP im Bundestag?

Die ÖDP ist eine finanziell und wirtschaftlich unabhängige Partei, die als einzige keine Betriebs- und Konzernspenden annimmt. Sie hat handfeste und überzeugende Ideen, aber auch zukunftsweisende Visionen für eine Politik, die auch unseren Urenkeln eine gute Zukunft auf diesem Planeten ermöglicht.

6. Wie spiegelt sich die ÖDP-Philosophie in Ihrem persönlichen Leben und Handeln wider?

Unsere vier erwachsenen Kinder (24 bis 39 Jahre alt) kommen „trotz unserer Erziehung“ immer noch gern ins Elternhaus zurück, wir sind familiär und ehrenamtlich engagiert, unterstützen soziale und umweltfördernde Vereinigungen; wir schließen beim Einkaufen so weit wie möglich regionale Produktionskreise, konsumieren bevorzugt biologisch produzierte und fair gehandelte Ware, wärmen unser Brauchwasser durch Solarkollektoren und haben am Dach eine 12kw/h-Photovoltaikanlage. Kurze Strecken fahren wir mit dem Rad, bei langen nehmen wir, wenn möglich, Bus und Bahn und bekommen bis zum Herbst hoffentlich die lang geplante Holzszusatzheizung. Kurzum: Wir leben gern in unserem wärmegedämmten Haus mit großem ökologisch bewirtschafteten Garten.

Claudia Wiest

Platz 1 der bayerischen Landesliste zur Bundestagswahl

1. Was hat Sie bewogen, bei der Bundestagswahl für die ÖDP anzutreten?

Meine Erfahrungen in der Politik haben gezeigt, dass Bundespolitik in viele Bereiche hineinspielt, angefan-



gen bei der Umweltpolitik bis hin zur Sozialpolitik und um wirklich etwas bewegen zu können, braucht es eine standfeste Opposition im Bundestag, die sich nicht wie ein Fähnchen im Wind dreht, sondern transparent und zielorientiert ihre Werte verfolgt.

Da meine Mutter Berlinerin ist, ist die Stadt meine zweite Heimat und der Weg dorthin ein weiterer Schritt auf meinem Lebensweg, der gut mit meiner Familie abgesprochen wurde.

2. Welches sind Ihre thematischen Schwerpunkte?

Unsere Forderung eines steuer- und sozialversicherungspflichtigen Erziehungsgehalts soll den Eltern die Möglichkeit geben, sich ganz ihrer Erziehungsarbeit zu widmen, ohne finanzielle Sorgen zu haben. Unser Sozialstaat, zu dem wir uns ausdrücklich bekennen, muss sich leisten können, ebenso wie ein Erziehungsgehalt auch ein Pflegegehalt für alle zu zahlen, die zu Hause ihre Angehörigen betreuen. Eine weitere Forderung der ÖDP ist ein kurzfristig angelegtes massives Förderpro-

gramm zur Energieeinsparung in allen Bereichen (öffentliche Gebäude, Industrie, Gewerbe, private Haushalte, Verkehr). Einsparung, Effizienzsteigerung und Einsatz erneuerbarer Energien sind in dieser Kombination unverzichtbar.

3. Woran fehlt es – aus Ihrer Sicht – unserer aktuellen Regierung am meisten?

Unserer Regierung fehlt es an klaren und transparent formulierten Zielen, wie gerade erst am aktuellen Lebensmittelskandal deutlich geworden ist – wer immer nur im Nachhinein reagiert und nie selbst agiert, ist auf Dauer unglaubwürdig. Ganz zu schweigen von den Kapriolen in der Energiepolitik, einerseits jetzt ein „Ja“ zum Ausstieg aus der Atompolitik, andererseits aber keine klaren Vorstellungen bzgl. der Energiewende: Wer die großen Energiekonzerne subventioniert, will nicht wirklich etwas ändern.

4. Woran fehlt es der Opposition im Bundestag?

Auch die Opposition hat kein explizit formuliertes Programm, sondern reagiert meist häufig nach dem aktuellen Tagesgeschehen – hier fehlt ein langjähriges durchdachtes Konzept, denn nur dagegen sein allein reicht in meinen Augen nicht aus.

5. Warum braucht es die ÖDP im Bundestag?

Die ÖDP ist die einzige Partei, die ihrem Grundsatzzprogramm seit 20 Jahren folgt und keine wesentlichen Veränderungen vornehmen musste. Wer auf die ÖDP setzt, setzt auf Stabilität und Ehrlichkeit und das ist in der Politik heute eher selten.

Die ÖDP bietet ein Programm, das den Familien die Entscheidung selbst überlässt, wie sie ihre Kinder betreuen wollen: keine Vorschriften vonseiten des Staates.

Das Thema Schulpolitik ist mir durch meinen Beruf als Lehrerin natürlich besonders ans Herz gewachsen: Kleinere Schulen mit kleineren Klassen und regionaler Ausrichtung sind mein politisches Ziel im Bildungsbereich sowie eine zweite pädagogische Fachkraft in jeder Grundschulklasse – gerade um das hohe Ziel der Inklusion umsetzen zu können.

Die ÖDP ändert ihre Inhalte nicht vor jeder Wahl und nach dem gerade vorherrschenden Zeitgeist, sondern bleibt ihren Grundsätzen treu. Das ist mir wichtig. Auch die Nutzung der volksdemokratischen Möglichkeiten von Bürgeranträgen und Petitionen bis hin zu Volksbegehren macht mir die Partei sympathisch, denn hier geht es um die Sache und nicht um persönliche Karriere.

Besonders gefällt mir an der ÖDP ihr unersättlicher Idealismus, denn auch ein kleiner Reißnagel kann einen großen Hintern bewegen.

6. Wie spiegelt sich die ÖDP-Philosophie in Ihrem persönlichen Leben und Handeln wider?

Authentizität ist wohl das Schlagwort, das es mit am besten trifft – meine humanistischen Grundwerte spiegeln sich hier wider. Hier muss ich mich nicht verbiegen und kann mich mit meiner Persönlichkeit einbringen.

Gero Sartorius

Platz 1 der niedersächsischen Landesliste zur Bundestagswahl



1. Was hat Sie bewogen, bei der Bundestagswahl für die ÖDP anzutreten?

Demokratie ist nun wirklich keine Selbstverständlichkeit. Sie muss täglich verteidigt und erneuert werden. Unsere jüngere Geschichte verpflichtet uns Deutsche im Besonderen zu einer von allen Bürgern aktiv gelebten Demokratie. Mit meinem Engagement in der ÖDP möchte ich dieser Verpflichtung gerecht werden. Mit meiner Kandidatur bekenne ich mich öffentlich zur ÖDP.

2. Welches sind Ihre thematischen Schwerpunkte?

Als Ingenieur für Umwelttechnik weiß ich – wie alle klar denkenden Menschen auch –, dass unser heutiger

Lebensstil unverantwortbar ist. Unter der von uns verursachten massiven Umweltzerstörung haben vorrangig zukünftige Generationen zu leiden.

Als evangelischer Theologe weiß ich – wie alle klar denkenden Menschen auch –, dass das weltweite Ausmaß an bitterster Armut absolut inakzeptabel, ihre Tolerierung unmoralisch ist.

Maßloses Gewinnstreben einiger weniger, von der auch wir Deutsche profitieren, führt zu Armut und Umweltzerstörung. Wir müssen umdenken und unser Handeln grundlegend verändern.

3. Woran fehlt es – aus Ihrer Sicht – unserer aktuellen Regierung am meisten?

Schon seit Jahrzehnten sind unsere Regierungen keine Gestalter mehr, sondern Getriebene. Getrieben von Parteispenden, sogenannten Nebeneinkünften und Profildrehs. Sie haben nicht den Mut, ihren Wählern die Wahrheit zuzumuten. Unsere Regierung lässt keine Möglichkeit aus, ihren Unwillen und ihr Unvermögen zu wirklichen Reformen unter Beweis zu stellen. Denken Sie nur an die sog. Finanzkrise ... Zeigen wir ihnen im September die Rote Karte.

4. Woran fehlt es der Opposition im Bundestag?

Siehe Antwort 3 ...

5. Warum braucht es die ÖDP im Bundestag?

Der Deutsche Bundestag braucht mehr integre Persönlichkeiten, die eine Politik vertreten, die sich nicht an Einzelinteressen orientiert. Persönlichkeiten, die sagen, was gesagt werden muss, und tun, was sie gesagt haben. Darum braucht der Bundestag die ÖDP. Ganz einfach.

6. Wie spiegelt sich die ÖDP-Philosophie in Ihrem persönlichen Leben und Handeln wider?

Leider viel zu wenig. Ein Beispiel: In unserem Dorf fahren Montag bis Freitag sieben Busse (bis 15.15 Uhr), Samstag ein Bus und Sonntag überhaupt kein Bus zum nächstgelegenen Bahnhof. Wie soll man da auf ÖPNV umsteigen? Und nun muss ich mal ein Kanzlerinnenwort gebrauchen: Das Auto ist vielerorts ALTERNATIVLOS. Nicht nur weil es bequemer ist, sondern weil es von den „etablierten“ Parteien politisch so gewollt ist. Wir brauchen eine neue Politik. Wir brauchen mehr ÖDP. Eine Politik, die Umweltbelastung wenigstens stärker besteuert und umweltgerechtes Verhalten fördert.

Volker Behrendt

Platz 1 der hamburgischen Landesliste zur Bundestagswahl



1. Was hat Sie bewogen, bei der Bundestagswahl für die ÖDP anzutreten?

Viele Fragen, die auf lokaler Ebene eine große Bedeutung haben, werden im Bundestag oder auf europäischer Ebene entschieden. Ob es sich um Vorgaben beim Umweltschutz, beim Wettbewerb, der Steuergesetzgebung, bei Arbeitsbedingungen oder der kommunalen Selbstversorgung handelt: Die Politik vor Ort muss das ausbaden, was „oben“ großteils ohne Kenntnis und/oder Rücksicht auf die Auswirkungen vor Ort ausgehandelt wird. Daher will ich mich mit meinen Kenntnissen dort einbringen, wo diese Entscheidungen getroffen werden: im Deutschen Bundestag.

2. Welches sind Ihre thematischen Schwerpunkte?

Zwei Themen will ich herausgreifen:

Die Elbvertiefung ist aus meiner Sicht nicht nur ökologisch schädlich, sondern auch aus ökonomischer Sicht überflüssig. Die Bundesregierung finanziert zwei Konkurrenzhäfen (Jade-Weser-Port und Hamburg), die

sich gegenseitig die Ladung wegnehmen. Daneben baut Rotterdam seinen Hafen in einer Größenordnung aus, die für deutsche Verhältnisse unvorstellbar ist. Zudem sinken die Frachtraten kontinuierlich, der Handel mit Asien wird sich abschwächen und auch aus ökologischen Gründen werden die Märkte in der Zukunft hoffentlich wieder mehr vom europäischen Markt bedient. Die Nachteile einer flacheren Elbe könnten durch Feederschiffe aufgefangen werden. Das Argument, dass die Umladung auf Feederschiffe zeit- und kostenintensiv ist (umgerechnet auf die Ware wenige Cent), ist angesichts der steigenden Gefahr bei Sturmfluten (die Flut läuft schneller auf), der steigenden Gefahr durch generell höhere Wasserstände und des Fischsterbens in der Elbe zu vernachlässigen. Hinzu kommen jetzt schon bestehende erhebliche Probleme bei den Zubringerdiensten und die steigende Luftverschmutzung in Hamburg. Bestehende Arbeitsplätze sind nicht gefährdet und da jetzt schon in vielen Branchen Nachwuchsmangel herrscht, wäre auch hier ein Weniger an mehr Arbeitsplätzen für Hamburg kein Problem.

Neben der Umweltpolitik liegt mir besonders die Situation der Arbeitssklaven in Deutschland und insbesondere auch Hamburg am Herzen. Von skrupellosen Geschäftemachern wird die Situation u.a. von EU-Bürgern aus Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit ausgenutzt, indem diese unter falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt werden, hier in Bettenlagern untergebracht werden und zu Hungerlöhnen arbeiten müssen. Bezahlung nach Tariflohn und die Entrichtung von Steuern und Sozialabgaben sind Fremdworte. Profitieren tun außer den „Vermittlern“ die Abnehmer der Leistungen: Baufirmen, Hotels, Reinigungsfirmen und Hafenbetriebe. Die regierenden Parteien betreiben in diesem Bereich reine Symbolpolitik, statt z.B. in der Steuergesetzgebung, im Arbeitsrecht und Vergaberecht das Problem an der Wurzel anzufassen.

Daneben gibt es viele Bereiche, in denen ich als Steuerrechtler an einer substanziellen Verbesserung der Steuergesetze arbeiten möchte.

3. Woran fehlt es – aus Ihrer Sicht – unserer aktuellen Regierung am meisten?

Die aktuelle Regierung hat einen Zeithorizont, der nur bis zur nächsten Wahl reicht. Man möchte wiedergewählt werden und seine eigene (Wirtschafts-) Klientel zufriedustellen. Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes sind rein kosmetischer Natur, ein grundlegendes Überdenken der auf Konsum ausgelegten Wirtschaftsordnung findet nicht statt. Anreize für Bürger, sich ehrenamtlich zu engagieren, muss man

mit der Lupe suchen. Die Bürger werden zu Dialogen eingeladen, deren Ergebnisse hinterher in Schubladen verschwinden, wenn sie nicht genehm sind (Beispiel Bürgerdialog zur Energiewende mit der Empfehlung zu verstärkten Bemühungen, dezentrale Einheiten zu fördern).

4. Woran fehlt es der Opposition im Bundestag?

Auch die Opposition denkt in den landläufigen Erklärungsmustern und doktert an Symptomen herum, statt an die Wurzeln zu gehen. Ein paar kleine wirtschaftliche Verbesserungen für die Bürger in Deutschland werden in Aussicht gestellt, aber kein Umdenken, keine Herausforderungen, keine Zukunftsvisionen gewagt, die den Zeitraum bis zur nächsten Wahl überschreiten.

5. Warum braucht es die ÖDP im Bundestag?

Die ÖDP wagt, weiterzudenken. Sie wagt auch, global zu denken und alle Menschen, die jetzt und in Zukunft leben, in ihre Überlegungen mit einzubeziehen, und sie bemüht sich, die Gesellschaft so zu gestalten, dass sie auf Dauer überlebensfähig sein kann. Durch eine ganzheitliche Bildung, die grundlegende Bedürfnisse des Menschen aufgreift und nicht bei kurzen oberflächlichen Glückserlebnissen stehen bleibt, strebt sie eine größere Solidarität unter den Menschen und im Umgang mit der Natur an. Dazu braucht es gesetzliche Anreize aus dem Bundestag genauso wie das bürgerschaftliche Engagement vor Ort. Die ÖDP kann hier viele Anregungen einbringen und Anstöße für ein Umdenken geben.

6. Wie spiegelt sich die ÖDP-Philosophie in Ihrem persönlichen Leben und Handeln wider?

Ich habe zugunsten eines umfangreicheren bürgerlichen Engagements auf eine berufliche Karriere verzichtet und arbeite derzeit nur 34 Stunden in der Woche gegen Bezahlung. Flüge sind nur einmal alle zwanzig Jahre drin und auf Autofahrten verzichte ich, wo immer ich kann. Ich reduziere kontinuierlich meinen Fleischkonsum und versuche, auf die Herstellungsorte und -bedingungen der Waren, die ich kaufe, sowie die Arbeitsbedingungen derer, deren Dienstleistungen ich in Anspruch nehme, zu achten. Junge, beispielhafte und/oder zukunftsgerichtete Projekte unterstütze ich im Rahmen meiner finanziellen Möglichkeiten (Windkraft, Carbike, Straßenkinder, Jugendarbeit etc.). In verschiedenen Gremien und Vereinen bringe ich mein Engagement und Fachwissen aus drei erlernten Berufen (Bankkaufmann, Gemeindepädagoge, Dipl.-Finanzwirt) und jahrelanger ehrenamtlicher Arbeit ein. ■

Zur Familienpolitik-Studie von Prognos

Gutachter als Sprachrohr der Wirtschaftslobby

Kurzfristiges betriebswirtschaftliches Profitdenken droht nun auch die Familienpolitik zu erfassen. Sie sei ineffizient, behauptet eine Studie, die das Bundesfamilienministerium in Auftrag gab. Die Argumente sind zwar höchst fragwürdig, dienen aber trotzdem als Grundlage für eine Medienkampagne.

von Dr. Johannes Resch

In seiner Ausgabe vom 4.02.2013 beschäftigt sich das Nachrichtenmagazin „Spiegel“ mit „Deutschlands gescheiterter Familienpolitik“. Der achtseitige Leitartikel mit dem Titel „Der 200-Milliarden-Irrtum“ bezieht sich auf Aussagen eines internen Zwischenberichts des Beratungsunternehmens „Pro-

gnos AG“, das vom Bundesfinanz- und vom Bundesfamilienministerium mit einer „Gesamtevaluation familien- und ehebezogener Leistungen“ beauftragt worden war. Prognos berät normalerweise vor allem Wirtschaftsunternehmen mit dem Ziel der Profitmaximierung. Offensichtlich hat es seinen Auftrag so verstanden, auch die familienpolitischen staatlichen Leistungen unter dem Gesichtspunkt der volkswirtschaftlichen Optimierung zu bewerten – ganz im Sinne der Wirtschaftslobby.

Was den Eltern hilft, ihre Kinder selbst zu erziehen, wird infrage gestellt. Sie sollen möglichst alle auf den Arbeitsmarkt drängen.

Die dem Spiegel-Bericht zu entnehmenden „Ergebnisse“ sehen dann auch danach aus. Sogar das

angesichts der Kinderkosten mickrige Kindergeld wird als „wenig effektiv“ bezeichnet – aber nicht, weil es mickrig ist, sondern weil es das überhaupt gibt. Den „Forschern“ ist offensichtlich nicht einmal bekannt, dass sich das Kindergeld überwiegend aus der verfassungsrechtlich gebotenen Steuerfreistel-

Je mehr Arbeitsuchende, desto niedriger die Löhne

lung des Existenzminimums der Kinder ergibt. Nach der Logik der Gutachter müssten dann auch die steuerlichen Grundfreibeträge als Leistung des Staates als „Erwachsenengeld“ in Höhe von mindestens 120 Mrd. Euro gelten.

nach dem Motto: Je mehr Menschen Arbeit suchen, desto niedriger können die Löhne und desto höher die Profite sein! Um diese Entwicklung zu beschleunigen, liegt die ausschließliche „Effizienz“ des Ausbaus von Kinderkrippen auf der Hand.

Es ist auch zu fragen: Wo bleibt der investigative Journalismus? Warum fallen gleich sechs Spiegel-Journalisten auf die offensichtlich von der Profitgier weniger Akteure gesteuerte Stimmungsmache gegen Eltern herein? Könnte das daran liegen, dass Publizistinnen und Publizisten unter 80 untersuchten Berufsgruppen am häufigsten kinderlos sind, wie im „Mikrozensus 2000“ zu lesen war, und damit die Empathie für Familien verloren haben? Familienministerin Kristina Schröder ist zugute zu halten, dass sie sich sehr schnell von diesen „Forschungsergebnissen“ distanziert und sie als „unseriös“ bezeichnet hat. Aber der Spiegel-Bericht und viele andere Berichte zeigen, dass die Steuerung der Presse durch die Wirtschaftslobby offensichtlich schon weit fortgeschritten ist.

200 Mrd. Euro familienpolitische Leistungen?

Aber was ist mit den 200 Mrd. Euro, die nach Ansicht der „Gutachter“ und des Spiegel wirkungslos verpulvert werden? Das wären 5 % der Wirtschaftsleistung – eigentlich nicht viel, schließlich sind deutsche Bürger heute im Schnitt etwa 25 % ihrer Lebenszeit Kinder und in Ausbildung befindliche Jugendliche. Sie hätten dann auch etwa 25 % der Wirtschaftsleistung zu beanspruchen, um gleichberechtigt leben und lernen zu können. Aber schon hier zeigt sich, dass der Löwenanteil der Kinderkosten eben doch von den Eltern getragen wird und nicht vom Staat.



Der Spiegel-Artikel „Der 200-Milliarden-Irrtum“ ist im Internet unter folgendem Link zu finden: www.spiegel.de/spiegel/print/d-90848686.html

Aber stimmt denn das mit den 200 Mrd. Euro überhaupt? Nach dem im Spiegel abgedruckten Diagramm sind 75 Mrd. Euro davon „ehebezogen“. Das Geld kommt zwar überwiegend, aber nicht vollständig den Familien zugute, weil es auch viele kinderlose Ehen gibt. Aber selbst durch das als „ziemlich unwirksam“ bezeichnete Ehegattensplitting, das ca. 20 Mrd. Euro ausmacht, dürfte der Staat eher Geld sparen. Schließlich ergibt sich das Splitting, weil die Ehe als Wirtschaftsgemeinschaft gilt. Wäre das anders, ließe sich auch die gegenseitige Unterhaltspflicht in der

Investigativer Journalismus? Warum fallen sechs Spiegel-Journalisten auf die gesteuerte Stimmungsmache gegen Eltern herein?

Ehe nicht rechtfertigen. Vermutlich käme das für den Staat teurer.

Und wie setzen sich die angeblichen 125 Mrd. Euro „Familien-

förderung“ zusammen? Dass die angeführten fast 40 Mrd. Euro Kindergeld überwiegend Steuer-Rückerstattungen sind, die dem Grundfreibetrag der Erwachse-

nen entsprechen, wurde bereits erwähnt. Dass Familien einen höheren Anteil ihres Einkommens verbrauchen müssen und deshalb



überproportional Verbrauchssteuern (Mehrwertsteuer, Stromsteuer) bezahlen müssen, haben weder die Gutachter noch der Spiegel beachtet. Sie haben eben alle nur aus der Sicht eines Wirtschaftsunternehmens gedacht. Man könnte auf die Idee kommen, dass keiner der sechs Spiegel-Journalisten für Kinder Verantwortung trägt.

Ebenso absurd ist es, wenn die „beitragsfreie Mitversicherung“ der Kinder in der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung als „Familienförderung“ geführt wird. Sicher tragen die Eltern durch



ihre Beiträge „nur“ etwa die Hälfte der Krankheitskosten ihrer Kinder selbst. Aber wenn die Kinder erwachsen sind, müssen sie allein die etwa fünfmal so hohen Krankheitskosten aller Rentner tragen. Wer keine Kinder hat, kauft sich also sehr „preiswert“ in die Krankenversicherung ein, wenn er zunächst die Krankheitskosten aller Kinder mitträgt.

Aber gehen wir doch einfach mal großzügig von der Annahme aus, die 200 Mrd. Euro des Spiegel-Diagramms seien tatsächlich eine Investition des Staates – d.h. der ganzen Gesellschaft – in die Kindergeneration. Was ist dann die

„Effizienz“ dieser Investition? Was ist das Verhältnis des Nutzens zum Aufwand? Der Nutzen sind die Leistungen der erwachsen gewordenen Kinder an die alt gewordene Generation. Dazu gehören u.a. die

Der Spiegel-Bericht zeigt, dass die Steuerung der Presse durch die Wirtschaftslobby offensichtlich schon weit fortgeschritten ist.

gesetzlichen Renten, die Pensionen, die gesamten Krankheits- und Pflegekosten der Rentner. Bezogen auf die heutigen Kosten kommen da jährlich mindestens 420 Mrd. Euro

zusammen. Für den Staat ist das selbst bei dieser Rechnung immer noch ein Bombengeschäft, auf der anderen Seite aber ein riesiges Verlustgeschäft für die Familien. Diese asymmetrische Geldbewegung ist die wichtigste Ursache für die heutige Kinder- und Familienarmut in einer eigentlich immer reicher werdenden Gesellschaft.

Gutachter wiederholen einen alten Denkfehler

Der „Denkfehler“, den Oswald von Nell-Breuning schon 1957 so beschrieb und den sowohl die „Forscher“ von Prognos als auch die Journalisten des Spiegel machen, liegt einfach darin, dass sie die Flüsse vom Staat zu den Kindern auflisten und sogar überzeichnen, aber die viel größeren Rückflüsse einfach ignorieren. Die Gutachter mögen ja volkswirtschaftlich geschult sein. Aber Kinder als Investition zu begreifen, überfordert sie offensichtlich. Sie würden auch nie einem Unternehmer empfehlen, eine teure Maschine zu kaufen, die erst nach 20 bis 30 Jahren zu arbeiten beginnt. Daran orientieren sich nun ihre Empfehlungen an die Politik.

Sicher war es von vornherein ein Fehler, Leute mit einem Gutachten zur Familienpolitik zu beauftragen, die schon von ihrer Ausbildung her auf kurzfristige Profitmaximierung programmiert sind. Das ist ungefähr so, wie wenn Gutachter den

Wert medizinischer Eingriffe nur am Gewinn für das Krankenhaus messen, ohne den Nutzen für die Patienten zu beachten. Der Familienministerin merkte man förmlich

an, wie peinlich es ihr war, sich mit dergleichen „Empfehlungen“ auseinanderzusetzen. Allerdings kann ihr kein Vorwurf gemacht werden, dieses „Gutachten“ in Gang gesetzt zu haben. Das Kuckucksei wurde ihr schon von ihrer Vorgängerin Ursula von der Leyen ins Nest gelegt.

Um einem Missverständnis vorzubeugen: Es geht hier nicht um Polemik gegen Kinderkrippen. Wenn Eltern eine Krippenbetreu-

Der familienpolitische Sündenfall erfolgte mit der Rentenreform 1957 durch Adenauer. Da wurden die Eltern quasi enteignet.

ung wünschen, um anderweitig erwerbstätig zu sein und das für richtig halten, steht ihnen das nach unserem Grundgesetz frei. Aber der Staat hat kein Recht, Eltern zu bevormunden, indem er eine gewünschte Betreuungsart einseitig begünstigt, wie er das heute unter dem Druck der Wirtschaftslobby tut. Nur die Eltern haben – abgesehen bei Gefährdung des Kindeswohls – das Recht, über die Art der Kindererziehung zu entscheiden. In der Regel wird ihre Entscheidung besser und ihrer individuellen Situation angemessener sein als die einer profitorientierten oder anderweitig ideologisch begründeten staatlichen Vorgabe.

Der familienpolitische Sündenfall geschah 1957

Verantwortlich für diese Entwicklung sind aber weder Prognos noch der Spiegel. Die Ursachen sitzen viel tiefer. Der familienpolitische Sündenfall erfolgte schon mit der Rentenreform 1957 durch Konrad Adenauer. Damals wurden die Eltern quasi über Nacht enteignet, indem die Altersversorgung, die über Jahrtausende der Lohn für die

Erziehung von Kindern gewesen war, an Erwerbsarbeit gekoppelt wurde. Plötzlich waren die Kinder – über ihre Sozialabgaben – ihren Eltern weniger verpflichtet als den kinderlosen Nachbarn. Kindererziehung wurde mit einem Schlag zu einem in der Regel lebenslangen Verlustgeschäft, was sie zuvor niemals gewesen war. Auch alle Wertvorstellungen, die zuvor mit Familie verbunden waren, verloren dadurch

Die Ergebnisse der „Forscher“ lassen sich auch so deuten, dass sie die heutigen Erfahrungen kinderloser Bürger – geringster Einsatz = höchster Profit – einfach auf die Gesamtgesellschaft übertragen: weniger Kinderkosten = höchste Wirtschaftskraft. Tatsächlich stimmt das auch, wenn vom Gedankengang eines Investors ausgegangen wird, dessen Einsatz sich in wenigen Jahren lohnen soll. Wenn dann die Wirtschaft wegen des fehlenden Nachwuchses zu schwächeln beginnt, bleibt immer noch Gelegenheit, das Kapital abzuziehen, um es in Ländern anzulegen, die genügend Nachwuchs haben.

Allerdings schwächelt unsere Wirtschaft schon heute. Aber statt sich über die Ursachen Gedanken zu machen, empfehlen die Gutachter, aus den Eltern die letzten Reserven herauszupressen, um ein letztes Strohfeuer zu entfachen. Das mag wohl sogar kurzfristig zu Exportüberschüssen und guten Profiten für Aktionäre führen. Der absehbar anschließende Zusammenbruch wird dann den immer weniger und immer weniger belastbaren Kindern überlassen. So weit denken weder die „Forscher“ noch die Spiegel-Journalisten. Es wäre schön, wenn die Familienministerin weiterdenkt.

Von konservativen Kreisen wird die Schuld für den Verfall der Familie in der Regel auf „linke Ideologien“ geschoben, die zum Teil tatsächlich die Familie als Lebensform für überholt halten. Dabei wird aber übersehen, dass erst die Sozialgesetzgebung Adenauers das bis dahin vitale „Unternehmen Familie“ unrentabel und damit auch unattraktiv gemacht hat. So wurde den „familienfeindlichen Ideologien“, die es auch schon vorher gab, sozusagen der rote Teppich ausgerollt, auf dem sie nur noch voranzuschreiten brauchten. Die These, die familiäre Lebensform sei überholt, schien dadurch bestätigt zu werden, dass in der Regel Leute ohne Kinder von den Kindern mehr profitierten als die Eltern. Auch die „Pille“ sollte nicht zum Sündenbock gemacht werden, denn sie kann ja nur unerwünschte Kinder verhindern, ist aber für den nachgewiesenen Rückgang des Kinderwunsches selbst nicht verantwortlich.

Dr. Johannes Resch, Jahrgang 1940, studierte Medizin und arbeitete 20 Jahre als Leitender Arzt eines Versorgungsamts. Seit 1998 ist er Mitglied der ÖDP-Bundesprogrammkommission und war von 2008 bis 2010 ihr Sprecher. Zurzeit ist er Sprecher des Bundesarbeitskreises „Familie, Soziales, Gesundheit“



johannes.resch@t-online.de



Foto: Veit Kern/pixelio.de

Wege aus der Krise

„Verzicht auf Unnötiges erhöht den Lebensstandard“

Die Umweltkrise und die Finanzkrise sind keine voneinander unabhängigen Phänomene. Für die Entwicklung einer nachhaltigen Lösungsstrategie braucht es deshalb eine ganzheitliche Betrachtungs- und Herangehensweise – also das Gegenteil von dem, was die deutsche Bundesregierung zu tun pflegt.

Interview mit Prof. Dr. Christian Kreiß

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Kreiß, Sie behaupten: Je mehr Menschen auf Unnötiges verzichten, desto höher wird langfristig der reale Lebensstandard. Erklären Sie uns das bitte.

Prof. Dr. Christian Kreiß: Stellen Sie sich fünf Schiffbrüchige auf einer einsamen Insel vor. Der erste übernimmt das Angeln von Fischen, der zweite das Herstellen von Kleidung und Schuhen, der dritte das Bestellen von Feldern, der vierte den Bau von Häusern – und der fünfte macht Werbung für die Produkte der vier anderen. Wie viel trägt der fünfte zum Wohle aller bei?

Nichts.

In unserer heutigen Gesellschaft gibt es ebenfalls eine Fülle überflüssiger Arbeiten mit negativen Konsequenzen für die Gesamtwirtschaft und den allgemeinen Wohlstand. Würden Fleiß, Kreativität und Intelligenz ausschließlich in die Herstellung sinnvoller Produkte gesteckt, dann gäbe es davon mehr und sie würden preiswerter.

Das steht im Widerspruch zum von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) kreierten und von vielen Politikern gern zitierten Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“.

Ja, überflüssige Arbeiten und Produkte gibt es nach herrschender Wirtschaftstheorie gar nicht. Vollbeschäftigung und das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sind die beiden maßgeblichen Indikatoren. Das ist aber zu kurz gedacht. Nehmen wir ein anderes Beispiel: Krieg. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges setzte in Deutschland ein enormer konjunktureller Aufschwung ein. Während des Krieges herrschte Übervollbeschäftigung, ein Mangel an Arbeitskräften, die Rüstungsindustrie kam mit der Produktion kaum hinterher. Aber was

war das Ergebnis? Not, Leid und Elend – nicht nur für die Soldaten an der Front, sondern auch für die gesamte Zivilbevölkerung, weil fast alle Ressourcen aus der zivilen Produktion abgezogen und in die Kriegswirtschaft und Kriegsführung gesteckt wurden.

Werbung mag auf einer einsamen Insel überflüssig sein. Aber ist sie in komplexen Großstrukturen nicht wichtig?

Es gibt in Deutschland Branchen, in denen es ein Werbeverbot gibt, z.B. bei Ärzten, Rechtsanwälten, Steuerberatern und Architekten. Was geschähe, wenn das Werbe-

kapital. Die Eigentümer erwarten eine möglichst hohe Rendite. Das bedeutet: möglichst hohe Werbeeinnahmen. Die Fragestellung bei der Programmkonzeption lautet deshalb nicht: Was ist hilfreich, lebensfördernd, positiv für die Fernsehzuschauer? Sondern: Was zieht möglichst viele Menschen möglichst lange vor den Bildschirm? Und aus demokratischer Sicht ist zudem bedenklich, dass durch die starke finanzielle Abhängigkeit fast aller Medien eine wirklich kritische Berichterstattung über die Industrie nicht zu erwarten ist. Die Berichterstattung ist tendenziös:



Prof. Dr. Christian Kreiß

Jahrgang 1962, studierte Volkswirtschaft und promovierte über die „Große Depression 1929–32“. Anschließend war er beruflich neun Jahre in verschiedenen Geschäftsbanken tätig, davon sieben Jahre als Investment Banker. Seit 2002 lehrt er als Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Technik in Aalen Finanzierung und Wirtschaftspolitik, 2004 und 2006 hielt er an der University of Maine, USA, Vorlesungen über Investment Banking. Zur aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise gibt es von ihm zahlreiche Veröffentlichungen, Vorträge, Rundfunk- und Fernsehinterviews.

www.menschengerechtwirtschaft.de

„Würden Fleiß und Kreativität ausschließlich in die Herstellung sinnvoller Produkte gesteckt, gäbe es davon mehr und sie würden preiswerter.“

verbot aufgehoben würde? Einige würden mit Werbung beginnen, die anderen aus Sorge vor Marktanteilsverlusten nachziehen. Würden dadurch aber die Heilerfolge, die Rechts- und Steuerberatung oder die Bauqualität besser? Und wer bezahlt letztlich die zusätzlichen Werbeausgaben? Die zusätzlichen Kosten flößen in die Preise ein und alle Leistungen verteuerten sich. Arbeitsplätze, die den Menschen real keine Verbesserung ihres Lebens bringen, senken langfristig den allgemeinen Lebensstandard.

Welche Konsequenzen ziehen Sie aus dieser Erkenntnis?

Es wäre vernünftig und sinnvoll, Werbebeschränkungen für diverse Branchen anzudenken, insbesondere für nicht oder wenig informative oder stark emotional geprägte überregionale Werbung. Das hätte auch positiven Einfluss auf unsere Medienlandschaft. Die befindet sich überwiegend im Eigentum von gewinnorientiertem Privat-

Halb-, Dreiviertel- oder Neunzehntel-Wahrheiten zugunsten der Werbe- und Anzeigenkunden. Unsere öffentliche Meinungsbildung ist nicht gänzlich frei, sondern stark von Kommerzinteressen getrieben.

Welche Tätigkeiten halten Sie sonst noch für schädlich bzw. überflüssig?

Wenn z.B. durch Zunahme der sozialen Spannungen oder einen allgemeinen Kulturverfall die Kriminalität steigt, braucht es mehr

„Arbeitsplätze, die den Menschen real keine Verbesserung ihres Lebens bringen, senken langfristig den allgemeinen Lebensstandard.“

Polizei, private Sicherheitskräfte und Überwachungstechnologien. Die Sicherheitsbranche floriert, die Wirtschaft wächst. Doch was geschieht real? Es entsteht kein Vorteil für die Menschen, denn sie bezahlen den zusätzlichen Aufwand

durch real sinkende Einkommen – weil die zusätzlichen Kosten auf die Produktpreise umgelegt werden, die Steuern steigen oder weil andere staatliche Leistungen zurückgehen bzw. sich verteuern. Wenn Arbeitskräfte aus Wohlstand schaffenden

Branchen in solche abgezogen werden, die keinen Wohlstand schaffen, vermindert sich – bei gleichbleibender Stundenproduktivität – die real zur Verfügung stehende Gütermenge für alle. Das heißt, alle Menschen werden langfristig gesehen ein wenig ärmer.

Was sollten wir tun?

Kein Angebot ohne Nachfrage! Jeder einzelne Mensch kann sich in seiner Eigenschaft als Konsument die Frage stellen: Wo kann ich auf Unnötiges verzichten? Je mehr Menschen auf Unnötiges verzichten, desto höher wird der reale Le-

bensstandard langfristig. Unnötige Produktionen würden allmählich abnehmen und damit würde das Leben aller auf Dauer billiger.

Was würde volkswirtschaftlich passieren, wenn wir auf Unnötiges verzichten?

In einer Übergangsphase würden das BIP und die Zahl der Arbeitsplätze in den betroffenen Branchen sinken. Mittel- und langfristig könnte die nun frei werdende Arbeit dafür verwendet werden, entweder sinnvollere Erwerbsarbeit zu leisten oder mehr Zeit für ehren-

amtliche Tätigkeiten, für die Familie oder für Freizeitaktivitäten zu besitzen, sodass der reale Lebensstandard mittelfristig zunehmen würde. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher und sozialer Krisen, wie sie uns bevorstehen, kann ein Bewusstseinswandel stattfinden, eine Rückbesinnung auf die Frage: Wie wollen wir wirklich leben? Ein Verzicht auch nur auf einen Teil von unnötiger Produktion und unnötiger Arbeit könnte gerade in Krisenzeiten mit schrumpfenden Realeinkommen unseren wahren Wohlstand mehren und uns die Krise besser überwinden helfen.

Eben sagten Sie: Kein Angebot ohne Nachfrage! Da stellt sich nun die Frage: Wo soll bei sinkender Kaufkraft aufgrund verschwindender Arbeitsplätze die Nachfrage nach sinnvolleren Produkten herkommen? Ohne Geld keine Nachfrage – weder nach Sinnlosem noch nach Sinnvollem, oder?

Natürlich. Das Zauberwort heißt: Umschichtung. Wenn nicht so viele Produkte vorzeitig kaputtgehen – was aber oft von Herstellern so geplant ist –, dann würde in Deutschland bei uns Konsumenten etwa 100 Mrd. Euro Kaufkraft frei. Wenn wir Konsumenten weniger Geld für gezielt vorzeitig kaputtgehende Glühbirnen, Drucker, Fernsehapparate, Bügeleisen, Rasierer, elektrische Zahnbürsten, Schuhe, Hosen usw. ausgeben, bleibt uns viel Geld übrig, das wir für andere sinnvollere Dinge oder Tätigkeiten ausgeben können.

Reicht es, wenn die einzelnen Menschen umdenken und ihre Konsumgewohnheiten ändern?

Nein, selbstverständlich müsste parallel zu einem Bewusstseinswandel bei den Bürgern auch eine Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stattfinden. Es gilt, die Weichen so umzustellen,

dass die Ergebnisse der Entscheidungen der einzelnen Menschen in eine gesellschaftlich richtige bzw. sinnvolle Richtung zielen.

Welche Maßnahmen schlagen Sie vor?

Drei ganz konkrete: Erstens die Einführung einer Vermögenssteuer in Höhe von 3% auf nicht selbst genutzten Grund und Boden sowie Immobilien. Zweitens die Einführung einer Vermögenssteuer in Höhe von 3% auf Anteilsbesitz an Unternehmen in Händen von Menschen, die nicht im Unternehmen mitarbeiten. Drittens die Einführung von Schwundgeld. Diese Maßnahmen sind in meinen Augen der einzige Weg, unsere freiheitliche Marktwirtschaft aufrechtzuerhalten. Denn der derzeit bestehende Trend zu immer stärkerer Ungleichverteilung stellt die Grundpfeiler und die Stärken einer freien Marktwirtschaft fundamental infrage. Kapital konzentriert sich seit mindestens 30 Jahren in immer weniger Händen und viele Länder entwickeln sich immer mehr zu einer Plutokratie: zu einer Geldherrschaft von wenigen Menschen über die große Bevölkerungsmehrheit. Eine freie Marktwirtschaft mit effizienter Güterallokation setzt freien Wettbewerb zwischen gleichberechtigten Partnern voraus. Das ist aufgrund der zunehmenden Konzentration von Macht in wenigen Händen immer weniger gewährleistet. Das entzieht unserem freiheitlichen Wirtschafts- und Rechtssystem zunehmend den Boden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen das freie Unternehmertum, Eigeninitiative und das Eigentum an Produktionsmitteln erhalten und fördern.

Inwiefern?

Die aktuelle Finanzkrise hat ihre Hauptursache darin, dass in zentrale Frage für ihre Erklärung lautet: Woher kamen die niedrigen Zinsen? Und die Antwort lautet: aus der gestiegenen Ungleichverteilung weltweit. Steigt die Ungleichverteilung, so steigt auch die Sparquote – und damit das Angebot an anzulegendem Kapital. Somit fallen die Zinsen. Also ist letztlich die Hauptursache der unschönen Zustände, die wir derzeit in Südeuropa und anderswo sehen, die gestiegene Ungleichverteilung während der letzten 30 Jahre.

Wieso stieg die Ungleichverteilung?

Sie ist die logische Konsequenz unserer bestehenden Eigentumsordnung. Sie erlaubt zeitlich und mengenmäßig unbegrenztes Eigentum an den drei Hauptvermögensarten: erstens an Grund und Boden mit darauf befindlichen Immobilien, zweitens an Unternehmen in Form von Aktien und anderen Anteilsformen sowie drittens an Geld.

Viele Unternehmer sehen das sicher anders.

Da bin ich mir nicht so sicher. Der schaffende Unternehmer, der Werte aufbaut, soll ja gerade nicht



Foto: Martina Friedl/pixelio.de

besteuert, sondern entlastet werden. Es sollen nur die belastet werden, die ohne Arbeit reich werden, indem sie Dividenden oder Ausschüttungen kassieren. Das ist das Kernproblem, das letztlich auch zur Finanzkrise führte.

Inwiefern?

Die aktuelle Finanzkrise hat ihre Hauptursache darin, dass in

zentrale Frage für ihre Erklärung lautet: Woher kamen die niedrigen Zinsen? Und die Antwort lautet: aus der gestiegenen Ungleichverteilung weltweit. Steigt die Ungleichverteilung, so steigt auch die Sparquote – und damit das Angebot an anzulegendem Kapital. Somit fallen die Zinsen. Also ist letztlich die Hauptursache der unschönen Zu-

„Parallel zu einem Bewusstseinswandel bei den Bürgern müsste eine Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stattfinden.“

den letzten Jahrzehnten das Angebot an Kapital sehr hoch war, was weltweit zu niedrigen Zinsen führte. Die niedrigen Zinsen führten einerseits zu hohen Investitionen in praktisch alle Arten von Anlageobjekten – Immobilien, Unternehmensanteile, Rohstoffe, Nahrungsmittel – und andererseits nahmen viele Privathaushalte, Unternehmen und Regierungen hohe Kredite auf. Diese Überinvestitionen auf zahlreichen Wirtschaftsgebieten und die zu hohen Kredite bei vielen Schuldern stellen den Kern der Krise dar. Die

stände, die wir derzeit in Südeuropa und anderswo sehen, die gestiegene Ungleichverteilung während der letzten 30 Jahre.

Wieso stieg die Ungleichverteilung?

Sie ist die logische Konsequenz unserer bestehenden Eigentumsordnung. Sie erlaubt zeitlich und mengenmäßig unbegrenztes Eigentum an den drei Hauptvermögensarten: erstens an Grund und Boden mit darauf befindlichen Immobilien, zweitens an Unternehmen in Form von Aktien und anderen Anteilsformen sowie drittens an Geld.

„Wenn nicht so viele Produkte vorzeitig kaputtgehen, würden in Deutschland bei uns Konsumenten etwa 100 Mrd. Euro Kaufkraft frei.“

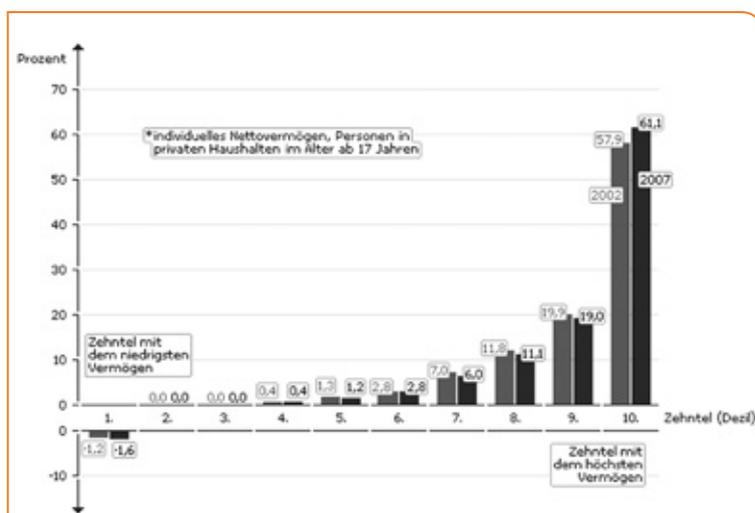
Viele Menschen sind auf überflüssige Tätigkeiten angewiesen, um ihre Familien zu ernähren.

Ja, das hat aber auch seinen Preis: Die Menschen leiden häufig, wenn sie in einer Firma arbeiten, die Unnötiges herstellt – wenn auch oft nicht bewusst, sondern unbewusst. Das dürfte zu Arbeitsunlust, Demotivierung, innerer Leere und Erkrankung führen. Laut Umfragen ist mehr als die Hälfte der deutschen Arbeitnehmer mit ihrem Arbeitsplatz unzufrieden und ein Viertel hat innerlich gekündigt.

bensstandard langfristig. Unnötige Produktionen würden allmählich abnehmen und damit würde das Leben aller auf Dauer billiger.

Was würde volkswirtschaftlich passieren, wenn wir auf Unnötiges verzichten?

In einer Übergangsphase würden das BIP und die Zahl der Arbeitsplätze in den betroffenen Branchen sinken. Mittel- und langfristig könnte die nun frei werdende Arbeit dafür verwendet werden, entweder sinnvollere Erwerbsarbeit zu leisten oder mehr Zeit für ehren-



Entwicklung der Vermögensverteilung in Deutschland zwischen 2003 und 2007

Alle Vermögensarten bringen Ertrag: Mieten, Dividenden und Zinsen. 80 % davon fließen den oberen 20 % der deutschen Haushalte zu, da sie 80 % des deutschen Nettovermögens besitzen. Man könnte in diesem Zusammenhang von einer „ReichenSteuer“ sprechen: Vom erwirtschafteten Sozialprodukt erhalten die wohlhabenden Haushalte ohne Arbeitsleistung einen Anteil von über 25 % von den weniger wohlhabenden Haushalten. Solange diese „ReichenSteuer“

„Die Hauptursache der unschönen Zustände, die wir derzeit in Südeuropa und anderswo sehen, ist die gestiegene Ungleichverteilung.“

greift, wird sich zwangsläufig die Ungleichverteilung weiter erhöhen, wird sich Kapital und Vermögen und damit wirtschaftliche Macht immer stärker in den Händen weniger konzentrieren. Daher die vorgeschlagenen Vermögenssteuern: Die würden diese „Reichen-Steuer“ neutralisieren.

Warum braucht es neben der Vermögensteuer auch noch eine Geldreform?

Alle Arten von Zinseszins führen im Verlauf langer Zeiträume über die Exponentialfunktion zu explosionsartigem Wachstum, das durch die reale Wirtschaft nicht gedeckt werden kann. Hierbei handelt es sich um eine Systemfrage, nicht um die Frage, ob einzelne besonders wohlhabende Menschen ihr Vermögen gut oder schlecht verwalten. Professionelle Vermögensverwalter sorgten die letzten drei Jahrzehnte für immer höhere Renditen, während viele Kleinanleger und Sparer sich häufig mit geringen Einlagezinsen zufrieden geben müssen, was wiederum die Ungleichverteilung von Vermögen verstärkt. Die Ein-

führung von Schwundgeld würde verhindern, dass sich Geldvermögen ohne Arbeitsleistung ständig weiter vermehren. Dadurch würden die in den Produktpreisen enthaltenen Kapitalanteile sinken, Güter und Dienstleistungen also billiger und der allgemeine Lebensstandard sowie die Reallöhne steigen.

Schwundgeld würde zum Geldausgeben zwingen und den Konsum ankurbeln. Steht das nicht im krassen Widerspruch zu Ihrer Forderung, auf Unnötiges zu verzichten?

Nur auf den ersten Blick. Wir müssen da zwischen kurz- und langfristiger Betrachtung unterscheiden. Schwundgeld und Vermögenssteuern sollen verhindern, dass wir jetzt in eine Depression versinken wie in den Jahren ab 1929. Das wären von daher zunächst einmal kurzfristige Krisenverhinderungsmaßnahmen: Statt „oben“ in der Gesellschaftspyramide zu versacken und einen Nachfrageausfall herbeizuführen, würde das Geld wieder zirkulieren. Geld ist ja genug da, nur falsch verteilt. Also das ist die Konjunkturfrage. Langfristig

stellt sich eine ganz andere strukturelle Frage: Wo wollen wir wirklich hin? Das ist die Frage nach Klasse statt Masse. Da können wir meiner Meinung nach problemlos auf Unnötiges verzichten. Die sich in einer möglicherweise Jahrzehnte dauernden Übergangsphase ergebenden „Anpassungsprobleme“ – Rezession und Arbeitslosigkeit aufgrund schrumpfender Nachfrage – ließen sich durch Schwundgeld und Vermögenssteuern stark mildern, da das Geld dann besser zirkuliert. Im Übrigen glaube ich nicht, dass Schwundgeld auf Dauer zum Geldausgeben und damit zu Konsumsteigerung zwingt. Auch bei Schwundgeld würden die einzelnen Menschen für die Ausbildung, das Alter usw. sparen, doch sie bekämen keinen Zinseszins dafür. Ersparnisse würden eine reale Verzinsung von ca. 0 % haben, Bargeld dagegen einen Schwund von 2 bis 4 % pro Jahr. Wegen dieses Schwundes muss man sein Geld nicht gleich in Konsum stecken, sondern kann es auch werterhaltend zurücklegen. Schwundgeld führt mittel- und langfristig nicht zur Konsumankurbelung, sondern erleichtert den Übergang in eine menschengerechte, Natur und Kreatur achtende Wirtschaft.

Herr Prof. Kreiß, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.



Foto: R.K. by A. Liebhart/pixelio.de

Foto: Michael Staudinger/pixelio.de

Reform des Geldsystems

Nachhaltige Krisenbewältigung durch Vollgeld?

Ein Übermaß an Krediten führt zu Spekulationsblasen, Inflation und die zunehmende Verschuldung von Unternehmen, Konsumenten und Staaten. Dass die Kredite überhand nehmen, liegt in der Logik unseres Geldsystems. Die Einführung des sogenannten „Vollgelds“ würde diese Logik tiefgreifend verändern.

von Klaus Karwat

Eine Finanzkrise jagt die nächste, deswegen fühlen immer mehr Menschen: Mit unserem Finanzsystem ist etwas nicht in Ordnung! Große Banken müssen mit Riesensummen gerettet werden, die an anderer Stelle im Staatshaushalt dringend benötigt würden. Der Verein „Monetative e.V.“ tritt deshalb für eine grundlegende Reform unseres Geldsystems ein. Er will eine unabhängige vierte Staatsgewalt einsetzen, die die Geldschöpfung nach gesetzlichen Vorgaben ausschließlich in öffentlicher Verantwortung durchführt: eine sogenannte „Monetative“.

Die meisten Menschen gehen davon aus, dass das Geld, das wir täg-

lich benutzen, von der Zentralbank erschaffen – Fachjargon: geschöpft – und in Umlauf gebracht wird. Dies stimmt aber nur für einen kleinen Teil der Geldmenge: für die Münzen und Geldscheine. Der größte Teil unseres Geldes existiert nur in elektronischer Form auf unseren Girokonten. Dieses Geld wird von den zumeist privaten Geschäftsbanken in Umlauf gebracht, wenn sie Kredite vergeben oder Investments tätigen. Technisch gesehen wird diese private Geldschöpfung über sogenannte „Bilanzverlängerung“ in den Bankbilanzen durchgeführt. In einschlägigen Publikationen z.B. der Deutschen Bundesbank lässt sich das nachlesen, doch meist wird

es nur mit Unglauben oder sogar mit Widerstand aufgenommen.

Private Geldschöpfung erzeugt zahlreiche Probleme

Der Ökonom Richard Werner machte kürzlich eine Umfrage bei „normalen“ Menschen, ob ihnen diese Praxis bekannt ist und ob sie diese befürworten. Die meisten antworteten, dass sie von privater Geldschöpfung nichts wüssten, aber ein System mit öffentlicher Geldschöpfung eindeutig vorziehen würden. Tatsächlich erzeugt die private Geldschöpfung eine Reihe großer Probleme, die auch zu den wichtigsten Ursachen für die Finanzkrise zählen:

■ Sie ist gewinnorientiert und deshalb in Boomphasen stark überschießend und in Rezessionsphasen stark zurückgehend. Sie fördert somit zyklische Schwankungen in der Wirtschaft. (Adair Turner, Chef der englischen Finanzaufsicht, bezeichnete die überschießende private Geldschöpfung als die Hauptursache für die Finanzkrise.)

■ Über Kredite neu geschöpftes Geld wird von Anfang an mit einem Zins belastet. Der Zinsgewinn geht an die geldschöpfende Bank, ohne dass dies gerechtfertigt ist. Über Investments direkt von den Banken investiertes Geld bringt ihnen einen gewaltigen Vermögenszuwachs.

■ Wenn neues Geld über Kredite geschöpft wird, fließt es überwie-

■ Die Banken nehmen mit ihrer Kompetenz zur Geldschöpfung die Schlüsselposition im Finanzsystem ein. Ein Zusammenbruch großer Banken würde zum Zusammenbruch des Überweisungssystems und zu einer starken Schrumpfung der Geldmenge führen. Deswegen muss der Staat solche Banken retten – und ist erpressbar.

Vollgeld wirkt stabilisierend und braucht kein Wachstum

Das ist ökonomisch und verfassungsrechtlich untragbar. Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Die demokratische Politik verliert ihre eigene Gestaltungsmöglichkeit und wird zum Getriebenen der privaten Banken.

Großbanken trennen sich ungern von der enormen Macht, die sie durch die Kompetenz zur Geldschöpfung besitzen.

gend an solvente Kunden oder Firmen, die über genügend Sicherheiten verfügen. Dieses Geld fehlt bei der Finanzierung öffentlicher Infrastruktur oder im Sozialbereich.

■ Neu geschöpftes Geld wird oft für Spekulationsgeschäfte eingesetzt, um die sogenannte „Hebelwirkung“ (= Leverage-Effekt) zu erzielen.

Deshalb braucht es eine sogenannte „Vollgeldreform“, die aus folgenden Kernsäulen besteht:

■ Die private Geldschöpfung der Banken wird beendet. Technisch geschieht das durch Ausgliederung der Girokonten aus den Bankbilanzen.

BUCHTIPPS

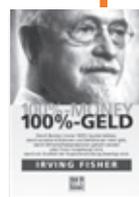
Joseph Huber
Monetäre Modernisierung
Zur Zukunft der Geldordnung
Metropolis, 2010
186 Seiten, 22,80 Euro
978-3-89518-873-2



Joseph Huber, James Robertson
Geldschöpfung in öffentlicher Hand
Weg zu einer gerechten Geldordnung im Informationszeitalter
Gauke, 2008
91 Seiten, 12,90 Euro
978-3-87998-454-1



Irving Fisher
100%-Money
100%-Geld
Cornelius, 2007
157 Seiten, 16,90 Euro
978-3-87998-451-0



■ Geld wird nur noch von der Zentralbank geschaffen. Der bisherige Dualismus aus privat geschöpftem Giralgeld und staatlich geschöpftem Zentralbankgeld (= Geldscheine und unbare Reserven) wird somit beendet. Es gibt nur noch eine Geldart (= Vollgeld) und nur noch eine Stelle, an der dieses Geld geschöpft wird.

■ Die Zentralbank wird zur vierten Staatsgewalt aufgewertet: zur Mo-

netative. Die wird genauso unabhängig von der Exekutive sein wie die Judikative, bleibt aber ebenso an gesetzliche Vorgaben gebunden.

Eine Vollgeldreform kommt nur dann, wenn sie durch ein breites gesellschaftliches Bündnis unterstützt wird.

■ Neues Geld kommt schuldenfrei und vorwiegend durch öffentliche Ausgaben in Umlauf.

Ein solches neues Geldsystem hätte eine Vielzahl von Vorteilen gegenüber dem jetzigen System, von denen hier nur einige angedeutet werden können:

■ Das Geld wäre sicher. Guthaben auf Girokonten könnten bei Insolvenz nicht mehr verschwinden. So wäre der Zahlungsverkehr auch in einer Bankenkrise nicht gefährdet und der Staat nicht mehr erpressbar.

■ Banken könnten kein Überangebot an Geld mehr schaffen, das in Spekulationsblasen fließt. In Rezessionsphasen würde die Geldmenge nicht überproportional schrumpfen. Die Geldmenge wäre voll unter Kontrolle und ließe sich in Einklang mit dem gesamtwirtschaftlichen Entwicklungspotenzial halten.

■ Die Staatsschuld ließe sich in wenigen Jahren stark reduzieren. (Dies bestätigt auch eine aktuelle Studie des IWF von Jaromir Benes

und Michael Kumhof aus dem Jahr 2012.)

■ Da neues Geld zinslos geschöpft wird, wäre ein Vollgeldsystem auch mit einer nicht wachsenden Wirtschaft vereinbar.

Die Großbanken würden sich von der enormen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Macht, die sie durch die Kompetenz zur Geldschöpfung besitzen, vermutlich ungern trennen. Sie verfü-

gen aber über großen Einfluss auf die Politik und auch über genügend Geld, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Deswegen kommt eine Vollgeldreform nur dann, wenn sie durch ein breites gesellschaftliches Bündnis unterstützt wird. Auch eine direkte Beteiligung des Volkes über Volkentscheide wie in der Schweiz wäre in Deutschland wünschenswert, um die Verfilzungen zwischen Banken und Politik überwinden zu können. ■

Klaus Karwat
Jahrgang 1961, studierte Politische Wissenschaften in München und Verwaltungswissenschaften in Speyer. Seit 2000 lebt er in Berlin.



Er übersetzte unter anderem die Bücher „100 %-Money“ von Irving Fisher und „Creating New Money“ von Joseph Huber und James Robertson ins Deutsche. 2012 war er Gründungsmitglied des Vereins „Monetative“ und ist seither dessen 1. Vorsitzender.

www.monetative.org

Aktuelle IWF-Studie

Jaromir Benes, Michael Kumhof
The Chicago Plan Revisited
Internationaler Währungsfonds, August 2012

» www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2012/wp12202.pdf

Medienecho in Deutschland

Olaf Strobeck
IWF-Forscher spielen radikale Bankreform durch
Handelsblatt, 16.08.2012

» www.handelsblatt.com → Suchbegriff: Vollgeld

Olaf Strobeck
IWF-Forscher wollen Bankgeschäfte radikal einschränken
Die Zeit, 20.08.2012

» www.zeit.de → Suchbegriff: Vollgeld

Patrick Welter
Alle Macht der Zentralbank
FAZ, 23.08.2012

» www.faz.net → Suchbegriff: Vollgeld

Caspar Dohmen
Alle Macht der Notenbank
SZ, 07.09.2012

» www.sueddeutsche.de → Suchbegriff: Vollgeld

Rainer Sommer
Zur Diskussion um das Vollgeld
Telepolis, 03.10.2012

» www.heise.de/tp/artikel/37/37731/1.html

Caspar Dohmen
Vollgeld statt Buchgeld
Deutschlandfunk, 05.01.2013

» www.dradio.de → Suche

Paul Schreyer
Eine neue Geldordnung
Telepolis, 01.02.2013

» www.heise.de/tp/artikel/36/36329/1.html



Foto: Michael Staudinger/pixelio.de

Forschungsprojekt „Effizienzhaus Plus“

Die Zukunft des Bauens?

Gibt es etwas zu kritisieren, wenn das Bundesbauministerium einen renommierten Stararchitekten und Nachhaltigkeitsexperten beauftragt, ein Wohnhaus zu entwickeln und zu bauen, das mehr Energie erzeugt als es verbraucht, um damit den Weg in eine bessere Zukunft zu weisen? Ja, überraschend viel ...

von Günther Hartmann

Die privaten Haushalte verbrauchen in Deutschland genauso viel Energie wie die Industrie: 28 % unseres Gesamtenergieverbrauchs. 85 % davon dienen dem Heizen und der Warmwassererzeugung. Hinzu kommt der autodominierte Verkehr, ebenfalls mit einem Anteil von 28 % am Gesamtenergieverbrauch. In diesen Bereichen entscheidet sich, ob die

Energiewende gelingt oder nicht gelingt. Das „Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung“ (BMVBS) gründete deshalb die „Forschungsinitiative Zukunft Bau“, die wichtige Erkenntnisse auf dem Weg zu einem klimaneutralen Bauen bringen soll.

Als Pilotprojekt entstand 2011 das „Effizienzhaus Plus mit Elektromobilität“ – ein 130 m² großes

Einfamilienhaus im Berliner Stadtteil Charlottenburg. Es produziert mehr Energie, als es selbst benötigt, und kann mit seinem Überschuss auch noch zwei Elektromobile und ein Elektrofahrzeug versorgen. Die komplexe Haustechnik wird von einem Computer gesteuert und ist über Touchscreens, aber auch per Smartphone bedienbar. Entworfen und gebaut hat das Gebäude der

international renommierte High-tech-Architekt Werner Sobek. Die Fraunhofer-Gesellschaft begleitet das Projekt wissenschaftlich. Von März 2012 bis Mai 2013 bewohnt eine Testfamilie das Haus und ist dabei einem laufenden Monitoring unterzogen.

Wie in all seinen Bauten strebt Sobek auch hier danach, Ästhetik und Technik zu einem „Gesamtkunstwerk“ zu vereinen: Er versteckt die Technik nicht, sondern ästhetisiert sie. Das zeigt sich in der optischen Anmutung des Gebäudes ebenso wie in seinem gläsernen Technikkern, der nachts kunstvoll beleuchtet ist. Nachhaltigkeit bedeutet für Sobek vor allem hohe Energieeffizienz sowie einfache Demontierbarkeit der Bauteile und Recyclebarkeit der Materialien.

Positiv: die nachhaltige Holzbauweise

Dass das Gebäude in Holzbauweise errichtet wurde, ist richtig und zukunftsweisend, denn die beim Bau eines Hauses freigesetzte CO₂-Menge ist bei Ziegeln und Beton 5- bis 6-mal so hoch wie bei Holz, denn Ziegel und Beton müssen erst un-

ter Einsatz großer Mengen Energie hergestellt werden, während Holz schon fertig ist und nur zugesägt werden muss. Darüber hinaus sind im Holz große Mengen CO₂ gespeichert, die es während seines Wach-

Zwar wirbt die Stahlindustrie zurzeit auf Plakaten und Anzeigen mit Botschaften wie „Energiewende beginnt mit Stahl“ und „Klimaschutz beginnt mit Stahl“, doch das ist eine irreführende Propaganda, denn

Da die Technikgläubigkeit auch eine symbolträchtige Form wollte, verlor die Technik selbst an Effizienz.

tums der Atmosphäre entzogen hat – ein Vielfaches von dem, was für sein Ernten, seine Bearbeitung und seine Montage aufgewendet wird. Verbrennt oder verrottet das Holz, wird die gespeicherte CO₂-Menge wieder freigesetzt, beim Verbauen bleibt sie gebunden – zwar nicht für die Ewigkeit, aber für die nächsten 50 bis 100 Jahre, und um die geht es ja vor allem. Das Bauen mit Holz ist deshalb die wohl simpelste und wirksamste Teillösung im Kampf gegen den Klimawandel.

Stahl lässt sich auch gut recyceln, weshalb Sobek z.B. die Treppe und Regalwände daraus fertigen ließ. Das ist jedoch sehr fragwürdig.

Stahl braucht nicht nur zu seiner Herstellung große Energiemengen, sondern auch bei seinem Recycling. Im Hinblick auf den Klimaschutz ist die CO₂-Bilanz entscheidend – und die ist bei Stahl schlecht.

Energiekonzept ist ineffizient

Das „Effizienzhaus Plus“ setzt bei der Energieversorgung ganz auf selbst erzeugten Strom. Die komplette Südfassade und das Flachdach sind mit Photovoltaikmodulen bestückt. Das ist problematisch. Die Fokussierung auf die Stromerzeugung und der Verzicht auf Sonnenkollektoren machen das Energiekonzept nämlich ineffizient. Effizienter wäre es, Wär-



Die Südfassade ist fensterlos und fast komplett mit Photovoltaikmodulen verkleidet.

Foto: Ulrich Schwarz/BMVBS

Die offizielle Broschüre zum „Effizienzhaus Plus mit Elektromobilität“ gibt es als Download auf der Website des „Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung“ (BMVBS):



» www.bmvbs.de →
Bauen und Wohnen →
Effizienzhaus Plus



Auf der Westseite befindet sich zur Straße ein großer überdachter Vorbereich zum Parken und Tanken der Elektroautos.

Foto: Ulrich Schwarz/BMVBS

me für Wärmeanwendungen und Strom für Stromanwendungen zu nutzen. Wärme mit Strom zu erzeugen, ist zum einen verlustreich und schraubt zum anderen den Strombedarf in die Höhe: Mit rund 10.000 kWh/a ist er 4- bis 5-mal so hoch wie der vergleichbarer Projekte, die die Wärme der Sonnenstrahlen direkt nutzen.

Aufgrund des ungewöhnlich hohen Strombedarfs reicht die in den Batterien gespeicherte Strommenge nur für zwei Tage. Das ist recht kurz – vor allem hinsichtlich der Stromabhängigkeit des Gebäudes. Zwar ist die Speicherkapazität ein einfaches technisches Problem, das sich durch eine Vervielfachung der eingesetzten Batterien lösen ließe, doch das wäre zum einen teuer, zum anderen ist der prognostizierte Stromüberschuss relativ gering, was wiederum am hohen Verbrauch der ausschließlich auf Strom setzenden Haustechnik und der beiden Elektroautos liegt. Zudem ist die Gebäudeform eher ungünstig. Um die Sonne optimal nutzen zu können,

sollten Photovoltaikanlagen nach Süden orientiert und geneigt sein – wobei die ideale Neigung in Berlin bei 35° liegt. Sinnvoll sind also Steildächer mit dieser Neigung, doch das „Effizienzhaus Plus“ erhielt ein Flachdach.

Futuristisch auszusehen und tatsächlich zukunftsfähig zu sein, sind eben zwei verschiedene Dinge – und bei diesem Konflikt setzte sich der Ästhet Sobek gegenüber dem Ingenieur Sobek durch. Somit ist das Gebäude paradox: Zwar setzt

möchte es damit genau erforschen? Welchen praktischen Nutzen sollen die Ergebnisse auf den Baualltag haben?

Gebäudetyp ist nicht nachhaltig

Nicht nachvollziehbar ist auch, welche Erkenntnisse der gewählte Gebäudetyp liefern soll – und welche Signale von ihm ausgehen sollen. Zwar rühren die hohen Baukosten von 2,2 Mio. Euro auch daher, dass es sich um einen Prototypen handelt, aber selbst wenn es gelänge,

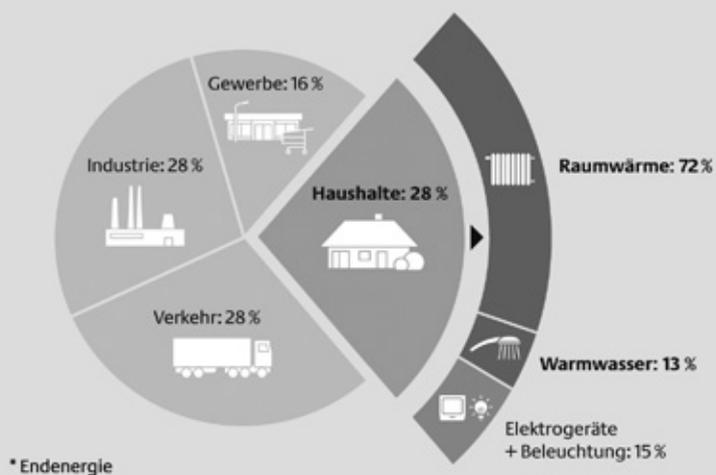
Futuristisch auszusehen und tatsächlich zukunftsfähig zu sein, sind zwei völlig verschiedene Dinge.

es beim Ziel „Energieeffizienz“ voll auf moderne Technik, doch da die Technikgläubigkeit auch eine symbolträchtige Form wollte, verliert die Technik selbst an Effizienz. An diesem Punkt stellt sich die Frage, was das BMVBS mit dem Projekt eigentlich bezwecken will. Was

sie deutlich zu senken, ist der technische und ästhetische Ansatz wohl nicht für die breite Bevölkerung gedacht und geeignet. Vor allem: Will das Bundesbauministerium tatsächlich für die Lösung unserer Wohnungsprobleme den Neubau freistehender Einfamilienhäuser propagieren?

Der Neubau von Einfamilienhäusern würde die Ausweisung und Erschließung neuer Einfamilienhaussiedlungen und damit eine zunehmende Zersiedlung der Landschaft bedeuten. Einfamilienhäuser sind als Gebäudetyp nicht nachhaltig, denn sie führen zu einem hohen Pro-Kopf-Verbrauch an Siedlungsfläche und einem hohen Erschließungsaufwand, denn die Entfernungen vervielfachen sich. Eine Untersuchung der Region München zeigte: Kleinere Umlandgemeinden verbrauchen pro Kopf 3-mal so viel Siedlungsfläche und 6-mal so viel Verkehrsfläche wie die Stadt München. Bezogen auf dicht bebaute Stadtviertel wie Schwabing oder Haidhausen ist der Pro-Kopf-Verbrauch an Siedlungsfläche sogar

Wer verbraucht in Deutschland die meiste Energie? Energieverbrauch der Heizung oftmals unterschätzt



Quelle: dena / Energiedaten BMWI (Stand: 12/2011, Bezugsjahr 2010)



Bild: www.zukunftsbegint-mit-stahl.de

Die Stahlbranche versucht mit „Greenwashing“ ihr Image zu verbessern.

15- bis 20-mal so hoch. Der Umgang mit Ressourcen ist auf dem Land sehr verschwenderisch.

Weniger ist mehr! Je weniger Fläche die Menschen für sich selbst beanspruchen, je dichter sie zusammenrücken, desto mehr unbebaute Fläche bleibt übrig. Das bedeutet auch: weniger Straßen und weniger Autoverkehr. Zur Verdeutlichung ein Beispiel: In einer 100 m langen Straße können auf jeder Seite vier Einfamilienhäuser oder eine viergeschossige Randbebauung mit

Autos wird zur Selbstverständlichkeit, weil sich sonst der Alltag nicht mehr organisieren lässt.

Insofern ist es konsequent, dass beim Forschungsprojekt „Effizienzhaus Plus“ zwei Elektroautos integriert sind. Nachhaltig ist das jedoch nicht. Will das BMVBS die Autoindustrie fördern? Nachhaltig wären räumliche Strukturen mit einem fein abgestuften System „dezentraler Konzentrationen“, sodass sich die meisten der täglichen Ziele bequem zu Fuß oder mit dem ÖPNV

Will das Ministerium für die Lösung unserer Wohnungsprobleme den Neubau von Einfamilienhäusern propagieren?

32 Geschosswohnungen stehen, was bedeutet, dass die Einfamilienhäuser zu ihrer Erschließung 8-mal so viel Straßenfläche wie die Geschosswohnungen brauchen. Bei einer gleich großen Einwohnerzahl bedeutet das auch, dass alle Wege 8-mal so lang sind. Dadurch wird auch der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) unattraktiv, weil die Haltestellen nicht mehr bequem zu Fuß erreichbar sind. Die Anschaffung und Nutzung eines

erreichen lassen. Dazu müssen erstens Stadtplanung und ÖPNV eng aufeinander abgestimmt sein. Und zweitens muss die Bevölkerung ausreichend groß sein: Erst ab rund 30.000 Einwohnern kann eine Stadt (oder ein Stadtteil) einigermaßen „autark“ sein.

Mit „autark“ ist hier gemeint, dass eine Stadt (oder ein Stadtteil) den Bedarf an Kindergärten und Schulen, Fachärzten, Sport- und Kultureinrichtungen, Einzelhandel-

und Gastronomieangeboten sowie qualifizierten Arbeitsplätzen selbst abdecken kann. Je kleiner eine Stadt ist, desto weniger kann sie das und desto stärker ist die Abhängigkeit ihrer Bewohner vom Auto. Während in München ein Drittel der Haushalte kein Auto besitzt, sind in ländlichen Gegenden zwei Autos pro Haushalt keine Seltenheit.

Fazit: Ansatz ist nicht zielführend

Die Zusammenhänge zwischen Gebäudetyp, Stadtstruktur, Landschaftsverbrauch und Verkehrsaufkommen bleiben beim Projekt „Effizienzhaus Plus“ völlig ausgeblendet, dabei wäre gerade von einem Ministerium, das für das Bauen, die Stadtentwicklung und den Verkehr gleichermaßen zuständig ist, ein ganzheitlicher Ansatz zu erwarten. Der Ansatz „Neubau eines hochtechnischen Einfamilienhauses“ ist extrem eindimensional und nicht zielführend. Die Steuergelder hätte das BMVBS besser in Forschungsprojekte für die beiden Themenfelder investiert, die tatsächlich einen großen Beitrag zur Energiewende leisten können: in die energetische Modernisierung des Gebäudebestands und in Strategien für urbane Nachverdichtung. ■

Günther Hartmann
Jahrgang 1965,
studierte Architektur
in München und
Graz. Nach dem
Diplom war er
jeweils vier Jahre in

Architektur- und Stadtplanungsbüros, in der IT-Branche und im Stadtmarketing tätig, bevor er Redakteur einer Baufachzeitschrift wurde. In die ÖDP trat er 1998 ein und ist seit 2006 Chefredakteur der ÖkologiePolitik.



www.guenther-hartmann.de

Bundesverband Deutscher Milchviehalter

Gesellschaftsverträgliche und nachhaltige Milchwirtschaft

Als moderne Bauern und „Milchrebell“ schauen die Mitglieder des Bundesverbandes Deutscher Milchviehalter (BDM) über den Tellerrand des eigenen Betriebes hinaus und bringen sich auf politischer Ebene aktiv in die Gestaltung der Rahmenbedingungen des Milchmarktes ein. Über die Geschichte und die Ziele des BDM schreibt

Michael Friedinger

In den 50er- und 60er-Jahren war die Landwirtschaft in Deutschland und in der Europäischen Union noch geprägt von der Produktionsvielfalt in den Betrieben. Später spezialisierten sich die Betriebe immer mehr. Aus ehemaligen Mischbetrieben wurden reine „Milch-Spezialisten“. Die stets steigende Milchproduktion führte 1984 zur Einführung einer Milchquotenregelung. Doch schon bei ihrer Einführung wurde über Härtefälle mehr Milch verteilt als das Jahr zuvor produziert wurde. Bis heute wurde die „Quote“ immer wieder über den Verbrauch angehoben, so dass die Milch immer wieder unter Preisdruck geriet.

In den 90er-Jahren haben sich in ganz Deutschland Interessengruppen von Milchbauern gegründet. In Orts- und Kreisverbänden des Deutschen Bauernverbandes (DBV) aktive Milchbauern wollten nun eine „Milchschiene“ etablieren. Sie wurden aber von der Spitze des DBV ausgebremst. So schlossen sich die Milchbauern zu einem eigenen Verband – dem Bundesverband



Foto: iStock

Deutscher Milchviehalter/BDM – zusammen.

Die „Milchrebell“ fanden sich mit ihren Forderungen zur Änderung der Milchmarktordnung auf verlorenem Posten. So starteten sie spektakuläre Aktionen wie Milchlieferboykott oder Milchversprühaktionen. Diese Aktionen zeigten Wirkung und der BDM wurde und wird zumindest von der Politik gehört. Da der „große Bruder“, der Bauernverband, aber in Zusammen-

arbeit mit Genossenschaften und Milchindustrie eine andere Schiene fährt, ist es enorm schwierig, unsere Forderungen durchzusetzen.

Der BDM ist in Europa dem EMB (European Milk Board) angeschlossen. Im EMB sind weitere Organisationen aus 14 europäischen Staaten Mitglied.

Wofür steht der BDM heute?

Als Interessenvertretung der deutschen Milchviehalter steht er für

eine gesellschaftsverträgliche, nachhaltige und vielfältige Milchwirtschaft zum Nutzen aller.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass sich die Milchviebetriebe wirtschaftlich nachhaltig entwickeln können. Um dies zu erreichen, müssen mit dem Milchpreis die Vollkosten der Produktion gedeckt werden.

Nur ein Wirtschaften, das weitestgehend unabhängig von den Steuergeldern der öffentlichen Haushalte ist, ist langfristig zukunftsfähig.

Als moderne Bauern schauen sie aber auch über den Tellerrand des eigenen Betriebes hinaus und bringen sich auf politischer Ebene aktiv in die Gestaltung der Rahmenbedingungen des Milchmarktes ein. Sie wissen um ihre Verantwortung nicht nur für ihre Familien und Betriebe, sondern auch für ihre Kollegen in Deutschland, Europa und der Welt.

Der BDM sucht auch den Dialog mit der Gesellschaft und ihren Organisationen z.B. im Agrarbündnis „meine Landwirtschaft“.

Ziel und Forderungen des BDM

Das Ziel des BDM ist ein vollkostendeckender Milchpreis! Noch stehen die Forderungen mit mindestens

40 Cent pro Liter im Raum. Ein unabhängiges Institut hat im Januar 2013 eine Studie vorgestellt, die anhand landwirtschaftlicher Buchführungsabschlüsse festgestellt hat, dass sich die Vollkosten pro Liter auf 43 Cent in Norddeutschland und 51 Cent in Süddeutschland belaufen.

Forderungen des BDM zu den aktuellen GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) Verhandlungen

1. Es ist eine Abkehr von der in der Mac-Sharry-Reform 1991/1992 als Zielsetzung festgeschriebenen weltweiten Wettbewerbsfähigkeit durch Kostenreduktion nötig.
2. Agrargelder: Der BDM steht für ein Zahlungsmodell, das auf Grundlage der Leistung vor allem der Tierhalter für die ländlichen Räume (Wertschöpfung/Vitalität durch Arbeitsplätze in Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe) berechnet wird.
3. Greening-Maßnahmen: 7 % ökologische Vorrangflächen – der BDM schlägt vor, den Anbau von Eiweißpflanzen sowie ökologisch wertvoller Energiepflanzen als Maßnahme anzuerkennen.

Mehr zum BDM finden Sie unter www.bdm-verband.de

Um diese Ziel zu erreichen, braucht es zwei grundsätzliche Bedingungen:

Erstens: Eine flexible Mengensteuerung auf einzelbetrieblicher Grundlage in Verantwortung der Milcherzeuger.

Zweitens: Eine Bündelung der Milcherzeuger bzw. der Milch für einen Markt um Rohmilch vor der Molkereiwirtschaft.

Eine Fortführung der bestehenden Quote hat aus der Sicht des BDM keinen Sinn. Unsere Forderung an die Politik ist die Einführung einer flexiblen Mengensteu-

gekürzt werden bzw. eine freiwillige Mengenstilllegung gegen Vergütung in Kraft treten. Man kann auch Milchspitzen (z.B. im Frühjahr) mit einer strategischen Lagerhaltung entgegenwirken.

Wenn zu wenig Milch auf dem Markt ist, kann die flexible Quote entsprechend erhöht werden.

Bei der Bündelung aller Kräfte müssten zum einen die Milcherzeuger selbst noch aktiver werden, zum anderen muss die Politik gleichzeitig die Voraussetzungen dafür schaffen, die Marktposition der Erzeuger ernsthaft zu stärken. ■

Der BDM sucht auch den Dialog mit der Gesellschaft und ihren Organisationen.

erung. Dazu ist eine europäische Monitoringstelle nötig.

Sie erfasst die Marktsituation, stellt Marktprognosen auf und ermittelt die Vollkosten. Damit kann dann der Markt auch gesteuert werden.

Wenn zu viel Milch auf dem Markt ist, kann eine flexible Quote

Michael Friedinger, 52 Jahre, ist Landwirtschaftsmeister und bewirtschaftet mit seiner Frau einen 28 ha großen Milchviehbetrieb mit 20 Milchkühen und ca. 15 Stück Jungvieh. Der Betrieb wird nach Demeter-Richtlinien bewirtschaftet. Friedinger ist Landkreisvorsitzender des BDM im Landkreis Starnberg und auch Landes- und Bundesdelegierter des BDM.



www.loefflerhof.de

An alle Mitglieder

von Sebastian Frankenberger

Liebe ÖDP-Mitglieder,

in fünf Monaten werden wichtige politische Entscheidungen getroffen: Die Wählerinnen und Wähler sind aufgefordert, einen neuen Bundestag zu wählen, den bayerischen Landtag und die bayerischen Bezirkstage. Bisher ist die ÖDP mit zwei Mandatsträgerinnen in den Bezirkstagen vertreten: Mit Maria Birkeneder in Niederbayern und mit Johanna Schildbach-Halser in Oberbayern. An dieser Stelle möchte ich mich bei den beiden ganz herzlich für die geleistete Arbeit bedanken. Oft ist es für uns selbstverständlich, kompetente und fleißige Mitglieder in den Parlamenten zu haben. Aber sowohl Maria Birkeneder als auch Johanna Schildbach-Halser arbeiten ohne große Infrastruktur und als Einzelkämpferinnen für die Belange der Menschen vor Ort. Eine Arbeit, die wir leider oft genug nicht zu schätzen wissen.

Wir hoffen natürlich, im Herbst mit noch mehr Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in die bayerischen Bezirkstage einzuziehen. Vielleicht klappt es sogar mit Mandaten im Landtag. Warum auch nicht, schließlich sind wir mit unserem Engagement für mehr Demokratie die aktivste Oppositionspartei. Ich glaube, dass die Bürger in Bayern so langsam die selbstgefällige CSU satt haben, die viele Entscheidungen nicht aus Überzeugung, sondern aus reinem Opportunismus trifft. Ein Beispiel hierfür ist die Abschaffung der Studiengebühren. Erst musste das Volk Druck machen, damit die schwerfällige CSU sich bewegt. Dieses Spiel durchschauen die Bürger und machen ihr Kreuzchen hoffentlich bei denen, die sich wirklich für die Menschen einsetzen: Bei der ÖDP.



Foto: Biljana Kuljak

Um für sämtliche Wahlen gut vorbereitet zu sein, beschäftigt sich diese Ausgabe des Mitglieder-magazins mit dem Thema Wahlkampf. Sie können lesen, was wir vorhaben und wie wir die Wahlen angehen möchten. Außerdem lernen Sie unsere Spitzenkandidaten näher kennen. Bitte schreiben Sie uns, wenn Sie weitere Ideen für einen erfolgreichen Wahlkampf haben oder wenn Sie konstruktive Kritik üben möchten. Die ÖDP lebt schließlich nicht vom Vorstand oder den Hauptamtlichen alleine, sondern vom Einsatz aller Mitglieder für eine bessere, nachhaltigere und gerechtere Welt.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr

Sebastian Frankenberger
Bundesvorsitzender der ÖDP

Neues aus dem Bundesverband

von Dr. Claudius Moseler

Wahlvorbereitungen 2013

Die bayerische Landtagswahl am 15.09.2013 und die Bundestagswahl am 22.09.2013 kommen mit Riesenschritten auf uns zu. Zum ersten Mal in der Geschichte der ÖDP arbeiten der Bundesverband und der bayerische Landesverband (und andere Landesverbände mit beratender Funktion) gemeinsam für die anstehenden Wahlen in der Wahlkampfkommission zusammen und verwalten einem gemeinsamen Etat. Diese Arbeit, unterstützt durch eine externe Wahlkampfmanagerin, trägt kreative Früchte. Einen Bericht der Wahlkampfkommission mit Analysen, Strategien und Planungen finden Sie in unserem internen Bereich der ÖDP-Homepage unter: www.oedp.de/service/login/. Weiteres zum Sachstand Bundestagswahl finden Sie unter: www.oedp.de/wahlen/bundestagswahl-2013/

Wir werden Mitglieder, Aktive und Funktionsträger in den nächsten Wochen und Monaten immer wieder per E-Mail mit aktuellen Informationen versorgen. Bitte beachten Sie daher regelmäßig diese wichtigen Informationen.

Klausurtagung des ÖDP-Bundesvorstandes

Am 02./03.03.2013 führte der Bundesvorstand gemeinsam mit den Hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Klausurtagung in Fulda durch. Ziele der Sitzung waren, die bevorstehenden Wahlen vorzubereiten, Zeitpläne zu erstellen und die inhaltlichen Schwerpunkte für das Kurzprogramm zur Bundestagswahl zu erstellen, welches zusätzlich zur Online-Fassung des Bundespoliti-



Foto: Florence von Bodisco

Dr. Claudius Moseler,
Generalsekretär ÖDP, Bundespolitisches und Kommunalpolitisches Büro,
Neckarstr. 27–29, 55118 Mainz, Tel.: (0 61 31) 67 98 20, politik@oedp.de

schen Programms die wichtigsten aktuellen Ziele der Partei darstellt.

Europa- und Kommunalwahlen 2014

Da es bei der Europawahl ein reines Listenwahlrecht gibt, wird die ÖDP ihre Europawahlliste auf dem Bundesparteitag am 23./24.11.2013 aufstellen. Die nächste Europawahl findet voraussichtlich vom 22. bis 25.05.2014 statt. Dies bedeutet, dass in Deutschland am 25.05.2014 gewählt wird. Darauf einigten sich Mitte März 2013 die Vertreter der EU-Staaten. Die Wahl für das Europaparlament soll auf Wunsch der EU-Abgeordneten vorgezogen werden. Im März 2014 finden in Bayern Kommunalwahlen statt: Dort haben wir die meisten kommunalen Mandate und Bürgermeister. Und im Mai oder Juni 2014, voraussichtlich aber parallel zur Europawahl am 25.05.2014, finden für die ÖDP weitere wichtige Kommunalwahlen statt, z.B. in NRW, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Thüringen.

Internet

Inzwischen sind rund 125 Webseiten online, allerdings sind noch nicht alle mit Inhalten versehen und mit einer korrekten Domain freigeschaltet. Insbesondere in Bayern konnten in den letzten Wochen Webseiten für alle Kreisverbände im Typo3-System angelegt werden. Diese müssen jetzt inhaltlich gefüllt werden, am besten von den Aktiven vor Ort. Ein herzlicher Dank geht an unseren Webmaster Christian Tischler und Hermann Schafroth, unseren „ÖDP Internet First Level Supporter“, für die aktive ehrenamtliche Arbeit und Unterstützung am ÖDP-Internetsystem.

Neue E-Mail-Adresse

Noch ein Hinweis in eigener Sache. Um den täglichen Eingang per E-Mail besser verwalten zu können, bitte ich in Zukunft für Angelegenheiten des ÖDP-Bundesverbandes mein Postfach politik@oedp.de zu nutzen. Vielen Dank für Ihr Verständnis.

Öffentlichkeitsarbeit

ÖDP beim Kongress christlicher Führungskräfte (KcF) in Leipzig

Vom 17.–19.1.2013 war die ÖDP beim Kongress christlicher Führungskräfte (KcF) in Leipzig präsent.

Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Mit Werten in Führung gehen“ und sprach Multiplikatoren, Verantwortliche und Entscheider in Unternehmen, Organisationen, Verbänden und Vereinen an. Besucher kamen aus

kirchlichen und weltlichen Einrichtungen, aus privatem oder beruflichem Ansporn. Ziel der Teilnahme war, die ÖDP bekannter zu machen und dafür zu werben, dass Werte auch wählbar sind.

Die stellvertretende ÖDP-Bundesvorsitzende, Susann Mai aus Thüringen, organisierte die Teilnahme der ÖDP an diesem bundesweiten, alle zwei Jahre stattfindenden Kongress. Es wurde die preiswerteste mögliche Teilnahme gewählt, um die ÖDP den über 3.000 Teilnehmern und ca. 250 Ausstellern gut zu präsentieren. Durch eine Anzeige im Teilnehmerheft wurden die Leser auf die ÖDP aufmerksam gemacht. In der Liste der Aussteller war auch die Internetadresse der ÖDP abgedruckt. So konnten Internetnutzer über die Ausstellerliste unsere Informationen finden. Persönliche Einladungen rückten die Ziele der ÖDP in den Blick. So kamen in diesen drei Tagen viele Besucher am ÖDP-Infotisch T22 in Halle 2 das erste Mal mit der ÖDP

in Kontakt. Strategisch günstig gelegen – in unmittelbarer Nähe des Ausstellerbüros und am Hauptweg durch die Messehalle des Leipziger Congress Centrums – sahen viele Menschen unsere Botschaft, die gut lesbar platziert war. So schauten wir in viele erstaunte Gesichter und erhielten interessierte Anfragen.

Engagiert und aufgeschlossen begleiteten Susann Mai aus Worbis/Thüringen, Janett Rehmann aus Halberstadt/Sachsen Anhalt, Karl-Heinz Jobst aus Erding, Jan Gehrke aus Nürnberg, beide Bayern, und Johannes Jungnitsch aus Leipzig/Sachsen die Besucher und standen zu allen Fragen Rede und Antwort. Sie gaben Auskunft zu ÖDP-Themen und zu aktuellen Anliegen. Gute Gespräche entstanden auch oft nach aktiver Ansprache neugieriger Passanten. Insgesamt wurden ungefähr 200 Personen angesprochen und mit ÖDP-Informationen versorgt. Für viele war es das erste Mal, etwas von der ÖDP zu hören. Die meisten freuten sich darüber sehr und nahmen die Informationen wohlwollend auf. Ein Ehepaar gestand: „Wir dachten immer, wir müssen eine neue Partei gründen, die unsere Werte vertritt. Daher ist es gut zu wissen, dass es die ÖDP schon gibt. Wir werden uns jetzt erst einmal näher informieren!“ Mit diesem Fazit gingen die Besucher zufrieden weiter. Ergebnisse der Kongressteilnahme waren viele Zuhörerinnen und Zuhörer, die begeistert waren über die ÖDP und ihre Ziele. Außerdem konnten Unterstützungsunterschriften und Unterzeichner für das bayerische Volksbegehren gesammelt werden. Rückblickend kann gesagt werden, dass es eine gelungene Präsentation der ÖDP in der Öffentlichkeit war, weil viele Menschen erreicht wurden.

Kontakt:
Susann Mai, susann.mai@oedp.de

Neues aus der ÖDP von Florence von Bodisco

ÖDP demonstriert für bessere Landwirtschaft

„Wir haben es satt!“, forderten im Januar viele ÖDP-Mitglieder bei der Demonstration für eine bessere Landwirtschaft und mehr Tierschutz in Berlin. Vielen Dank für die Teilnahme!



Foto: Ludwig Maier

BAK Mitgliedertreffen

Der BAK C+Ö traf sich nach langer Zeit wieder zu einem dreitägigen Mitgliedertreffen in Würzburg im Exerzizenhaus des Klosters Himmelstporten. An einem wunderschönen Tagungsort diskutierten die Mitglieder über die Gestaltung des Standes beim 34. Evangelischen Kirchentag in Hamburg vom 1.–5.05.2013, wo der BAK wieder die ÖDP vertreten wird. Außerdem diskutierten die Mitglieder über eine Neuaufnahme ihrer Arbeit.

Es stand nicht nur die Arbeit im Mittelpunkt, es wurde bei einem gemeinsamen Spaziergang am Main entlang zum Kloster Oberzell auch die Gemeinschaft hochgehalten.

Der BAK wird sich künftig wieder planmäßig zweimal im Jahr zu Mitgliederversammlungen treffen. Die nächste findet vom 27.–29.09.2013 statt. Der Ort steht noch nicht genau fest. Dieser wird in der nächsten ÖP bekannt gegeben.

Kontakt:
Dirk Uehlein, dirk.uehlein@web.de,
Vorsitzender des BAK Christen und Ökologie



Foto: Martin Weinmann



Foto: Karl Heinz Jobst

Stellv. Bundesvorsitzende Susann Mai überreicht Bio-Wein an Gewinner Bernhard Falk.

AUS DEN LANDES- UND BEZIRKSVERBÄNDEN

Baden-Württemberg

Petition gegen Mieterhöhung eingereicht

Im Landesverband Baden-Württemberg sind die Vorbereitungen für die Bundestagswahl weiter vorangeschritten und zwischenzeitlich rund 20 Direktkandidaten aufgestellt. Nun gilt es, konzentriert und zügig die erforderlichen Unterstützungsunterschriften zu sammeln. Dabei bitten wir sehr um Ihre Mithilfe. Im Internet haben wir unter <http://oedp-bw.de/bundestagswahl-2013> alphabetisch geordnete Gemeindeflisten veröffentlicht, anhand derer Sie sehen können, in welchen Wahlkreisen Sie Verwandte und Bekannte haben, die unterschreiben können. Von der genannten Webseite aus haben Sie auch Zugriff zu sämtlichen Unterschriftenformularen, die sie herunterladen und ausdrucken können. Hilfe wird auch in den schwächeren Bundesländern benötigt. Hilfsangebote richten Sie bitte an den Landesgeschäftsführer Uli Stein oder an den Regionalbeauftragten Matthias Dietrich.

Unser Landesvorsitzender Bernd Richter hat die Initiative des ÖDP-Bundesverbandes aufgegriffen und an die zuständigen Gremien des Landtags die Petition eingereicht, wonach es für bestimmte Kommunen und Ballungsgebiete möglich sein soll, die Mieterhöhungen für die Dauer von fünf Jahren auf 15 % zu begrenzen. Wir werden über den Fortgang der Petition informieren.

Unser stellvertretender Landesvorsitzender Kilian Kronimus hat bei der Bürgermeisterwahl in Rickenbach im Kreis Waldshut 1,2 % erreicht, womit er unter 25 Bewerbern im ersten Drittel landete. Das ist angesichts der Tatsache, dass die Lokalpresse einseitig Partei für zwei Kandidaten ergriffen hatte, ein respektables Ergebnis. Kronimus hatte sich im Vorfeld der Wahl für die Stärkung des bürgerlichen Engagements und der direkten Demokratie bis hin zur Abwahl eines unfähigen Bürgermeisters eingesetzt. Im Wahlkampf zeigte er mit seinem Konzept für eine Bio-Energie-Gemeinde ein deutliches und zukunftsweisendes Profil. Der Landesvorstand dankt ihm, dass er sich zur Wahl gestellt und trotz starker beruflicher Belastung einen hohen Einsatz gezeigt hat.

Weiterhin aktiv ist die ÖDP bei den Anti-Atom-Kundgebungen beim Atomkraftwerk Neckarwestheim. So zeigte die ÖDP auch am Fukushima-Gedenktag am

9. März Flagge für eine umgehende Abschaltung der noch laufenden Atomkraftwerke und für eine konsequente Umsetzung der Energiewende.

Der Herbstparteitag ist am Samstag, 19. Oktober vorgesehen. Der Ort steht noch nicht fest.

*Kontakt:
Landesgeschäftsführer
Uli Stein,
Tel. (07 11) 6 36 46 44,
info@oedp-bw.de*

*Regionalbeauftragter Matthias Dietrich,
Tel. (0 71 21) 88 01 04, dietrichmat@web.de*



*Matthias Dietrich ist
Regionalbeauftragter der ÖDP
für Baden-Württemberg.*

Nordrhein-Westfalen

Ein Drittel der Unterstützungsunterschriften liegen vor

Am 23./24.02.2013 hielt der Landesverband der ÖDP-NRW den ersten Landesparteitag in Köln ab. Die etwa 30 Delegierten und Gäste legten eine disziplinierte und angenehme Diskussionskultur an den Tag. Bei den



ÖDP-Landesvorsitzender Gerd Kersting sprach zu den Delegierten des Landesparteitages.

turnusmäßigen Wahlen wurden die Bundesparteitags- und Bundeshauptausschussdelegierten gewählt. Für den vor Kurzem zurückgetretenen Landesgeschäftsführer konnte kein Ersatz gefunden werden.

Die Delegierten beschloss per Meinungsbild ein Wahlkampfbudget. Weiterhin gab der Landesvorstand bekannt, dass ein Drittel der benötigten Unterstützungsunterschriften bereits vorliegt, die Sammlung aber intensiviert werden müsse. Abgerundet wurden die Regularien durch einen Vortrag des bundespolitischen ÖDP-Experten für Familienrecht, Dr. Johannes Resch, der mit vielen Hintergrundinformationen und ansprechenden politischen Ansätzen für eine sehr belebte Diskussion sorgte, die auch in den Abendstunden noch fortgeführt wurde.

Viele Früchte trug ebenfalls der Workshop von Bundesvorstandsmitglied Werner Roleff mit dem Thema „Professionelle Kampagnen-Planung“, bei dem wahlstrategische Elemente angesprochen wurden. Am Landesparteitagswochenende herrschte eine rege Beteiligung und eine optimistische Stimmung im Hinblick auf die kommenden Herausforderungen. (Benjamin Jäger, Mitglied im Landesvorstand)

Kontakt: gerd.kersting@oedp.de

Thüringen

Neue Mitglieder, neuer Vorstand, tolle Landesliste aufgestellt

Aus dem ÖDP-Landesverband Thüringen gibt es Erfreuliches zu berichten. Wir heißen im Januar zwei neue Mitglieder, Merlyn von Hugo aus Jena und Rita Truckenbrodt aus Frankenklick-Seltendorf, herzlich willkommen und freuen uns auf die kreative Zusammenarbeit.

Bei strahlendem Sonnenschein und bester Stimmung trafen sich Mitglieder und Interessenten zum ÖDP-Landesparteitag in Erfurt. Als Gäste durften wir Gerlind und Jürgen Jackowski aus Garbsen und Tabea Fischer aus Worbis begrüßen, die sich in unserer Mitte sehr wohl fühlten.

Nach dem Bericht der Landesvorsitzenden und der Übersicht über die Finanzen durch die Schatzmeisterin Waltraud Döring erfolgte eine Aussprache und Fragerunde. Nach erfolgreichem Abschluss der zurückliegenden Amtszeit wurde der Vorstand von seiner Verantwortung entlastet. Abschließend dankte die Landesvorsitzende den Vorstandskollegen Clemens Roschka aus Eisenach und Ralf Müller aus Jena, die beide

nicht wieder kandidieren, für ihren unermüdlichen Einsatz. Bei den anstehenden Wahlen des Landesvorstandes, der Delegierten für den Bundesparteitag (BPT) und den Bundeshauptausschuss (BHA) unterstützten uns unsere Gäste in der Wahlkommission tatkräftig.

Die Delegierten des Landesparteitages bestätigten die Eichsfelderin Susann Mai als Thüringer Landesvorsitzende. Zu ihren Stellvertretern bestimmten sie Dipl.-Ing.(FH) Franz-Josef Mai und den Arzt Karl-Edmund Vogt aus Worbis/Eichsfeld. Als Schatzmeisterin wurde Waltraud Döring ebenfalls in ihrem Amt bestätigt. Als Beisitzer wurde Wilfried Döring gewählt. Der neue Landesvorstand trifft nun zeitnah die nötigen Vorkehrungen, um zu den anstehenden Wahlen antreten zu können.

Außerdem wurde die Thüringer Landesliste der ÖDP zur Bundestagswahl 2013 mit 22 Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt. Spitzenkandidatin für Thüringen ist die Landesvorsitzende Susann Mai aus Worbis im Eichsfeld.

Bitte Unterstützungsunterschriften sammeln!

Helfen Sie uns bitte mit Ihrer Unterstützungsunterschrift! Damit die ÖDP in Thüringen zur Bundestagswahl mit auf dem Wahlzettel steht. Damit Werte wählbar sind! Dafür sind 2.000 bestätigte Unterstützungsunterschriftenformulare notwendig. Diese Formulare finden Sie auf www.oedp.de. Bitte die entsprechenden Formulare für den Landesverband Thüringen ausdrucken, im Wahlamt (meist im Rathaus) kostenlos bestätigen lassen und an das Büro des Landesverbandes Thüringen, Alte Chaussee 3, 37339 Worbis zurückschicken. Bei Fragen: susann.mai@oedp.de.

Alle Leserinnen und Leser sind gebeten, in ihrem persönlichen Umfeld, Familie, Freunde, Bekannte, Nachbarn, Arbeitskollegen oder andere Mitmenschen, die in Thüringen ihren Hauptwohnsitz haben, über 18 Jahre und wahlberechtigt sind, darüber zu informieren und um diese Unterstützungsunterschrift zu bitten. Denn mit der ÖDP ist die Politik transparent und konzernspendefrei. Jede Hilfe ist willkommen. Damit die ÖDP in Thüringen zur Bundestagswahl 2013 präsent ist.

Susann Mai: www.oedp-thueringen.de/

Bayern

ÖDP-Parteitag stellt Bundestagsliste auf: Claudia Wiest auf Platz 1

Die bayerische ÖDP hat am 2. Februar auf ihrem Parteitag in Bad Windsheim die Weichen für die Bundestagswahl gestellt. Auf Platz 1 der Bundestagslandesliste wählten die Delegierten die 45-jährige ÖDP-Kreisrätin Claudia Wiest aus dem Landkreis Regensburg. Weitere Spitzenkandidaten sind: die schwäbische Bezirksvorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz aus dem Landkreis Neu-Ulm, der ÖDP-Bundesvorsitzende Sebastian Frankenberger aus München, die Starnberger Kreisvorsitzende Christiane Lüst und der Ansbacher Kreisrat Dr. Hermann Schweiger.

Mit der Beratung und Verabschiedung des Landtagswahlprogramms startete die ÖDP außerdem in den Landtagswahlkampf. Ein klares Ja zur Familie und zur besseren Förderung der familiären Kinderbetreuung, ein klares Nein zu weiteren zehn Jahren Atomrisiko, die Verteidigung der Naturschönheiten Bayerns gegen unsinnige Großprojekte und der Einsatz für ein Verbot von Konzernspenden an Parteien. Mit diesen Kernthesen will die ÖDP in den Wahlkampf ziehen.

Der Parteitag verabschiedete außerdem Positionsbestimmungen zur Einführung eines Erziehungsgehalts in den ersten drei Lebensjahren, das mindestens so hoch sein sollte wie der Betrag, den ein Krippenplatz pro Kind und Monat kostet. Die von SPD und Grünen veranstaltete Kampagne gegen eine finanzielle Anerkennung der familiären Kinderbetreuung bezeichnete Mrasek als „Herabwürdigung aller, die Kinder in den ersten drei Jahren nicht in eine öffentliche Einrichtung geben wollen“.

Der Parteitag forderte von der Staatsregierung außerdem, sich anstelle des Donauausbaus auf den Hochwasserschutz und die Beseitigung von Gefahrenstellen zu konzentrieren. Schließlich sei auch die sanftere Variante A ein erheblicher Eingriff in den Fluss, wenn sie nicht ökologisch optimiert werde.

Mit einer weiteren Entschließung protestierten die ÖDP-Delegierten gegen das Vorhaben der Staatsregierung, die kommunale Verantwortung für die Trinkwasserversorgung als vorgegebenes Ziel aus dem Landesentwicklungsplan zu streichen. „Wir haben den Eindruck, dass der liberale Wirtschaftsminister Zeil den Wasser-Privatisierern in Brüssel zuarbeitet“, so Mrasek.

Der ÖDP-Landesvorsitzende sieht seine Partei als „wirksamste Oppositionspartei Bayerns“. Keine andere Partei hat es bisher geschafft, zwei Volksentscheide zum Erfolg zu führen und mit weiteren direktdemokratischen Initiativen und Popularklagen die Staatsregierung zum Einlenken zu zwingen. Zu unserer langen Erfolgsliste gehören nicht nur der Nichtraucherschutz und die Abschaffung des Senats, sondern unter anderem auch das gekippte Büchergeld und die Streichung von fünf Atomkraftstandorten aus dem bayerischen Standortsicherungsplan. Am aktuell erfolgreichen Volksbegehren gegen die bildungs- und familienfeindlichen Studiengebühren ist die ÖDP maßgeblich beteiligt, so Mrasek.

In Bayern gibt es nach Überzeugung der ÖDP „genügend wertkonservative Menschen, die nurmehr mit Bauschmerzen CSU gewählt haben und jetzt wechseln wollen, aber nicht zur marktradikalen FDP oder zu den programmlosen Freien Wählern“, so Mrasek. (um)

*Kontakt: ÖDP-Landesgeschäftsstelle Bayern
U. Mangold, Tel. (08 51) 93 11 31
» www.oedp-bayern.de*

Politischer Aschermittwoch**ÖDP-Chef Klaus Mrasek gegen „Tempolimit für Erneuerbare Energien“**

Die bayerische ÖDP-Spitze stellte beim Politischen Aschermittwoch in Passau ihre „Treue zu den Parteigrundsätzen der ÖDP“ heraus. „Wir haben seit 30 Jahren keine unserer politischen Aussagen korrigieren müssen. Auch in dieser Hinsicht sind wir ein Kontrastprogramm zu den politisch nicht festgelegten Freien Wählern und zur CSU, die unter Seehofer teilweise wöchentlich ihre Meinung ändert“, erklärte ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek im Hacklberger Bräukeller.

Scharf kritisierte Mrasek die Forderung von EU-Energiekommissar Oettinger nach einem „Tempolimit für Erneuerbare Energien“. „Immerhin hat der Herr EU-Kommissar zwei Begriffe gefunden, die für die Energiedebatte von Bedeutung sind – Tempolimit und Erneuerbare Energien. Allerdings war er bei der sinnvollen Kombination der Begriffe überfordert. Natürlich brauchen wir ein Tempolimit – auf den Autobahnen und natürlich brauchen wir Erneuerbare Energien und zwar 100 % so schnell wie möglich. Was wir allerdings überhaupt nicht brauchen, ist ein Tempolimit für die Energiewende. Mit Herrn Oettinger wurde ein weiterer Bock zum Gärtner gemacht.“

(...)

Bernhard Suttner, niederbayerischer Spitzenkandidat zur Landtagswahl und Beauftragter für Grundsatzfragen in der bayerischen ÖDP, blickte in seiner Aschermittwochsrede auf die Geschichte der ökologischen Bewegung zurück und erinnerte an den vor 40 Jahren erschienenen Bericht an den Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“. Die seinerzeit Mächtigen von Franz-Josef Strauß bis Helmut Schmidt hätten sich über diesen Alarmruf der Wissenschaft empört oder lustig gemacht. Wachstumskritiker und Ökologen seien sogar als Staats- und Wirtschaftsfeinde verleumdet worden. Gott sei Dank hätten sich aber dennoch einige Pioniere in Wirtschaft, Forschung, Politik und Gesellschaft daran gemacht, sich von den Dogmen des „immer mehr und nie genug“ und von der Fixierung auf Atomkraft und billiges Öl zu lösen. „Wo könnten wir heute stehen, wenn vor 30 und 40 Jahren nicht nur vorausschauende Minderheiten, sondern die Mächtigen aus den großen Parteien die Mahnungen der Wissenschaft ernst genommen hätten? Welche großen Fortschritte hätten wir erzielt, wenn sich Deutschland schon damals von der Atomgefahr und der hemmungslosen Verbrennung von Öl, Gas und Kohle abgewandt hätte?“, fragte Suttner.



Foto: Urban Mangold

Die Delegierten stellten die Landesliste zur Bundestagswahl auf und verabschiedeten das neue bayerische ÖDP-Programm.



Foto: Heike Brückner

Im gesellschaftspolitischen Teil seiner Rede plädierte Suttner für eine Politik der Kinderfreundlichkeit. Dabei gehe es „um die Freude am Leben. Nicht darum, die Rentensysteme zu sichern“. „Ein Kind ist zuallererst ein Kind, es ist ein Mensch ohne Zweckbindung, es ist



Der Spitzenkandidat der niederbayerischen ÖDP zur Landtagswahl, Bernhard Suttner, plädierte für eine Politik der Kinderfreundlichkeit.

ein Hoffnungszeichen ... und kein künftiger Facharbeiter, Leistungsträger oder Rentenzahler!“ Für die Rente könne man stärker steuerbasierte Systeme finden, wie z.B. das Modell der kirchlichen Sozialverbände, mit dem das bewährte Umlagesystem ergänzt und gestärkt werden könne.

Suttner forderte eine Pädagogik der Ermutigung in Familie und Schule sowie mehr Raum für den natürlichen Bewegungsdrang. „Wir müssen unsere Kinder wirklich Kinder sein lassen. Wir dürfen ihnen nicht von Anfang an Angst machen, sie könnten nicht gut genug für diese Leistungsgesellschaft sein. Wir müssen unseren Kindern aber vorleben, dass Leben keine Konsumorgie und kein Dauer-Event zum All-inklusive-Schnäppchenpreis ist! Wir müssen ihnen als Erwachsene zeigen, dass weniger Verbrauch einhergehen kann mit mehr Lebensfreude und echtem Lebensgenuss!“

Passaus 2. Bürgermeister Urban Mangold (ÖDP) begrüßte die Besucher der ÖDP-Kundgebung mit einer ÖDP-Leistungsbilanz in der Stadt Passau und verwies unter anderem auf die Erfolge seiner Fraktion bei der Energieeinsparung, bei Naturschutzprojekten, Hilfen für Senioren, bei verbesserten Bedingungen für die di-

rekte Demokratie und beim Schuldenabbau. „So was passiert, wenn die CSU endlich mal nicht mehr den Ton angibt und in die Opposition geschickt wird“, so Mangold: „Das eigentliche Signal beim Politischen Aschermittwoch zu Beginn des Super-Wahljahres ist: Wir Passauer zeigen es ganz Bayern – ohne die Schwarzen geht es viel besser!“ (red)

ÖDP Bayern tritt flächendeckend zur Landtags- und Bezirkstagswahl an

Die bayerische ÖDP wird voraussichtlich flächendeckend in allen 90 Stimmkreisen des Freistaates zur Landtags- und Bezirkstagswahl antreten. In Oberbayern, Niederbayern und der Oberpfalz, in Oberfranken, Mittelfranken und in Schwaben sind die Stimmkreis-kandidaten und Listen komplett aufgestellt. In Un-



Schwaben (v. l. n. r.): Alexander Abt (Bezirkstag), die Landtagsspitzenkandidaten Gabriele Olbrich-Krakowitz, Gabriela Schimmer-Göresz und Ulrich Hoffmann sowie Berta Arzberger (Bezirkstag)



Mittelfranken (von links): die Spitzenkandidatinnen Manuela Forster (Landtag) und Ingrid Malecha (Bezirkstag) mit dem beim Bezirksparteitag neu gewählten Bezirksvorsitzenden Jürgen Osterlänger



Die Spitzenkandidaten (Platz 1 bis 3) der ÖDP in Niederbayern (von links): Peter Michael Schmalz, Urban Mangold und Christine Ackermann führen die ÖDP-Bezirkstagsliste an, Konrad Schützeneder, Agnes Becker und Bernhard Suttner die Liste zur Landtagswahl.



Oberbayern (von rechts): Sebastian Frankenberger und Christiane Lüst führen die Landtagsliste an, Johanna Schildbach-Halser und Tobias Ruff die Bezirkstagsliste.

terfranken war der Aufstellungsparteitag nach Redaktionsschluss.

Ein klares Ja zur Familie und zur besseren Förderung der familiären Kinderbetreuung, ein klares Nein zu weiteren zehn Jahren Atomrisiko, die Verteidigung der Naturschönheiten Bayerns gegen unsinnige Großprojekte und der Einsatz für ein Verbot von Konzernspenden an Parteien: Mit diesen Kernthemen will die ÖDP den Einzug in den Landtag schaffen.

In Bayern gibt es nach Überzeugung der ÖDP „genügend wertkonservative Menschen, die nurmehr mit Bauschmerzen CSU gewählt haben und jetzt wechseln wollen, aber nicht zur marktradikalen FDP oder zu den programmlosen Freien Wählern“, so ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek. Im Gegensatz zu denen könne die ÖDP echte Erfolge vorweisen: „Das gekippte Büchergeld, den Nichtraucherschutz, fünf gestrichene

Atomkraftstandorte im Freistaat, die Kehrtwende in der landwirtschaftlichen Gentechnik, die Abschaffung des Senats und die Verkleinerung von Regierung und Landtag. Ohne die ÖDP hätte es das nicht gegeben.“

Die ÖDP habe seit Jahren zwei wichtige Alleinstellungsmerkmale: die Absage an eine Politik des ständigen Wachstums und Mehrverbrauchs und ihr Bekenntnis zur Familie. „Unser Eindruck ist: Für die traditionelle Betreuung von Kindern in der Familie gibt es derzeit im Parlament keine politische Vertretung mehr. Die CSU hat hier eine offene Flanke und läuft nur noch dem Zeitgeist nach. Die ÖDP fordert dagegen, dass Eltern, die ihre unter 3-jährigen Kinder familiär betreuen, ein Erziehungsgehalt bekommen, das genauso hoch wie der Betrag sein sollte, den ein Krippenplatz pro Kind und Monat kostet. Das wäre dann echte Wahlfreiheit“, so Mrasek.



Oberfranken (obere Reihe von links: Dr.-Ing. Klaus Klumpers (Landtag, Platz 2), Thomas Müller (Landtag, Platz 3), Thomas Büchner (Bezirkstag, Platz 1); Untere Reihe von links: Martin Eichler (Landtag, Platz 1), Carita Müller (Bezirkstag, Platz 2), Konrad Zimmermann (Bezirkstag, Platz 3)

Landesverband Sachsen

Wahlvorbereitung

Zur Vorbereitung der Bundestagswahl ist es wichtig, dass die ÖDP auch in Sachsen mit antritt. Es ist essentiell für die Menschen, dass die ÖDP auf dem Wahlzettel steht und den Bürgerinnen und Bürgern eine Alternative bietet, zukunftsfähige Politik zu wählen.

Dafür ist geplant, den Landesverbandes Sachsen neu zu beleben und wieder zu gründen. Ansprechpartnerin ist die erste stellvertretende Bundesvorsitzende Susann Mai (susann.mai@oedp.de). Die Mitglieder sind aufgerufen, dies nach ihren Möglichkeiten aktiv zu unterstützen. Alle Interessierten sind gebeten, sich baldmöglichst für Terminabsprachen zu melden. Alle Leserinnen und Leser sind eingeladen, selber mitzuwirken und im Falle von Familie, Freunden, Bekannten, Nachbarn, Arbeitskollegen oder anderen Mitmenschen, die in Sachsen wohnen, diese darüber zu informieren, damit sie mitmachen können. Denn mit der ÖDP ist die Politik transparent und konzernspendefrei. Mit guten Ideen kann jeder dazu beitragen. Der Gründung des Landesverbandes folgt das Aufstellen einer Landesliste und Direktkandidaten. Anschließend wären die erforderlichen Unterstützungsunterschriften zu sammeln, bei der jede Hilfe willkommen ist. Damit die ÖDP in Sachsen zur Bundestagswahl 2013 präsent ist.

AUS DEN KREIS- UND ORTSVERBÄNDEN

ÖDP gründet Ortsverein in Schweinheim

Grußwort von Bianca Tröge,
stellvertretende Vorsitzende der ÖDP Unterfranken

Herzlichen Glückwunsch!

Liebe ÖDP-Mitglieder im Ortsverband Schweinheim, es ist für mich eine große Ehre und Freude, hier zu ein und ein paar Worte an euch und Sie zu richten.

Zunächst darf ich mich kurz vorstellen: Bianca Tröge, stellvertretende Vorsitzende im Bezirk Unterfranken und Schatzmeisterin im Kreisverband Kitzingen. Ich darf als Erstes die herzlichsten Glückwünsche von Reinhard Trump, dem Bezirksvorsitzenden von Unterfranken, der Gesamtpartei und des Bundesvorstandes überbringen.

Es ist immer wieder toll zu sehen, dass sich Menschen engagieren, Verantwortung übernehmen und dies auch öffentlich machen und dafür geradestehen!

Einladung zur satzungsgemäßen Jahreshauptversammlung der Bundesvereinigung Frauen in der ÖDP

Alle weiblichen ÖDP-Mitglieder sind herzlich eingeladen zur Jahreshauptversammlung 2013 am 16. Juni 2013, ca. 16.30–17.00 Uhr (im Anschluss an den Landesparteitag der bayerischen ÖDP) in der Meistersingerhalle in Nürnberg.

Tagesordnung:

- 1) Begrüßung, Beschluss TO, Nachlese Protokoll
- 2) Diskussion und Beschluss über die Zukunft der Bundesvereinigung:
Alternative A: Auflösung
Alternative B: Neuwahl des Vorstandes
- 3) Satzungsänderung bezüglich Einladungen zu den Versammlungen
- 4) Anträge, Verschiedenes

Wir würden uns sehr freuen, viele ÖDP-Frauen bei unserem Treffen begrüßen zu dürfen. Wegen der Reservierung bitten wir um Anmeldung per E-Mail an roswitha.bendl@t-online.de oder unter Telefon (08122) 9 26 32 bis spätestens 10. Juni 2013.

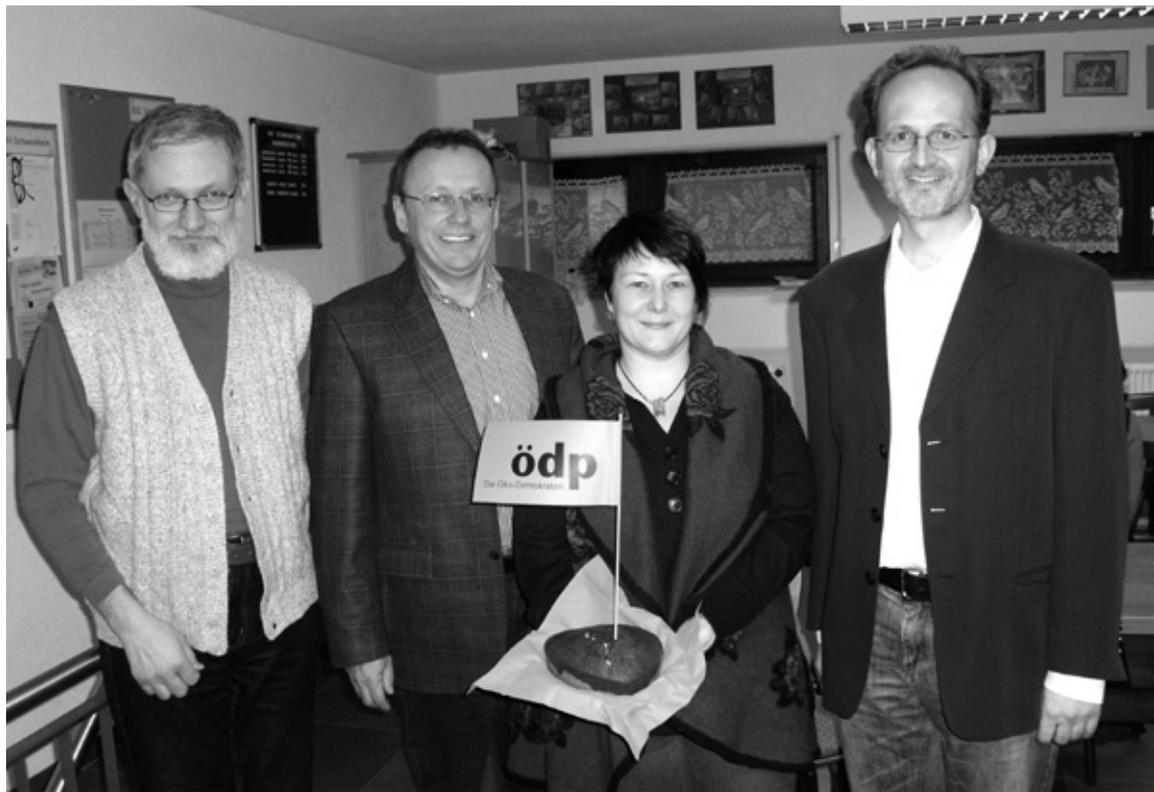
Unter dieser Adresse können auch die Vorschläge für mögliche Satzungsänderungen bestellt werden.



Für den Vorstand:
Roswitha Bendl, Vorsitzende

roswitha.bendl@t-online.de

Als wir vor zwei Jahren auf der Umweltmesse in Aschaffenburg Achim Blaschke als Mitglied für die ÖDP neu gewonnen haben, hätte ich mir nie träumen lassen, dass er jetzt als 2. Vorsitzender, neben Bernhard Schmitt als 1. Vorsitzenden und Ursula Stürmer als weiterem Vorstandsmitglied, einen Ortsverband hier in Schweinheim neu gründet. Respekt! Dies ist eine Entwicklung in die richtige Richtung. Eine Investition in die Zukunft der ÖDP, die sicherlich auch mit viel Arbeit verbunden ist. Ein herzliches Dankeschön dafür! Ein Dankeschön für alle Mühen und die Bewältigung der noch anstehenden Aufgaben. Es ist wichtig, dass sich Menschen für eine bessere Zukunft einsetzen:



V.l.n.r.: Rudolf Lang (ÖDP-Kreisvorsitzender Aschaffenburg), Achim Blaschke, Bianca Tröge, Bernhard Schmitt. Es fehlt: Ursula Stürmer.

- eine Zukunft, in der Parteien unabhängig von Spendengeldern und Aufsichtsratsposten vernünftig und zum Wohle der Menschen regieren;
- eine Zukunft, in der gesunde Lebensmittel kein Privileg für Gutverdiener sind, sondern für alle zugänglich und erschwinglich;
- eine Zukunft, in der Eltern die Wahl haben, ob sie zu Hause bei ihren Kindern bleiben oder das Erziehungsgeld für einen Krippenplatz ausgeben;
- eine Zukunft, in der Werte wie Ehrlichkeit kein Fremdwort sind und Doktorarbeiten noch selbst geschrieben werden.

Dafür steht die ÖDP und damit auch jedes einzelne Mitglied! So werden auch unsere Ortsverbände durch jede einzelne Person bereichert, die sich mit ihrer Kreativität, ihren Ideen und der tatkräftigen Mithilfe engagiert.

In diesem Sinne wünsche ich euch und Ihnen viele neue Mitglieder, Interessenten, Sitze im Stadtrat und gute Begegnungen mit anderen ÖDPlern. Gelegenheiten gibt es viele. Als Symbol möchte ich ein Herz überreichen und euch herzlich im Bezirk Unterfranken als neuen Ortsverband willkommen heißen: Denn es ist wie beim Kuchenbacken – auf eine gute Mischung kommt es an!

**KONZERN-
SPENDEN**

frei!
und unabhängig!

ödp

Steuerzahler sollen für insolvente Banken im Ausland haften

Die Europäische Union will die Bankenunion durchwinken. Ein Rettungsschirm ist auch für Nicht-EU-Länder geplant.

von Prof. Dr. Klaus Buchner

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit einigten sich EZB-Chef Draghi und die EU-Kommission auf die Errichtung einer europäischen „Bankenunion“. Dazu will die Kommission einen Gesetzesentwurf ausarbeiten; Teile des EU-Parlaments haben schon ihre prinzipielle Zustimmung signalisiert.

Der wichtigste Inhalt der „Bankenunion“ ist ein Fonds, der zur Abwicklung insolventer Banken eingerichtet werden soll. Die Gelder sollen von den europäischen Banken kommen. Das wird jedoch nicht ausreichen. Deshalb spricht Draghi jetzt schon davon, dass Steuergelder benötigt werden. Aber auch das wird nicht genügen. Denn zusätzlich soll die Bankenunion noch eine gemeinsame Einlagensicherung bekommen und damit deutsche Spareinlagen zur Sicherung von ausländischen Banken nutzbar machen.

Die Schulden der europäischen Banken betragen mehr als 18 Billionen (18.000.000.000.000) Euro; davon entfallen mehr als 9 Billionen auf die Schulden der gefährdeten südeuropäischen Banken. Zum Vergleich: Das gesamte deutsche Nettovermögen beträgt nur 8,7 Billionen. Es ist also geringer als die Schulden, die diese Banken durch unverantwortliche Spekulationen

aufgehäuft haben. Da von den drei großen Volkswirtschaften im Euro-Raum Italien und Frankreich hoch verschuldet sind, muss die Hauptlast der Bankenunion von den Deutschen getragen werden.

Das Geld zur Bankenabwicklung bzw. zur Bankenrettung geht an die Gläubiger der insolventen Banken



Foto: Günther Hartmann

in Südeuropa und Irland. Das sind internationale Großanleger wie die Deutsche Bank, die Allianz und die US-amerikanischen Institute Goldman-Sachs und Rothschild. Praktisch läuft die „Bankenunion“, die besser „Gewinn-Garantie für Großanleger“ heißen sollte, darauf hinaus, deutsche Steuergelder und Spareinlagen an Großanleger in Europa und in den USA zu übertragen. Dabei handelt es sich um Summen, die die Wirtschaftskraft Deutsch-

lands zerstören können. Natürlich soll das jetzt noch nicht bekannt werden. Deshalb ist es kein Zufall, dass nur einige wenige Wirtschaftsnachrichten und keine Tageszeitungen darüber berichtet haben.

Außerdem will die EU noch einen Rettungsschirm über Nicht-Euro-Staaten aufspannen. Damit sollen vor allem Rumänien und Bulgarien stabilisiert werden. Auf Deutschland kommt so eine weitere Belastung von vielen Milliarden zu, ohne dass der Bundestag irgend eine Kontrollmöglichkeit hat.

Es ist nicht bekannt, wann die EU-Kommission ihren Entwurf für die Bankenunion dem EU-Parlament vorlegen wird. Das kann wenige Wochen, aber auch Monate dauern. Auf jeden Fall ist es nötig, sofort zu handeln und eine breite Öffentlichkeit zu informieren. Gerade jetzt vor wichtigen Wahlen ist

eine gute Gelegenheit, die Regierungen und das EU-Parlament zum Einlenken zu zwingen. ■

Prof. Dr. Klaus Buchner, Jahrgang 1941, Atomphysiker, war bis 2010 Bundesvorsitzender der ÖDP.



klaus.buchner@oedp.de

Zusammengestellt
von Florence von Bodisco

ÖDP kritisiert Kappung der Prozesskostenhilfe

„Die geplante Beschneidung der Prozesskostenhilfe zeigt wieder einmal, wie wenig wichtig die Koalition das Thema soziale Gerechtigkeit nimmt.“ Diese Aussage trifft Hermann Striedl, Richter a.D. und Rechtsexperte der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP).

Der Hintergrund: Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) hat jüngst einen Gesetzesentwurf vorgelegt, in dem die Bedingungen zum Erhalt der Prozesskostenhilfe stark eingeschränkt werden. Prozesskostenhilfe können zurzeit diejenigen beantragen, die vor Gericht klagen möchten, aber nicht die finanziellen Mittel für einen Anwalt und für die Gerichtskosten haben.

„Mit der Novelle der Prozesskostenhilfe sollen angeblich 65 Millionen Euro eingespart werden. Ein Ziel, das auf dem Rücken der Ärmsten ausgetragen wird“, so Striedl. „Es ist ein Hohn der Ge-



schichte, dass sich ausgerechnet die FDP vor über 30 Jahren für die Einführung der Prozesskostenhilfe stark gemacht hat. Soziale Gedanken sind hier einer unglaublichen Klientelpolitik gewichen“, empört sich Striedl.

Der ÖDP-Politiker sieht im aktuellen Vorschlag der Bundesjustizministerin eine Aushöhlung bürgerlicher Rechte. „Gesetze sind für alle gleich und nicht nur für die mit dicker Brieftasche.“ (...)

ÖDP gegen Gewinnung von Schiefergas

„Der Kompromiss zur Gewinnung von Schiefergas (Fracking), auf den sich die Minister Rösler und Altmeier geeinigt haben, verschleiert die Gefahren des Verfahrens.“ Das sagt Prof. Dr. Klaus Buchner, Umweltexperte der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Es sei zwar verständlich, dass insbesondere Wirtschaftsminister Rösler die Erdgasproduktion in Deutschland fördern will, der Preis für die Ausbeutung der letzten Ressourcen könnte aber hoch sein, so Buchner. „Bei der Schiefergas-Gewinnung wird Wasser, das mit Sand und giftigen Chemikalien versetzt ist, unter hohem Druck in tief liegende Gesteinsschichten gepresst. Dadurch wird das Gestein aufgebrochen und das darin gebundene Gas freigesetzt“, erläutert der ÖDP-Politiker.

Drei wesentliche Aspekte im Gesetzesentwurf zum Fracking sind das Verbot von Bohrungen in Trink-

wasserschutzgebieten, die Pflicht zu vorherigen Umweltverträglichkeitsprüfungen und das Verbot des Einsatzes giftiger Chemikalien. Dazu der Kommentar von Buchner: „In der Praxis bedeuten diese Einschränkungen jedoch wenig. Denn bei derart gewinnbringenden Projekten sind in der Vergangenheit die Umweltverträglichkeitsprüfungen oft so formuliert worden, dass die wirklichen Gefahren verschleiert werden.“ Weil bisher das Schiefer-



gas ohne giftige Chemikalien nicht gewonnen werden könne, bestehe außerdem die Gefahr, dass die Probleme mit den krebserregenden, hormonell wirksamen und ätzenden Substanzen einfach heruntergespielt würden. „Denn auch bei uns gilt: Den wirtschaftlichen Interessen wird oft der Vorrang eingeräumt“, so ÖDP-Politiker Buchner abschließend.

ÖDP verlangt von der Bundesregierung Maßnahmen zur Verringerung der Armut

Der Bundesverband der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) sieht anlässlich der Veröffentlichung des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung dringenden Handlungsbedarf und fordert konkretere Maßnahmen von der Regierung, Armut und Armutsrisiken in unserem Land zu vermindern.

Susann Mai, stellvertretende Bundesvorsitzende der ÖDP und Landesvorsitzende in Thüringen, betont die gesellschaftliche Ausrichtung der Partei: „Die ÖDP tritt ein für ganzheitliches Denken und gemeinschaftliches Handeln. Ökonomische, ökologische und soziale Aspekte des Lebens müssen vernetzt betrachtet und berücksichtigt werden. Die ÖDP trägt mit ihren Grundsätzen bei zu langfristigen und nachhaltig zukunftsfähigen Lösungen, die dem gesellschaftlichen Gleichgewicht dienen. Das Sichern der Lebensgrundlagen und Stärken der sozialen Strukturen sind ein wesentliches Anliegen unserer Partei.“

Nur so sei es möglich, Armut vorzubeugen. ÖDP-Politikerin Mai ist der Meinung: „Nur wenn alles im Zusammenhang gesehen wird, kann soziale Gerechtigkeit entwickelt werden. So entstehen verantwortungsvolle Lösungen für eine langfristig lebenswerte Welt. An jedem Ort, wo Menschen leben.“ So will die ÖDP die Familien als Keimzelle der Gesellschaft stärken. Eine konkrete Idee der ÖDP ist dabei die Einführung eines sozial- und rentenversicherungspflichtigen Erziehungsgehalts von 1.000 Euro pro Monat. „Das Erziehungsgehalt der ÖDP bedeutet konkretes Anerken-



nen und Würdigen der Leistungen, die beim Erziehen von Kindern für die Gesellschaft erbracht werden. Das Erziehungsgehalt der ÖDP ermöglicht den Eltern echte Wahlfreiheit bei der Erziehung ihrer Kinder. Es sichert Familien und erleichtert das „Ja“ zum Kind“, so Susann Mai. (...)

ÖDP fordert Verbot von „Bienengiften“

„Bienengifte müssen verboten werden. Ohne Ausnahme!“ Das fordert Ludwig Maier, Sprecher des Bundesarbeitskreises Landwirtschaft, Gentechnik und Tierschutz in der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Der Anlass: Ende dieser Woche sollen die EU-Mitgliedsstaaten über einen Vorschlag der EU-Kommission abstimmen, in dem der Einsatz der für Bienen und andere Insekten hochgefährlichen Neonicotinoide Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam ab 1. Juli 2013 für zwei Jahre verboten werden soll. Mittlerweile drängen jedoch mehrere EU-Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, auf Ausnahmeregelungen vom geplanten

Verbot bienengefährlicher Pflanzenschutzmittelwirkstoffe.

ÖDP-Politiker Maier fordert EU-Gesundheitskommissar Tonio Borg auf, bei dem ursprünglichen Entwurf der EU-Kommission zu bleiben. „Auch die deutsche Landwirtschaftsministerin Aigner muss ihre Unterstützung der Agrarlobby aufgeben und sollte den Entwurf der EU-Kommission unterstützen“, so Maier.

Maier betont, dass ein zeitlich befristetes Verbot der drei hoch bienengefährlichen Pestizid-Wirkstoffe nur ein erster wichtiger gemeinschaftlicher Schritt sein könne, dem weitere folgen müssen, um Bienen besser vor den negativen Auswirkungen von Pestiziden zu schützen. Maier weist darauf hin, dass auch die Wildbienen und Hummeln in die Betrachtung mit eingeschlossen werden müssen. Denn gerade vor dem Hintergrund der besonderen Empfindlichkeit von Wildbienen, ihrer Gefährdung und ihrer gerade wieder bestätigten großen Bestäubungs- und somit Ökosystemleistung ist es wichtig, die Wildbienen mit einzuschließen. (...)



Frankenberger: „Ich lege meine Einkünfte offen“

„Dass die CSU nach der Landtagswahl die Nebeneinkünfte der Abgeordneten veröffentlichen will, ist keine Sensation. Auf meiner Homepage lege ich schon seit Jahren freiwillig meine Einkünfte offen“, so kommentiert Sebastian Frankenberger, Bundesvorsitzender der ÖDP, den aktuellen Vorstoß der Christsozialen. Frankenberger kandidiert auf Platz 1 der oberbayerischen Liste zur Landtagswahl und als Direktkandidat im Stimmkreis Schwabing.

Für den ÖDP-Politiker stellt sich die Frage, warum die Nebeneinkünfte der Landtagsabgeordneten erst nach der Wahl und nicht schon davor der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden sollen. „Meine Vermutung ist: Niemand soll wissen, woher die Politiker ihre Gelder bekommen und in wessen Diensten sie stehen“, so Frankenberger. Für ihn steht fest, dass ein Abgeordneter, der seinen Dienst am Volk ernst



nimmt, kaum noch Zeit für einen Nebentätigkeit haben dürfte. „Die Vergütung als Landtagsabgeordneter reicht völlig aus, um sich einen überdurchschnittlichen Lebensstandard zu ermöglichen. Wer nur mit halbem Engagement bei der Sache ist, sollte lieber kein Politiker werden“, sagt der ÖDP-Politiker. Er weist darauf hin, dass die ÖDP sich schon seit Jahren für ein Verbot von Nebentätigkeiten für Politiker einsetze.

Zur Homepage von Frankenberger: www.sebastian-frankenberger.de

ÖDP begrüßt Einführung der Finanztransaktionssteuer

Elf EU-Staaten, einschließlich Deutschland und Frankreich, haben beim letzten Treffen der Finanzminister der 27 EU-Länder für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (Tobin-Steuer) gestimmt. Diese Länder stellen insgesamt zwei Drittel der gesamten Wirtschaftskraft aller 27 EU-Staaten. Die EU-Kommission wies in ihrer Begründung darauf hin, dass der gering besteuerte Finanzsektor im Zuge der Finanzkrise bisher mit 4,6 Billionen Euro unterstützt wurde.

Dazu Ulrich Brehme, Wirtschaftsexperte der ÖDP: „Die bisher fehlende Besteuerung der Finanzströme hat dazu geführt, dass Hunderte von Milliarden Euro mehrfach um den Globus geschoben werden. Dieses hohe Handelsvolumen hat die weltweite schnelle Ausbreitung von Finanzkrisen und Preisverzerrungen auf den Finanzmärkten begünstigt. Eine Abgabe wird also dazu beitragen, die Finanzsysteme durch höhere Transaktionskosten zu stabilisieren.“

Im Zuge der Finanztransaktionssteuer wird nach dem so genannten

„Ansässigkeitsprinzip“ besteuert. Also bei allen Transaktionen, bei denen entweder der Käufer oder der Verkäufer seinen Sitz in einem der beteiligten Staaten hat, wird die Steuer fällig, unabhängig davon, über welche Börse die Geschäfte abgewickelt werden. Kommen beide aus EU-Ländern, müssen auch bei-



de zahlen. Das Steueraufkommen fließt unmittelbar in die Heimatländer der Vertragspartner. Das bedeutet, dass für jedes Geschäft, das eine französische oder deutsche Bank irgendwo auf der Welt abwickelt, in Frankreich oder Deutschland eine Transaktionssteuer fällig wird. Durch Abwanderung lässt sich diese Steuer daher nicht umgehen.

ÖDP-Politiker Brehme findet es richtig, dass die Steuer alle Finanzinstrumente einschließlich des außerbörslichen Handels mit einem niedrigen Steuersatz erfasst. Im Fall einer Finanzkrise sollte die EZB die Steuer kurzfristig erhöhen können.

„Zur Bekämpfung der sich immer wiederholenden Finanzkrisen gehört aber auch eine Ordnungspolitik, die Banken, die so groß werden, dass sie „too big to fail“ werden, in Teilbanken zerschlägt“, meint Brehme. (...)

ödp

Beitrittsantrag

Ökologisch-Demokratische Partei

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich verstehe mich eher als

- Aktives Mitglied
 Schnuppermitglied
 Förderndes Mitglied

X _____
Name

X _____
Vorname

X _____
Straße / Nr.

_____ Kreis

X _____
PLZ / Ort

_____ Tel. / Fax

_____ Handy

_____ E-Mail

_____ Beruf

X _____
Geburtsdatum

Der Beitritt wurde mir empfohlen von:

X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den satzungsgemäßen

- Regelbeitrag von 7,00 Euro pro Monat
 Familienbeitrag von 7,00 pro Monat (bitte Familienmitglieder auf der Rückseite eintragen)
 ermäßigten Beitrag von 1 Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger)
 Ich zahle freiwillig 12 Euro / Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.
 Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von _____ Euro.

Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, meinen Beitrag von meinem Konto einzuziehen:

- jährliche halbjährliche Abbuchung

_____ Kontoinhaber/in:

_____ Konto Nr.:

_____ BLZ:

_____ Bank:

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des jeweiligen Betrages vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, Scientology und ein Eintreten für die „Neue Germanische Medizin“.

X _____
Datum, Unterschrift:

- Ich möchte als Frau **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Frauen“ sein.
 Ich möchte **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Junge Ökologen“ sein. (nur Personen unter 32 Jahren)

Bitte senden Sie diesen Antrag an:

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle
 Pommerngasse 1
 97070 Würzburg

Tel. 0931/40486-0 | Fax 0931/40486-29
 info@oedp.de | www.oedp.de

Da wir keine Firmenspenden annehmen, sind für uns Privatspenden besonders wichtig. Wir freuen uns über Ihre finanzielle Zuwendung. Unsere Bankverbindung lautet:
 KtoNr. 981 52 00
 BLZ 700 205 00
 Bank für Sozialwirtschaft

»Konsumgewohnheiten überdenken«

ÖDP für Zeit- und Beziehungswohlstand

Memmingen./Unterallgäu (MK): Die Fastenzeit ist nahe und eröffnet für 40 Tage die Gelegenheit, über Konsumgewohnheiten nachzudenken und überflüssigen Ballast abzuwerfen. Es wird weniger gegessen, auf Süßes, Alkohol und Zigaretten oder auf Medienkonsum verzichtet, um herauszufinden, wie stark wir schon in Abhängigkeiten verstrickt sind. Ein paar Kilo leichter und um eine Erfahrung reicher, kehren wir zurück ins alte Leben.

Und dann? Dieser Frage geht die ÖDP-Kreisvorsitzende und Landtagskandidatin nach und wünscht sich eine tiefer gehende und nachhaltigere Beschäftigung mit den Begriffen »Wohlstandsdämmung« oder »Wachstumsfalle«.

Immer mehr Menschen seien überzeugt, dass es so, wie bisher, nicht weitergehen könne, so Schimmer-Göresz. Sie spüren, dass ein Wohlstandsmodell, das auf Übernutzung der ökologischen und humanen Ressourcen sowie auf der Not weiter Bevölkerungsteile basiert, keine Lösung ist, sondern in einer Sackgasse endet. Für die Suche nach einem nachhaltigen und widerstandsfähigen Lebensstil biete sich, so die Kreisvorsitzende, die Fastenzeit geradezu an.

Schimmer-Göresz ist der Überzeugung, dass der Rückbau überzogener Ansprüche selbst organisiert werden könne und daraus die Aussicht auf mehr Glück und Zufriedenheit erwachse und zwar in Form von Zeit- und Beziehungswohlstand. Wer gleichermaßen auf der Suche sei,

der solle sich, so die ÖDP-Landtagskandidatin, Klug der Last entledigen, die viel Zeit und Geld koste und zu mehr Unabhängigkeit vom unsicheren Marktgeschehen, von Geld und Erwerbsarbeit führe. Die Kunst des Weniger bedeute auch Angst-



freiheit, weil wer weniger benötige, auch weniger angreifbar sei. Schimmer-Göresz, die nach eigenem Bekunden seit über zehn Jahren einen reduzierten Lebensstil mit weitgehender Selbstversorgung führt, nennt beispielhaft einige Bereiche für und über die Fastenzeit hinaus: Weniger

Fleisch essen; auf Plastik verzichten; das Auto öfter stehen lassen; auf dem Boden bleiben, d.h. weniger bis gar nicht fliegen; saisonal und regional einkaufen; Leitungswasser trinken; zu einem zertifizierten Ökostrom-Anbieter wechseln; Fairtrade-Produkte kaufen; auf Gebrauchtes setzen; zu einer ethischen und/oder ökologischen Bank wechseln; Erwerbsarbeit reduzieren und Zeit gewinnen, ob für die Familie oder für ein Ehrenamt. Damit habe jeder Einzelne umsetzbare Tipps für einen nachhaltigen Alltag. Immer höher, immer weiter, immer schneller und nie genug, ist nach Ansicht der Öko-Demokratin ein Anti-Programm, dem die ÖDP mit den Thesen einer Postwachstumsökonomie oder einer Gemeinwohlökonomie begegnen werde.

Memminger Kurier, 13.02.2013

Kahlschlag: Die ÖDP fordert mehr Infos

UMWELT Stadtrat Benedikt Suttner bezweifelt die Besserungsversprechen der Behörden. Die Stadt versuche sogar, eigene Baumfällaktionen zu verschleiern.

REGENSBURG. Nach den massiven Abholzungen entlang von Donau und Kanal (MZ berichtete mehrmals) fordert die ÖDP eine bessere Beteiligung der Öffentlichkeit im Vorfeld solcher Aktionen. ÖDP-Stadtrat Benedikt Suttner: „Ein Runder Tisch zur Thematik Baumbestand im Stadtgebiet ist dringend nötig. Alle beteiligten Akteure, auch die Naturschutzverbände sollten gemeinsam Alternativlösungen im Vorfeld diskutieren und abwägen können und so für weitgehende Transparenz der Entscheidungen sorgen.“

Suttner bezweifelt in einer schriftlichen Stellungnahme zu Äußerungen Schaidingers bei einem Pressetermin, dass die Zusage von Stadtspitze und Wasser- und Schifffahrtsamt (WWA), dass die Informationspolitik der Ämter in Zukunft verbessert werden und gemeinsam mit den Bürgern an der Sicherung der Qualität des Naherholungsgebiets im Westen gearbeitet werden müsse, mit Nachdruck verfolgt wird. So habe das WWA spätestens seit den 2011 durchgeführten Abholzungen an der Badstraße zur Stabi-

lisierung der Ufermauern die wachsenden Augen der Regensburger Bevölkerung kennengelernt. „Jetzt zu sagen, man habe nicht mit einer derart emotionalen öffentlichen Diskussion gerechnet“, schreibt Suttner.

Hätte man die Maßnahmen an Donau und Kanal frühzeitig und in ihrem vollen Ausmaß öffentlich gemacht, hätten Alternativen in Betracht gezogen werden können. Rolf Diesler vom Wasser- und Schifffahrtsamt Regensburg habe selbst bestätigt, dass es immer mehrere Lösungen gebe, also die Rodungen nicht gänzlich alternativlos gewesen seien, betont Suttner. Zwar seien Fachbehörden der Stadt sowie das Wasserwirtschaftsamt informiert worden, nicht aber Umweltschutzverbände wie Bund Naturschutz oder Landsbund für Vogelschutz.

OB Hans Schaidinger sei seit Oktober 2012 in die Planungen eingeweiht gewesen. Suttner: „Wieso zieht unser Oberbürgermeister in einem solchen Fall keine externen Experten hinzu? Wieso informiert er nicht einmal den Stadtrat, geschweige denn die Öffentlichkeit? Wieso gab es erst vor zwei Tagen eine städtische Pressekonferenz zu diesem Thema, nachdem die Rodungen bereits fast vollständig abgeschlossen waren?“ Schließlich hole sich die Stadt bei jeder schwierigen Baukonstruktion Rat von Ingenieuren und prüft notfalls mittels Gutachten mögliche Alternativen.

Diesler habe bei dem Pressetermin geäußert, „mit dieser Erfahrung jetzt muss ich sagen, da müssen wir wesentlich mehr machen, um die Bevölkerung mitzunehmen, um sie zu in-

formieren, um vor die Bevölkerung zu treten und zu sagen: Das muss leider sein, aber wir können gemeinsam etwas Neues gestalten“.

Auch nach der Baumfällaktion an der Badstraße habe es beim WWA nach Protesten der Öffentlichkeit geheißen, man müsse die Informationspraxis verbessern. Bis heute seien die betroffenen Rodungen und die Badstraße nur als Einbahnstraße befahrbar. Diese Beeinträchtigungen, so habe es stets gelautet, würden bis zum Ende der Sanierung in zwei Jahren andauern. Bis heute sei aber mit der Sanierung nicht begonnen worden, eine umfangreiche Information der Öffentlichkeit lasse weiter auf sich warten.

Nach Suttners Angaben wird auch bis heute nicht gesagt, wie viel Geld für Ausgleichsmaßnahmen für die jüngsten Rodungen an Donau und Kanal veranschlagt wird und wann diese Maßnahmen durchgeführt werden. Stattdessen werde auf den Naturschutzbeirat verwiesen, der sich im März mit der Sache befasse. „Ein Konzept für die Sicherung der Qualität der Naherholungsgebiete im Westen in Kooperation mit der Bevölkerung sieht anders aus.“

Die ÖDP-Stadtratsfraktion hat bereits vor zwei Wochen in einer schriftlichen Anfrage nähere Informationen über Baumfällungen und Ersatzpflanzungen im vergangenen Jahr beantragt.

Mittelsbayrische Zeitung, 12.02.2013

Nicht links, nicht rechts

Die ÖDP will bei den Wahlen im Herbst im Herbst von der Schwäche anderer Parteien profitieren. Karl-Heinz Jobst tritt in München-Land Süd für den Landtag an. Für den Bundestag kandidieren Christiane Lüst in München-Land und Bundeschef Frankenberger im Münchner Süden

VON STEFAN GALLER

München – Es ist in der Politik nicht anders als auf dem Arbeitsmarkt oder bei der Wohnungssuche: Wer in gebogener Haltung, mit negativer Ausstrahlung, durch die Gegend läuft und dabei jeglichen Optimismus vermissen lässt, tut sich in der Regel schwerer, ans Ziel zu gelangen. Und deshalb ist es kaum überraschend, dass die führenden Köpfe der Ökologisch-demokratischen Partei (ÖDP) aus dem Raum München beim Pressetermin um die Wette strahlen und so was von gut drauf sind, dass man ihnen ihre Euphorie durchaus abnimmt: Das Trio ist total davon überzeugt, in Zukunft eine größere Rolle in der hiesigen Politiklandschaft zu spielen.

Frankenberger will vor allem die enttäuschten Nichtwähler ansprechen

„Wir müssten unser bisheriges Potenzial von gut zwei Prozent der Stimmen in Bayern mehr als verdoppeln“, sagt Karl-Heinz Jobst, Direktkandidat der ÖDP für den Landtagswahl am 15. September für den Wahlkreis München-Land Süd. Dennoch ist der 62-jährige Energieexperte aus Erding bester Dinge, dass seine Partei den Einzug ins Maximilianseum schafft. „Neueste Analysen zeigen, dass es locker möglich sein sollte.“ Die Studien belegen, so der Bundesvorsitzende Sebastian Frankenberger, dass es zahlreiche Wähler gebe, „die ihre Werte in der Politik endlich wieder vertreten haben wollen“. So seien die Stimmen von „5 bis 10 Prozent komplett enttäuschter Nichtwähler“ zusammen auf dem Markt. Bei den schwächelnden Piraten und auch bei dem Reservier der Freien Wähler wählten die Öko-Demokraten zudem viele Leute zwischen fünf und acht Prozent für uns Wähler“, sagt Frankenberger.

Noch immer identifiziert man den 31-jährigen Niederbayern vor allem mit seinem Engagement für das Raucherrot. Er initiierte jenes Volksbegehren, das ihm den Hass vieler Gastronomen und von deren qualmender Kundenschaft einbrachte. Auch während des Interimsraums wird Frankenberger erkannt und schwach angeleiert. „Das passiert noch immer regelmäßig und nervt schon sehr“, sagt er. Anderer-



Sie sehen ein großes Potenzial für eine wertorientierte Politik, die nicht einem Lager zuzuordnen ist. Bundesvorsitzender Sebastian Frankenberger, Christiane Lüst aus Gauring und Karl-Heinz Jobst aus Erding (von links) streben an, ihre Anhängerschaft zu verdoppeln.

seits profitierten seine Partei und er persönlich noch immer von der öffentlichkeitswirksamen Debatte. Der gebürtige Passauer Frankenberger, wohnt mittlerweile in Schwabing ist Landtags Spitzenkandidat der Partei für Oberbayern und hat es in seinem Wahlkreis mit prominenten Gegnern zu tun: Er tritt gegen Bildungsminister Ludwig Spörl (CSU), Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch (FDP) und die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag, Margarete Bause an. Im Kampf um das Bundestagsmandat im Münchner Süden trifft der ÖDP-Chef auf einen bekannten Kontrahenten: auf CSU-Routinier Peter Gauweiler. „Trotz dieser Herkulesaufgaben freut sich Frankenberger auf die Konfrontation-

nen mit der Polit-Prominenz. Auch, um die Positionen seiner Partei bekannter zu machen. „Man kann uns nicht in links oder rechts einordnen“, sagt er, „wir sind vornehmlich in den Anschauungen aller Parteien etwas, das sich auch die ÖDP auf ihre Fahnen geschrieben habe: „Von der CSU das Familienpolitische, von den Grünen die Nachhaltigkeit und Umweltpolitik, von der SPD die Sozialpolitik und von den Piraten die gelebte Demokratie, aber mit einem Programm“, wie der 31-Jährige versichert. Man wolle völlig unabhängig sein. Man wolle ein Ehrenkodex unter der Wirtschaft, ein Ehrenkodex unternehmen. „Das ist bei uns nicht nur Gerüchte, sondern gelebte Philosophie“, wie Frankenberger sagt.

Prinzipien sind es auch, die Christiane Lüst antreiben, sich zu engagieren. Die 46-Jährige als selbstständige Sozialarbeiterin, Direktkandidatin München-Land für die Bundestagswahl am 22. September leitet ein umweltschutzpolitisches Informationszentrum in ihrer Heimatgemeinde Gauring, hat sich unter anderem dem Kampf gegen die Gentechnik verschrieben und arbeitet im Zuge dessen sogar mit dem UMWeltrechtsausschuss in Gert zusammen. Für Lüst eines von mehreren politischen Kernthemen bei denen sich die Mitglieder der ÖDP nicht mit dem Wahlverhalten deckt. Die meisten Menschen sind gegen eine dritte Sturzbahn, für den Atomausstieg, gegen Miasenthalten und gegen einen Autobahnring im Bundesvorstande betont.

Und so ziehen sie und ihre Kollegen Frankenberger und Jobst in den nächsten Monaten durch die Region, um sich als Alternative anzubieten. „Wir arbeiten an der Basis der Demokratie“, sagt Frankenberger und kündigt für die Zukunft ein Volksbegehren zur Direktwahl des Bayerischen Ministerpräsidenten an. „Damit es endlich wieder um Inhalte geht, nicht nur Personalfragen.“ Doch halbierte man auch im Wahlkampf nur sachbezogene Veranstaltungen machen, „und zwar ohne Freibier“, wie der Bundesvorsitzende betont.

Foto: Claus Schum

Mieterhöhungen deckeln

Mit einer Petition fordert die Ökologisch-Demokratische Partei die Staatsregierung auf, die Kappungsgrenze in Ballungsräumen rasch zu beschließen. ÖDP-Kreischef Adrian Heim fürchtet, dass die FDP die Umsetzung verhindert

VON WALTER GIERLICH

Karlsfeld – Auf dem wohl bekanntesten Plakat der ÖDP heißt es, dass auch ein kleiner Reißnagel einen großen Hintern bewegen kann. Mit den Volksentscheidungen zur Abschaffung des bayerischen Senats und des Rauchverbots hat die kleine Partei, die es bisher weder in den Landtag noch in den Bundestag geschafft hat, bewiesen, dass die Aussage stimmt. Nun will der Reißnagel – spricht die Ökologisch-Demokratische Partei – in der kommenden Woche eine Petition mit dem Titel „Bezahlbare Mieten sichern“ starten, um der bayerischen Staatsregierung wieder einmal Dampf zu machen. „Die Petition zielt darauf ab, dass die Staatsregierung tätig wird und das ganze nicht auf die lange Bank schiebt“, sagt die Landtagskandidatin Mechthild Hofner aus Karlsfeld.

„Pflegerkräfte und Erzieherinnen können sich die hohen Mieten nicht leisten“

Die ÖDP verlangt in ihrer Petition beileibe nichts Revolutionäres. Es geht ihr einzig darum, dass das vom Bundestag am 13. Dezember beschlossene Mietrechtsänderungsgesetz so schnell wie möglich umgesetzt wird. Die Staatsregierung wird darin aufgefordert, sobald das Bundesgesetz Rechtskraft erlangt, per Verordnung die darin vorgesehene Absenkung der sogenannten Kappungsgrenze bei Mieterhöhung in Ballungsräumen zu beschließen. Das Gesetz sieht vor, dass die Länder durch eine Rechtsverordnung in Gebieten mit besonders knappem Wohnraum, in denen die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen

Preisen gefährdet ist, Mieterhöhungen auf 15 Prozent statt wie bisher 20 Prozent auf alle drei Jahre begrenzen können.

Warum die ÖDP es für notwendig hält, mit einer Petition die Umsetzung des ohnehin bereits beschlossenen Gesetzes zu fordern, erklärt Adrian Heim, der ebenfalls in Karlsfeld lebende ÖDP-Kreisvorsitzende und Bundestagskandidat für Dachau-Fürstentfeldbrunn, mit einem gewissen Misstrauen gegenüber der bayerischen Staatsregierung: „Der Bund schafft nur die Rah-



Die ÖDP setzt sich für die Mieter ein: Landtagskandidatin Mechthild Hofner und Bundestagskandidat Adrian Heim. FOTO: WELLS P. JORGENSEN

menbedingungen, die Länder müssen das Gesetz umsetzen“, sagt er. Und angesichts der Zusammensetzung der schwarz-gelben Regierungskoalition hat Heim da so seine Zweifel. „Ich traue der FDP zu, dass sie die Reform auch verhindert. Ich weiß nicht, ob es so weit kommt, aber möglich ist alles“, so seine Befürchtung. Man sehe es an der Haltung zu den Studiergebühren. Nur weil die Liberalen gegen deren Abschaffung seien, werde das Volksbegehren notwendig, meint Heim. Die Petition zum

Erhöhungen bei Neuvermietungen seien exorbitant, und auch bei bestehenden Verträgen gebe es nach energetischen Sanierungen „enorme Steigerungen“. Eine Kappungsgrenze hält Heim für dringend erforderlich, gerade im Interesse von Bevölkerungsgruppen, die auf bezahlbare Mieten angewiesen seien. In diesem Zusammenhang ermbert der ÖDP-Kreischef an den Mangel an Pflegerkräften und Erzieherinnen: „Genau die können sich die hohen Mieten nicht leisten.“

Hier knüpft auch die Gemeinde- und Kreisrätin Hofner an, die im Herbst in den Landtag einzuziehen möchte. Es sei Politik der Staatsregierung, den weiteren Zuzug in die Ballungsräume zu fördern, behauptet sie. Die Folge seien dann weiter steigende Mieten. „Es geht nur darum, dass man das ein bisschen deckelt“, betont sie. Die rasche Umsetzung des Gesetzes, die sie ebenso wie Heim fordert, bringe nicht nur den betroffenen Mietern etwas, sondern entlaste auch die Sozialkassen der Kommunen. Die Petition ist in Hofners Augen ein Versuch, in Ballungsräumen – allen voran der Region München – weiterhin eine gemischte Bevölkerungsstruktur zu erhalten. „Sonst können sich nur noch die oberen Zehntausend München leisten“, sagt sie.

Weichen für Bundestagswahl gestellt

ÖDP-Parteitag in Bad Windsheim – Programm für Landtagswahlkampf beraten

BAD WINDSHEIM (unt) – Die bayerische ÖDP hat am Samstag auf ihrem Parteitag in Bad Windsheim die Weichen für die Bundestagswahl gestellt. Auf Platz 1 der Landesliste für das Berliner Parlament wählten die Delegierten die 45-jährige Kreisrätin Claudia Wiest aus dem Landkreis Regensburg.

Mit der Beratung und Verabschiedung des Landtagswahlprogramms startete die ÖDP außerdem in den Landtagswahlkampf. Ein klares Ja zur Familie und zur besseren Förderung der familiären Kinderbetreuung, die Verteilung der Naturerschönheiten Bayerns gegen unstrukturierten Einsatz für eine Großprojekte, der Einsatz für ein Verbot von Konzernsponsoren an

Parteien sowie ein klares Nein zu weiteren zehnjährigen Atomkraftverantwortungen für die Trinkwasserversorgung als vorgegebenes Ziel aus dem Landesentwicklungsplan zu streichen, wurde mitgebracht.

Der ÖDP-Landesvorsitzende Klaus Mrasek sah, laut Pressemitteilung, seine Partei als „wirksamste Oppositionspartei Bayerns“. Keine andere Partei habe es bisher geschafft, zwei Volksentscheide zum Erfolg zu führen und mit weiteren dreierdokratischen Initiativen und Popularklagen die Staatsregierung zum Einlenken zu zwingen. Als Beispiele nannte er den Nichtraucherschutz, die Abschaffung des Senats, das gekippte Büchergeld und die Streichung von fünf Atomkraftstandorten aus dem bayerischen Staatsrats-



ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek, Enskirchens Bürgermeister Harald Kempe, stellvertretende ÖDP-Landesvorsitzende Agnes Becker und Jürgen Osterlanger (Landesparlamentsdelegierter und Landtagsdirektorkandidat) nahmen am Parteitag teil. Bad Windsheims Bürgermeister Ralf Lederthil begrüßte die Teilnehmer in der Kurstadt (von links). Foto: privat

Am aktuell erfolgreichsten vor. Auf Anfrage der FLZ nach der Veranstaltung teilte er mit, dass er und familiäreindlichen Stützpunkten sei die ÖDP maßgeblich beizutragen. Ralf Lederthil begrüßte die Teilnehmer und stellte die Kommune

vor. Auf Anfrage der FLZ nach der Veranstaltung teilte er mit, dass er und familiäreindlichen Stützpunkten sei die ÖDP maßgeblich beizutragen. Ralf Lederthil begrüßte die Teilnehmer und stellte die Kommune

ÖDP plädiert für Erziehungsgehalt

Vorschlag für mehr soziale Gerechtigkeit

Eichsfeld. (bac) Der Kreisverband Eichsfeld der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) sieht anlässlich der Veröffentlichung des Armuts- und Reichtumsbericht des Bundesdringenden Handlungsbedarf und fordert konkretere Maßnahmen von der Regierung. Armut und Armutsrisiken zu vermindern. Susann Mai, Landesvorsitzende in Thüringen und Mitglied im Kreisvorstand Eichsfeld, betont, dass dabei ganzheitlich gedacht und gemeinschaftlich gehandelt werden solle. Ökonomische, ökologische und soziale Aspekte des Lebens müssten vernetzt betrachtet werden. Nur so könne soziale Gerechtigkeit ent-

wickelt werden, komme man zu Lösungen für eine langfristig lebenswerte Welt, „hier im Eichsfeld und konkret an jedem Ort, wo Menschen leben.“ Zum Beispiel wolle die ÖDP die Familie als Keimzelle der Gesellschaft stärken durch ein sozial- und rentenversicherungspflichtiges Erziehungsgehalt von 1000 Euro pro Monat. Es ermögliche den Eltern echte Wahlfreiheit bei der Erziehung, erleichtere das Ja zum Kind und sei somit eine Investition in die Zukunft, so Mai. Die geforderte Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und in vielen Lebensbereichen brauche aber auch im Eichsfeld neue Organisationsstrukturen.

ÖDP tritt in beiden Wahlkreisen an

STUTT GART (jos). Bei der Bundestagswahl im Herbst wird in Stuttgart auch die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) an den Start gehen. Der Kreisverband Stuttgart hat dafür jetzt die Kandidaten in Stellung gebracht. Im Wahlkreis Stuttgart I (südliches Stadtgebiet) bewirbt sich der Erste Polizeihauptkommissar Dieter Baur (60), der zurzeit auch Kreisvorsitzender der ÖDP ist. Der verheiratete Vater von drei Töchtern wohnt in Degerloch und interessiert sich schwerpunktmäßig für Umwelt, Landwirtschaft und Innere Sicherheit. Im Wahlkreis Stuttgart II tritt der Diplommathematiker Josef Wagner (45) an. Der ledige Mann wohnt in Bad Cannstatt und arbeitet bei einer großen Versicherungsgesellschaft. Sein Interessensgebiet ist besonders die Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Die ÖDP wurde im Jahr 1982 gegründet. Gründungsvater war der ehemalige CDU-Politiker Herbert Gruhl. Er war wegen Differenzen in der Umweltpolitik aus der Partei ausgetreten. Bei der letzten Landtagswahl im Jahr 2011 erreichte die ÖDP in Baden-Württemberg 0,9 Prozent.

Fit für Politik

Seminare, Weiterbildungen, Workshops für ÖDP-Aktive, Vorstände, Mandatsträger

zusammengestellt von Werner Roleff

Für die Wahlkämpfe in den Superwahljahren 2013/2014 lädt der Bundesvorstand alle ÖDP-Aktiven und Kreisverbände ein, sich mit einem kostenlosen Intensivseminar fit zu machen. Koordinator und Ansprechpartner ist der stellvertretende ÖDP-Bundesvorsitzende Karl Heinz Jobst.

Ein professioneller Auftritt der ÖDP und seiner prominenten Köpfe in der Öffentlichkeit soll nicht nur den kurzfristigen Wahlerfolg, sondern auch die nachhaltige Mitgliederentwicklung positiv beeinflussen, um nach 30 Jahren erfolgreicher Kommunalpolitik und außerparlamentarischer Opposition nun auch den längst fälligen Schritt zur parlamentarischen Kraft zu schaffen.

Dazu ist als dringendste und wichtigste Maßnahme eine umfassende Schulung erarbeitet worden, Themen sind: Mitgliederwerbung/Mitgliederbindung, Pressearbeit/Medienarbeit, programmatische und argumentative Festigung der Verantwortlichen.

Eine erste Schulung hat bereits im März 2013 in Würzburg stattgefunden. Weitere Veranstaltungen sollen in Kürze folgen, u.a. ein „Kandidaten-Coaching“ speziell für die Wahlvorbereitung – und zwar voraussichtlich mit einer Tour durch alle größeren Städte Bayerns.

Infos, Termine und Anmeldung:
info@oedp.de, Tel: (09 31) 40 48 60
(Reisekosten können erstattet werden.)

Darüber hinaus bieten politische Stiftungen bundesweit diverse Schulungen an, die allen Interessierten offen stehen. Themen sind u.a.: Strategie, Projekt-/Veranstaltungsmanagement, Rhetorik. Erstattungen von Gebühren oder Reisekosten sind mit den jeweiligen ÖDP-Kreis-/Landesverbänden zu vereinbaren.

■ GreenCampus/Heinrich-Böll-Stiftung: www.green-campus.de (z.B. 15.06.2013 Infostand-Training, 21./22.06.2013 Politische Aktion im öffentlichen Raum)

■ Hanns Seidel Stiftung: www.hss.de (z.B. 11./12. Mai 2013 Fit für das Interview, 18.–20.10.2013 Workshop Podiumsdiskussion)

■ Konrad-Adenauer-Stiftung: www.kas.de (z.B. 02.–04.06.2013 Web-Videos für die Kampagne, 21.–23.06.2013 Wortgefechte – Asiatische Kampfkunst und Rhetorik, 21.–23.10.2013 Twitter, Facebook & Co. – neue Wege zu Zielgruppen)

■ Friedrich Ebert Stiftung: www.fes.de (z.B. 07.–09.06.2013 u. 05.–07.07.2013 Ich will Bürgermeister werden – Kommunikationskurs für KandidatInnen)

■ Friedrich-Naumann-Stiftung: www.freiheit.org

■ Stiftung Mitarbeit: www.mitarbeit.de (z.B. 28./29.06.2013 Moderation ist keine Hexerei – Besprechungen und Veranstaltungen kompetent moderieren, 28./29.06.2013 Wie lassen sich schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen für das freiwillige Engagement gewinnen?)

Zu: Mangold zu Seehofer in Niederalteich, in ÖP Nr. 157

In der Verkehrspolitik andere Weichen stellen

Wenn im Hinblick auf die Wahlen der Wackelkandidat Seehofer von der ÖDP in Passau zum sanften Donausausbau motiviert wird, bleiben vernünftige Gegenargumente ungehört. Auch sollten Befürworter wie ein Bezirksvorsitzender für Niederbayern, Erwin Huber, nicht vorschnell als Lobbyisten einfach ignoriert werden. Auch wenn sich Seehofer Anfang November 2012 noch eindeutig für einen nachhaltigen Donausausbau ausgesprochen hat, scheint er sich jetzt auf einer publikumswirksamen Donauschiffahrt als selbsternannter Kapitän auf die Wellenlängen kurzsichtiger Lokalpolitiker und Pseudonaturerschützer zu begeben. Nicht alles, was grün aussieht, ist ökologisch und wir kommen auf keinen grünen Zweig, wenn kurzsichtige Umweltschützer primär an ihr Grün vor ihrer Haustüre denken und seit Jahren mit allen Mitteln eine völkerverbindende Wasserstraße von etwa 3.500 km blockieren. Die Verhinderung von etwa 60 km Flussausbau wirkt angesichts der Zukunftschancen echt kleinkariert und geradezu egoistisch.

Wenn durch einen tragfähigen Schiffsausbau massenhafte Transporte von der Straße auf Schiffe kommen, ist insgesamt der Natur, dem Klima und begrenzten Ölvorräten mehr gedient, als krampfhaft an naheliegenden Biotopen festzuhalten. Wo bleiben entsprechende Demonstrationen gegen die Vermaischung ganzer Landstriche?

Mit einem optimalen Ausbau könnten etwa 1.500 Schiffe mehr im Jahr Lasten transportieren, was der Tragelast von etwa 250.000 Fernlastern entspricht. Sollen noch mehr Fernlasten in Richtung Bukarest, Athen oder Istanbul, wohin es auch kaum eine Bahnverladung gibt, unsere Straßen mit Lärm und Abgasen belasten? Auch mit faulen Kompromissen, was als sanfter Donausausbau schmackhaft gemacht wird, sind massive Flusseingriffe nötig. Dazu sind die Kosten für notwendige Investitionen in den Straßenbau um vieles höher als die Zusatzkosten für einen nachhaltigen Flussausbau. Wer eine Energiewende und mehr Frieden will, muss auch in der Verkehrspolitik ganz andere Weichen stellen und sinnvoll investieren. Noch immer sind tonangebende Politiker verkehrspolitisch primär auf Straßenausbau beschränkt. Auch längst fällige Investitionen in einen tragfähigen Bahnausbau werden der Kosten wegen immer wieder verschoben, wengleich in der Regel schnell

Gelder für Panzer, Kampfflugzeuge und fragwürdige Militäreinsätze bereitgestellt werden, die dem Steuerzahler ein Vielfaches an Milliarden kosten und in der Schöpfung mehr Schaden anrichten. Mit mehr Investitionen in einen modernen Bahnausbau bzw. tragfähigen Schiffsverkehr könnten insgesamt zunehmende Naturbelastungen und ein tödliches „Kriegern“ um Öl verhindert werden. Wenn wir dem Klima dienen und mehr als einen faulen Frieden wollen, müssen wir auch hier ansetzen.

Simon Kirschner
85080 Gaimersheim

Zu: Pro und Contra Beschneidung in ÖP Nr. 156

Seien wir tolerant!

Googelt man den evangelischen Heiligenkalender an und klickt auf den evangelischen Namenstagkalender, dann beginnt das neue Jahr, der 1. Januar, mit der „Beschneidung des Herrn“.

Die Circumcision, die Beschneidung, war bei ihrer Einführung eine wichtige medizinische Errungenschaft. Über Jahrtausende hinweg haben in den warmen Mittelmeerländern dadurch weniger Frauen Gebärmutterhalskrebs bekommen.

Eine medizinische Verordnung zur Beschneidung hätte nie durchgesetzt werden können, so musste ein religiöses Gebot daraus gemacht werden. Heute ist bei verbesserten hygienischen Möglichkeiten die Beschneidung nicht mehr notwendig. Eine medizinische Verordnung könnte man von heute auf morgen rückgängig machen, nicht aber ein religiöses Gebot.

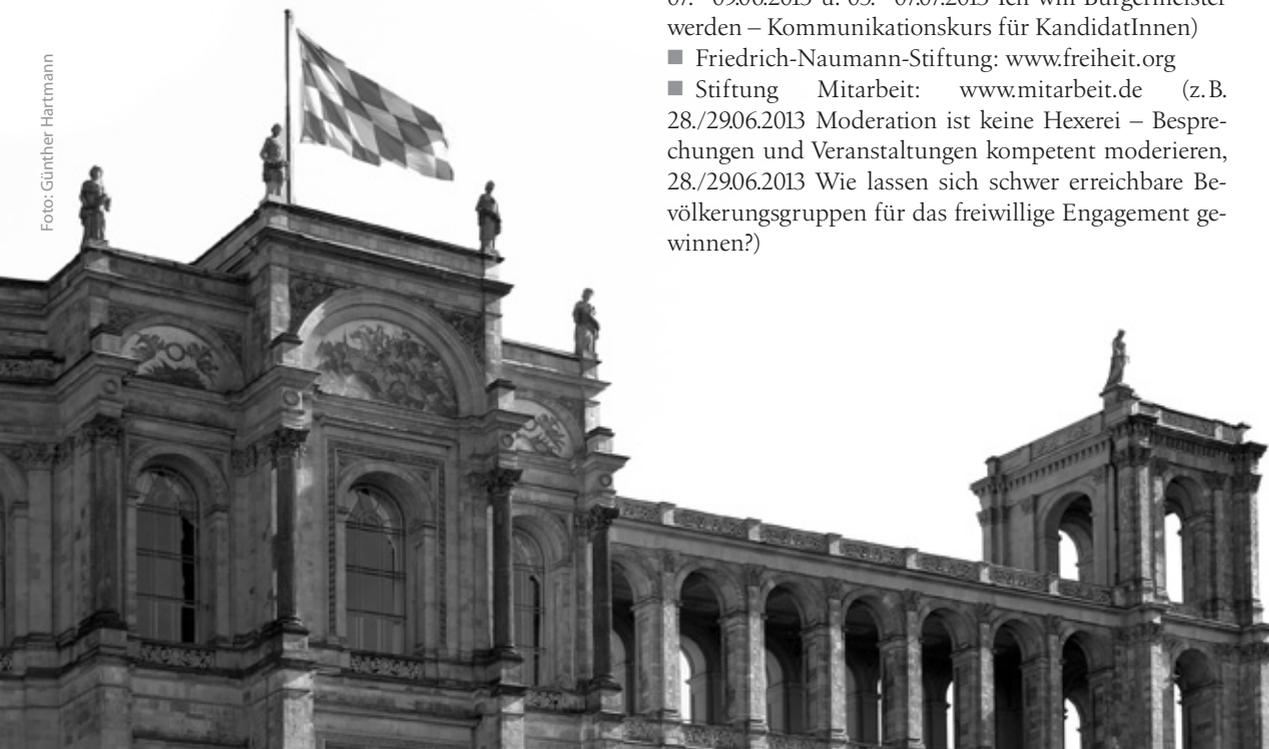
Seien wir tolerant! Nicht nur gegenüber Althergebrachtem in unseren eigenen christlichen Konfessionen (evang. Namenstagkalender), sondern auch gegenüber den Traditionen in anderen Kulturen.

Dr. med. Walter Ebner
71706 Markgröningen

Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Aber bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Abdruck und Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften bis zum **01.06.2013** an:

ÖkologiePolitik, Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin
Fax (030) 49 85 40 50, florence.bodisco@oedp.de



Sekem

Die Wüste in ein Paradies verwandeln

Vor über 30 Jahren verwirklichte ein Ägypter seine Vision in der Wüste: biologisch-dynamische Landwirtschaft, saubere Baumwolle und Bildung für alle.

von Rosemarie Buchner

Im Jahr 2009 war mein Mann, Prof. Dr. Klaus Buchner, an einer der Universitäten von Kairo zu einem Vortrag über die Gefahren von Mobilfunkstrahlen eingeladen. Ich konnte ihn damals zehn Tage lang begleiten.

Ich wollte gerne ein Armenviertel sehen, das von einer koptischen Gemeinde betreut wurde. Ein Tag, an dem ich einen koptischen Geistlichen zu den Müllmenschen begleiten durfte, bleibt mir in schrecklicher Erinnerung. Das war eine ganze Stadt mit Hunderten

von Einwohnern, wo von Kindern, Frauen und Männern der in Lastwagen angefahrne Müll sortiert wird. Noch Tage später hatte ich den Geruch in meiner Nase

Zu dieser Zeit hatte ich bereits von Sekem gehört und wollte es gerne besuchen. Sekem ist eine ägyptische Kulturinitiative und ein soziales Unternehmen, das 1977 von Ibrahim Abouleish gegründet wurde. Die Initiative erschloss ca. 47 km nordöstlich von Kairo Wüste für die biologisch-dynamische Landwirtschaft. Damals hatte ich jedoch

zu einem Besuch in Sekem keine Möglichkeit.

Besuch in Sekem

Als nun im Februar diesen Jahres mein Mann wieder für drei Tage nach Kairo zu einer Konferenz über Risikomanagement in der Wirtschaft eingeladen war, schien es mir eine ökologische Todsünde, für drei Tage mit nach Kairo zu fliegen. Allerdings sagte ich mir, dass dies vielleicht meine letzte Gelegenheit wäre, Sekem zu besuchen.

Diesmal überließ ich aber nichts dem Zufall, sondern organisierte alles schon von zu Hause aus. In einer Mailkorrespondenz bot man mir dann an, an einem Samstag in Sekem zu erscheinen, um mich eine Stunde lang informieren zu können. Als ich gefragt wurde: „Warum willst du nach Sekem?“, antwortete ich: „Weil ich den Film gesehen habe und mir selbst ein Bild über das Projekt machen möchte.“

Als ich dann gefragt wurde: „Was hast du in Sekem gesehen?“, antwortete ich: „Wie man die Wüste in ein Paradies verwandeln und mit Menschen darin leben kann.“

Die Geschichte von Sekem

Ein Mann und seine Familie hatten vor 30 Jahren eine Vision von landwirtschaftlicher Arbeit in der Wüste. Sie haben angefangen, diese

zu verwirklichen. Inzwischen haben sie in Ägypten die Regierung davon überzeugt, dass es nicht notwendig ist, Pestizide über die Äcker zu versprühen, um gute Ernten zu bekommen. Es ist ein ganzheitliches Modell, das alle Bereiche des menschlichen Lebens umfasst. Der

und andere kennt, wird auch hier erkennen: Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen.“

Inzwischen gibt es in Sekem viele Möglichkeiten, Ausbildungen zu absolvieren: vom Kindergarten bis zu Berufsausbildung, Hochschule, Forschung, Erwachsenenbildung,



Fotos: Rosemarie Buchner

Name Sekem geht auf eine ägyptische Hieroglyphe zurück, die Lebenskraft bedeutet.

Der Gründer von Sekem, Dr. Ibrahim Abouleish, ist bekennender Muslim, mit einer Österreicherin verheiratet und hat zwei erwachse-

Außerdem existiert eine Klinik, Tees und Medikamente werden produziert, Gemüse und Obst werden angebaut und Milchvieh gehalten. Weil es nicht möglich war, in Ägypten pestizidfreie Kleidung zu bekommen, begann man mit dem An-

Der Name Sekem geht auf eine ägyptische Hieroglyphe zurück, die Lebenskraft bedeutet.

ne Kinder. In Sekem verbindet er die Weisheit des Morgenlandes mit der Kultur des Abendlandes. Er lernte während seiner Studien in Österreich das Weltbild Rudolf Steiners kennen. Durch diese Studien lernte er die Schriften von Goethe kennen, der bereits im neunzehnten Jahrhundert schrieb: „Wer sich selbst

bau von sauberer Baumwolle und der Herstellung von Kinderbekleidung. In den dm-Läden in Deutschland sind sie zu finden. Etwa 2.000 Angestellte arbeiten auf dem Gelände; es gibt inzwischen Zulieferbetriebe und neue Ansiedlungen, die nach dem Sekem-Prinzip arbeiten.

BUCHTIPP

Daniel Baumgartner, Michael Bader
**Sekem
Im Puls der Zukunft**
Wie eine Vision Ägypten verändert
Futurum, 2007
173 Seiten
978-3856361778



Beim alternativen Nobelpreis, den Ibrahim Abouleish 2003 erhielt, wurde das Werk als Ökonomie der Liebe bezeichnet, was faire Preise für alle Arbeitenden bedeutet. Die Erträge fließen nicht in private Kassen, sondern werden für die Menschen verwendet.

Ein wichtiger Bereich ist die Kunst. Als wir zum Mittagessen gingen und uns am Tisch unterhielten, sagte mein Tischnachbar: „Wer hier eingeladen werden möchte, muss schon wenigstens ein bis zwei Instrumente spielen.“ Tatsächlich kommen viele Künstler und Menschen vorbei, die etwas anzubieten haben.

Es gibt ein großes Gästehaus, um auch eine Weile mit in der Gemeinschaft zu leben. Wenige Menschen in Ägypten kennen diese „Oase“ mitten in der Wüste, eine Stunde nördlich von Kairo. Auch für unsere ägyptischen Freunde ist es ein Anreiz, sich das mal anzusehen. ■

Rosemarie Buchner,
Jahrgang 1942,
von Beruf Lehrerin,
Stellvertretende
Stadtvorsitzende der
ÖDP in München



rosemarie.buchner@oedp.de

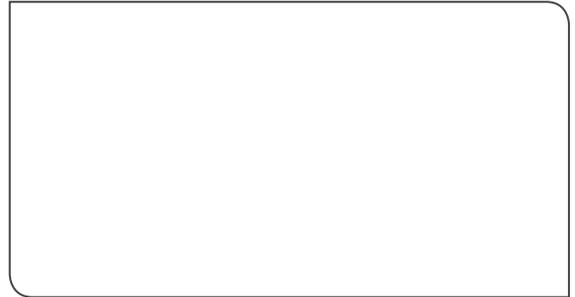
VORSCHAU

ÖkologiePolitik im August 2013

Ende des Sozialstaates?

Die sogenannte „Eurokrise“ wird zunehmend dazu missbraucht, sozialstaatliche Kürzungen durchzudrücken. Während die FDP als Interessenvertreter der Besserverdienenden schon immer gegen „Sozialschmarotzertum“ polemisierte, kündigt inzwischen auch Bundeskanzlerin Angela Merkel an, dass die europäische Sozialstaatlichkeit auf Dauer nicht mehr finanzierbar sei und ausgedient habe. Zu lange hätten die Menschen „über ihre Verhältnisse gelebt“ und so die Staatshaushalte zunehmend in Schieflage gebracht. Bei genauerem Hinsehen erweist sich das als üble Irreführung: Weder ist der Sozialstaat am Explodieren, noch ist er für übermäßige Staatsverschuldung verantwortlich.

Bei Unzustellbarkeit, Mängeln in der Anschrift und Umzug, Anschriftenberichtigungskarte!



TERMINE

Sa. – So. 04. – 05.05.2013	ÖDP-Bundesparteitag (in Coburg)	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz
So. 26.05.2013	Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen
Sa. 15.06.2013	Landesparteitag der ÖDP Bayern (in Nürnberg)	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Hamburg
So. 15.09.2013	Landtags- und Bezirkstags- wahlen in Bayern	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Sachsen
So. 22.09.2013	Landtagswahl in Hessen	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt
So. 22.09.2013	Bundestagswahl	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Thüringen
Sa. – So. 23. – 24.11.2013	ÖDP-Bundesparteitag (in Eichstätt)	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Brandenburg
Sa. 30.11.2013	Landesparteirat der ÖDP Baden-Württemberg (im Raum Stuttgart)	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern
So. 16.03.2014	Kommunalwahlen in Bayern	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen im Saarland
So. 25.05.2014	Wahl zum Europäischen Parlament	Herbst 2014	Landtagswahl in Sachsen
So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Baden-Württemberg	Herbst 2014	Landtagswahl in Thüringen
		Herbst 2014	Landtagswahl in Brandenburg